

Unterrichtung

durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages

Bericht über die internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen des Deutschen Bundestages

Berichtszeitraum: 27. Oktober 2009 bis 30. September 2011

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Bedeutung der internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen des Deutschen Bundestages	2
2 Reisen der Präsidiumsmitglieder	3
3 Reisen der Ausschüsse sowie Gegenbesuche	5
4 Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen	17
5 Reisen der Parlamentariergruppen sowie Gegenbesuche	22
6 Einzeldienstreisen der Abgeordneten	30
7 Internationale Austauschprogramme	34
8 Grundlage der Berichtspflicht	35
9 Rechtsgrundlagen und Genehmigungsverfahren für die Durchführung von Auslandsdienstreisen	35
10 Erläuterungen zur statistischen Übersicht von Auslands- dienstreisen	36
11 Statistische Übersicht	37

1 Bedeutung der internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen des Deutschen Bundestages

In einer globalisierten Welt sind die innenpolitischen Entwicklungen und die internationale Politik nicht mehr voneinander zu trennen. Ein immer dichteres Netz der Kooperation und eine gegenseitige Abhängigkeit auf zwischenstaatlicher Ebene erfordern transparentere Entscheidungsabläufe und die Wahrung von Beteiligungsrechten. Der Bundesrepublik Deutschland wird nicht zuletzt als der größten Volkswirtschaft Europas auf internationaler Ebene zunehmend eine entscheidende Rolle zugewiesen. Dieser gestiegenen Verantwortung Deutschlands gegenüber seinen Partnern in der Welt entspricht eine angemessene internationale Tätigkeit des Parlaments.

Um ihrer internationalen Verantwortung gerecht zu werden, ist es für die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zwingend erforderlich, eine intensive Zusammenarbeit mit ausländischen Politikern und Institutionen zu pflegen. So können die Abgeordneten die für ihre Aufgaben notwendigen Informationen und Erfahrungen vor Ort sammeln und auf die internationale Lage und auftretende Konfliktsituationen in angemessener Weise reagieren. Diese wichtige Funktion nehmen sie im Rahmen ihrer Zuständigkeitsbereiche, als Mitglieder internationaler parlamentarischer Organisationen, als Vertreter der verschiedenen Ausschüsse, Kommissionen und Gremien des Bundestages oder als Mitglieder bilateraler bzw. multilateraler Parlamentariergruppen wahr. In Gesprächen mit ihren Parlamentskollegen aus anderen Staaten, mit Vertretern von Regierungen, der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft oder kultureller Einrichtungen erörtern sie aktuelle und bisweilen brisante Themen der Gegenwart – seien es die Folgen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, der internationale Terrorismus, Hunger- und Armutsbekämpfung, politische Umbruchsituationen wie in Nordafrika, Maßnahmen gegen den Klimawandel oder die Bekämpfung von HIV/AIDS. Daneben pflegen oder entwickeln sie Beziehungen zu Staaten, die oftmals nicht im Mittelpunkt der Kontakte auf Regierungsebene stehen.

Die internationalen Aktivitäten der Mitglieder des Deutschen Bundestages dienen darüber hinaus der Kooperation und dem Austausch in zahlreichen Bereichen nationaler Fachpolitik. In der Europäischen Union (EU) erfolgt ein Erfahrungsaustausch zunehmend auf Gebieten, in denen die Hauptverantwortung zwar bei den einzelnen Mitgliedstaaten liegt, eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene aber dennoch erforderlich erscheint. In zahlreichen Politikbereichen stehen die EU-Staaten schon heute vor vergleichbaren Problemen, zum Beispiel im Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Die Zukunft der Alterssicherung etwa ist ein Thema, das alle Mitgliedstaaten betrifft. Ein intensiver Erfahrungsaustausch auf diesem Gebiet ermöglicht den Transfer erfolgreicher Strategien zwischen den Staaten. Im Rahmen von Auslandsdienstreisen können sich die Parlamentarier in ihrer Funktion als Gesetzgeber Informationen über Erfolg versprechende Lösungen einholen, um dann bei anstehen-

den Reformvorhaben sachgerechte Entscheidungen treffen zu können.

Der Deutsche Bundestag hat sich vertraglich verpflichtet, stimm- und mitwirkungsberechtigte Delegationen an den verschiedenen internationalen parlamentarischen Versammlungen zu beteiligen: der Interparlamentarischen Union (IPU), der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE PV), der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (ER PV), der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV) sowie, bis zu ihrer Auflösung zum 30. Juni 2011, der Europäischen Versammlung für Sicherheit und Verteidigung/Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU V). Neben diesen bereits länger institutionalisierten Formen internationaler parlamentarischer Zusammenarbeit ist angesichts der veränderten internationalen Lage das Bedürfnis nach einer zunehmenden regionalen interparlamentarischen Kooperation festzustellen wie etwa im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM) oder der Ostseeparlamentarierkonferenz.

Die Zusammenarbeit mit anderen Staaten ermöglicht, die eigenen politischen Grundüberzeugungen und Positionen auf internationaler Ebene zu reflektieren und auf diese Weise Denkanstöße zu geben oder Entwicklungen anzuregen. In Staaten, in denen nach politischen Umbrüchen Schritt für Schritt demokratische Strukturen aufgebaut werden, kann der Bundestag wichtige Unterstützungsarbeit leisten. So haben Abgeordnete in den zurückliegenden Jahren insbesondere in den Staaten Mittel- und Osteuropas auf vielfältige Weise zur Entwicklung von demokratischen Rechts- und Verfassungsstrukturen und zum Aufbau stabiler parlamentarischer Organisationsstrukturen beigetragen.

So selbstverständlich der Bundesregierung die Wahrnehmung der außenpolitischen Verantwortung als eine zentrale Aufgabe zugewiesen ist, so eindeutig ist in den vergangenen Jahren die zunehmende Parlamentarisierung der Außenpolitik festzustellen.

Zum einen leitet sie sich aus der verfassungsmäßigen Kontrollfunktion des Bundestages gegenüber der Regierung ab und findet gerade im Hinblick auf die auswärtigen Beziehungen und die damit verbundenen außenpolitischen Tätigkeiten des Parlaments in konkreten Bestimmungen des Grundgesetzes (GG) ihren Ausdruck. Der Bundestag übt nach Artikel 59 Absatz 2 GG eine wichtige Rolle bei der Ratifizierung völkerrechtlicher Verträge aus. Zudem werden die Entscheidungen des Plenums wesentlich inhaltlich von den Ausschüssen vorbereitet. In diesem Zusammenhang wurden wegen ihrer besonderen Bedeutung der „Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union“ und der „Auswärtige Ausschuss“ im Grundgesetz verankert.

Auch bei der Verhandlung und Überarbeitung europäischer Vertragswerke und der Einhaltung internationaler Abkommen leistet der Deutsche Bundestag einen bedeutenden Beitrag. Im Berichtszeitraum traten der Reformvertrag von Lissabon und die ihn flankierende Begleitge-

setzung in Kraft, wodurch die nationalen Parlamente der EU mehr Mitwirkungsrechte erhalten haben. Dies ist nicht zuletzt durch das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts Anfang September 2011 zu Rettungsmaßnahmen für Griechenland und den Euro sowie in der aktuellen Gesetzgebungsdebatte über die Parlamentsbeteiligung bei der Erweiterung des „Euro-Rettungsschirms“ bekräftigt worden.

Zum anderen ist die zunehmende Parlamentarisierung der Außenpolitik als wachsendes politisches Erfordernis nach internationaler parlamentarischer Zusammenarbeit zu verstehen. Eine in diesem Zusammenhang notwendige und dabei verantwortlich handelnde, grenzüberschreitende interparlamentarische Kooperation, die dem weltpolitischen Wandel im Zuge der Globalisierung, Interdependenz und Institutionalisierung gerecht werden muss, ist nur gegeben, wenn die im Parlament entscheidenden Abgeordneten die Möglichkeit haben, die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in den jeweiligen Staaten und Regionen durch Information vor Ort zu beurteilen.

2 Reisen der Präsidiumsmitglieder

Europäische Themen, Zukunft der Europäischen Union, Bilaterale Beziehungen

Die Pflege der Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union gehört traditionell zum Kernbereich parlamentarischer Außenpolitik auch auf der Ebene des Präsidiums. Besonders die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen finden seit einigen Jahren einen parlamentarischen Ausdruck in jährlichen gemeinsamen Sitzungen der Präsidien der Parlamente. So kamen die Präsidien des Deutschen Bundestages und des polnischen Sejm zuletzt im Mai 2011 in Warschau zusammen. Auf der Tagesordnung standen neben der Erörterung der künftigen bilateralen Zusammenarbeit die Themen „Polnische EU-Ratspräsidentschaft“, die „Parlamentarische Kontrolle der GASP/GSVP und die Mitwirkung der nationalen Parlamente in EU-Angelegenheiten“, die „Europäische Nachbarschaftspolitik“ sowie „20 Jahre Deutsch-Polnischer Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrag“. Bereits zuvor hielt sich Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert im November 2009 in Warschau auf, um gemeinsam mit seinem polnischen Amtskollegen die im Auftrag des Deutschen Bundestages konzipierte Ausstellung „Die Mauer ist weg – friedliche Revolution und Überwindung der Teilung“ im polnischen Sejm zu eröffnen. Im Dezember 2009 reiste der Bundestagspräsident nach Kreisau. Dort nahm er zusammen mit Sejmmarschall Bronisaw Komorowski an der feierlichen Enthüllung eines Fragments der Berliner Mauer teil und diskutierte im Anschluss mit polnischen Schülern sowie Studenten der Universität Breslau über die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen und aktuelle bilaterale Entwicklungen.

Vizepräsidentin Petra Pau reiste anlässlich des 20. Jahrestages der Samtenen Revolution im November 2009 zur Teilnahme an der interparlamentarischen Konferenz „Befreiung aus den Fesseln“ nach Prag, Tschechische Repu-

blik. Im Februar 2010 reiste Vizepräsidentin Petra Pau erneut nach Prag und nahm als Ehrengast am III. Internationalen Finale des Wettbewerbs „Jugend debattiert international“ teil, einem gemeinsamen Projekt des Goethe-Instituts, der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, der Hertie-Stiftung und der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen. Im Finale diskutierten Schüler die Frage, ob der 23. August zum Europäischen Gedenktag für die Opfer totalitärer und autoritärer Regime ausgerufen werden soll.

Im März 2010 besuchte Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert die ungarische Kulturhauptstadt Pécs/Fünfkirchen und führte weitere politische Gespräche in Budapest, in deren Mittelpunkt die bilateralen parlamentarischen Beziehungen sowie Fragen der europäischen Integration und der kulturellen Vielfalt Europas standen. Er knüpfte damit an eine Reise im Juli 2009 auf Einladung seiner ungarischen Amtskollegin nach Budapest an, bei der es um die bilaterale Zusammenarbeit und die Projektentwicklung der europäischen Kulturhauptstädte 2010 Pécs, Istanbul und Essen/Ruhrgebiet ging.

Einer Einladung seiner Amtskollegin Jóhannesdóttir folgend, reiste Bundestagspräsident Lammert im März 2011 zu einem offiziellen Besuch nach Island. Im Zentrum der Gespräche, die er mit seinen parlamentarischen Gesprächspartnern wie auch mit dem isländischen Staatspräsidenten Grímsson und mit Premierministerin Sigurðardóttir führte, standen die derzeitigen Chancen und Risiken für den isländischen EU-Beitrittsprozess sowie die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise für den isländischen Ban-ken-, Wirtschafts- und Privatsektor.

Im Mai 2011 reiste der Präsident des Deutschen Bundestages in Begleitung von Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt zu einer Privataudienz bei Papst Benedikt XVI. in den Vatikan. Neben der Vorbereitung des Deutschlandbesuches des Papstes standen auch die aktuellen Entwicklungen im nordafrikanischen und arabischen Raum im Mittelpunkt der Gespräche.

Im Juni 2011 folgte Bundestagspräsident Lammert einer Einladung seines Amtskollegen Bono nach Madrid. In seinen Gesprächen auf parlamentarischer und Regierungsebene standen vor allem der Euro-Rettungsschirm und die parlamentarische Begleitung sowie die innenpolitische Lage Spaniens im Vordergrund. Im Rahmen der Deutschlandwochen hielt er einen Vortrag an der Universität San Pablo zum Thema „Europa, Nationalstaat und föderale Ordnung“.

Die Bewältigung der Finanzkrise und die europäischen Stabilitätsmaßnahmen waren wesentliche Themenstellungen der Reisen des Bundestagspräsidenten nach Litauen und Estland im Mai 2011. Sowohl vor dem litauischen als auch vor dem estnischen Parlament hielt er kurze Ansprachen mit Europabezug. In Vilnius besuchte Bundestagspräsident Lammert zudem die Nationale Gedenkstätte für die Opfer des Kampfes für die Unabhängigkeit und die Gedenkstätte Paneriai, die an die Massenexekution baltischer Juden durch die Nationalsozialisten erinnert. In Tallinn eröffnete er zusammen mit seiner estnischen

Amtskollegin die Kunstausstellung „gateways. Kunst und vernetzte Kultur“ im Kunstmuseum KUMU, die u. a. vom Goethe-Institut und vom Auswärtigen Amt gefördert wurde. Außerdem nahm Bundestagspräsident Lammert in Tallinn an der Konferenz „Brücken bauen in Europa“ der Konrad-Adenauer-Stiftung teil.

Demokratisierung, Rechtsstaatsentwicklung, Parlamentarische Zusammenarbeit

Die Förderung von demokratischen Strukturen und Rechtsstaatlichkeit stand im Zentrum einiger Reisen der Mitglieder des Präsidiums. Im Februar 2010 reiste Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert zu einem Arbeitsbesuch nach Albanien und traf dort mit Parlamentspräsidentin Topalli zu einem Gedankenaustausch zur aktuellen politischen Lage in Albanien nach den Parlamentswahlen von 2009 zusammen.

Bahrain und Katar bereiste Bundestagspräsident Lammert im April 2010, um sich über die demokratischen Entwicklungen in beiden Ländern zu informieren. Im Vordergrund aller Gespräche stand dabei der Meinungsaustausch zu geeigneten Strukturen auf parlamentarischer Ebene im Rahmen des Demokratisierungsprozesses Bahrains und Katars. Mit Bahrain wurde zudem eine parlamentarische Kooperation zur Schulung der Verwaltungsmitarbeiter vereinbart.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms fuhr im Mai 2010 mit einer Parlamentarierdelegation nach Mexiko, Panama und Kolumbien. Die politischen Gespräche in Mexiko City umfassten eingehende Erörterungen der innenpolitischen und wirtschaftlichen Lage des Landes, eine vertiefte Debatte über die mexikanische Sicherheitslage und den Kampf gegen die Organisierte Kriminalität sowie Fragen der internationalen Handels- und Finanzordnung. Schließlich informierte sich die Delegation bei Zusammentreffen mit verschiedenen Unternehmensvertretern über den Stand und die Aussichten des bilateralen Handels und deutscher Investitionen in Mexiko. Schwerpunkt der Gespräche in Panama-Stadt waren Fragen der Fortentwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Panama, vor allem im Bereich der Steuerpolitik (Doppelbesteuerungsabkommen), des Handels und der Wirtschaft sowie im Bereich der Bildung. Darüber hinaus informierte sich die Delegation über die Funktionsweise und weitere Ausbaupläne der Freizone Colón und des Containerhafens Manzanillo. Während ihres Aufenthaltes in Kolumbien konnte sich die Delegation mit dem innenpolitischen Konsolidierungsprozess und der aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Lage Kolumbiens vertraut machen. Neben ranghohen Gesprächen auf politischer Ebene hatte die Delegation Gelegenheit, die erste Runde der Präsidentschaftswahlen als Wahlbeobachter zu verfolgen. Darüber hinaus informierte sich die Delegation bei der Antidrogeneinheit der kolumbianischen Nationalpolizei über das Thema Hafensicherheit und Bekämpfung des Drogenschmuggels.

Im September 2010 verband Bundestagspräsident Lammert seine Teilnahme an der G 8-Parlamentspräsidentenkonferenz in Kanada mit einem Besuch in Calgary. Er in-

formierte sich dort über Fragen der kanadischen Migrationspolitik und der Integration deutscher Einwanderer. Bei einem Treffen mit Vertretern deutscher Wirtschaftsunternehmen wurden unter anderem die Entwicklungschancen in der bilateralen Wirtschaftskooperation sowie Fragen der künftigen Energie- und Klimapolitik erörtert.

Anlässlich der Feierlichkeiten der deutschen Botschaft Bogotá zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit reiste Vizepräsident Solms im Oktober 2010 nach Kolumbien und hielt an der Botschaft den Festvortrag. Darüber hinaus traf er zu Gesprächen u. a. mit Staatspräsident Santos und Parlamentspräsident Zuluga zusammen, in deren Mittelpunkt die geplanten innenpolitischen Reformen der neuen Regierung Santos sowie die Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Kolumbien standen. Ferner nahm Vizepräsident Solms an den Feierlichkeiten zur Eröffnung des Exzellenzzentrums für Meereswissenschaften „CEMarin“ teil, welches unter Kooperation der Justus-Liebig-Universität Gießen und des DAAD im Rahmen der Außenwissenschaftsinitiative 2009 des Auswärtigen Amtes gefördert wird. Ebenso hielt Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms eine Rede zur Eröffnung der internationalen Konferenz „Kriminelle Strategen und ihre Handlanger: Der Täter hinter dem Täter im lateinamerikanischen Strafrecht“ in Bogotá und informierte sich über die Arbeit des GTZ-Projektes „ProFis“, welches die Unterstützung des kolumbianischen Friedensprozesses im Kontext des Gesetzes für Gerechtigkeit und Frieden als Beispiel für „Transitional Justice“ verfolgt.

Im Mittelpunkt einer Reise von Bundestagsvizepräsident Dr. h.c. Wolfgang Thierse nach Chile und Argentinien im Oktober 2010 standen besonders die Themen Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit sowie die politische, juristische und gesellschaftliche Aufarbeitung der Militärdiktaturen. In Chile waren auch entwicklungspolitische Themen im Fokus, in Argentinien wurden zudem Wirtschafts- und Finanzfragen aufgegriffen. Bundestagsvizepräsident Dr. h.c. Wolfgang Thierse hielt ferner an der Katholischen Universität von Chile sowie vor dem Argentinischen Rat für internationale Beziehungen (CARI) einen Vortrag zum Thema „20 Jahre Deutsche Einheit“.

Bundestagsvizepräsident Dr. h.c. Wolfgang Thierse besuchte im Dezember 2010 Japan und nahm in Tokio an einem Symposium zur „gegenseitigen Wahrnehmung der deutsch-japanischen Beziehungen – Bilder-Vorstellungen, Stereotypen“ der Sophia-Universität und der Deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde als Gastredner teil und hielt anlässlich des 20. Jahrestages der Wiedervereinigung einen Vortrag an der Kejo-Universität. Mit Mitgliedern des japanischen Unterhauses diskutierte er aktuelle Fragen der politischen Zusammenarbeit. In Hiroshima hielt Vizepräsident Dr. h.c. Wolfgang Thierse einen Vortrag zu „20 Jahre deutsche Einheit“ an der Hiroshima Universität, besuchte das Atombombenmuseum und legte am Ehrengabmal einen Kranz nieder. In Kyoto traf er mit Studenten am Goethe-Institut zusammen und hielt an der Ritsumeikan-Universität einen Vor-

trag zur Wiedervereinigung. Mit Mitgliedern der Deutschen Industrie- und Handelskammer wurden aktuelle politische Fragen diskutiert.

Im Zuge der Pflege der transatlantischen Beziehungen reiste Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert im Mai 2011 in die USA zu einer ersten Begegnung mit dem neugewählten Sprecher des Repräsentantenhauses, John Boehner; weitere Gespräche in Washington fanden mit dem Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses des Senats, Carl Levin, zu aktuellen Fragen des Afghanistan-Einsatzes sowie im Rahmen einer allgemeinen Diskussionsrunde zum Thema transatlantische Beziehungen mit Mitgliedern der Congressional Study Group on Germany des US-Kongresses statt. In New York gab es Treffen mit Vertretern verschiedener politischer „Think-Tanks“ zu transatlantischen Themen sowie Informationsgespräche zu den Vereinten Nationen; ferner informierte sich der Bundestagspräsident über die Projektarbeit des Goethe-Instituts New York. Die Förderung des deutschen Spracherwerbs bildete den Themenschwerpunkt in Minneapolis, wo der Bundestagspräsident einer Einladung der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer zu einer Galaveranstaltung zur Förderung der deutschen Sprache im Bundesstaat Minnesota folgte, um die Festrede zu halten. Ferner besuchte er u. a. eine High School in Minneapolis und traf dort mit Deutschschülern zu einem Gedankenaustausch über Sinn und Nutzen des deutschen Spracherwerbs zusammen.

Die Entwicklungen im Nahen Osten standen im Mittelpunkt eines Aufenthaltes von Vizepräsident Thierse im Libanon im Mai 2011. Neben Gesprächen u. a. mit Staatspräsident Sulaiman und Parlamentspräsident Berri zur Lage im Nahen Osten, den Umwälzungen in der arabischen Welt und der aktuellen Entwicklung in Syrien standen auch Treffen mit Repräsentanten der unterschiedlichen christlichen und muslimischen Glaubensrichtungen auf dem Programm. Vizepräsident Thierse informierte sich dabei über den Stand der interreligiösen Beziehungen und über den Dialog der Kulturen. Im Mittelpunkt von Gesprächen mit Mitgliedern des Menschenrechtsausschusses standen Fragen der aktuellen Menschenrechtssituation und des reformbedürftigen libanesischen Justiz- und Strafverfolgungssystems. Darüber hinaus traf der Bundestagsvizepräsident mit Vertretern der Nichtregierungsorganisationen „Solide“ und „UMAM. Documentation & Research“ sowie mit Familien von im libanesischen Bürgerkrieg Verschwundenen zusammen. Dabei informierte er sich über den zögerlichen Prozess der politischen und zivilgesellschaftlichen Vergangenheitsbewältigung und die weithin fehlende Aufarbeitung der traumatischen Bürgerkriegsgeschichte des Landes.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms reiste im Juni 2011 mit einer Parlamentarierdelegation nach Taiwan und auf die Philippinen. Im Mittelpunkt des Besuches in Taiwan standen Gespräche über Chancen und Risiken eines Atomausstiegs, über das Verhältnis zwischen Taiwan und der VR China sowie über die bevorstehenden taiwanischen Präsidentschaftswahlen 2012. Darüber hinaus gewährte ein Besuch im Hsinchu Science Park Einblicke in die Voraussetzungen für den rasanten taiwanischen Auf-

stieg zum Weltmarktführer in der Computertechnologie und informierte über die Zusammenarbeit mit deutschen Unternehmen u. a. in dem Zukunftsbereich der LED-Herstellung. Im Zentrum der Gespräche auf den Philippinen standen die Bestandsaufnahme der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Lage des Landes sowie Aspekte der philippinisch-chinesischen Beziehungen. Die Delegation informierte sich des Weiteren bei der Deutsch-Philippinischen Handelskammer und mit einem Besuch bei „Lufthansa Technik“ über das Engagement deutscher Unternehmen auf den Philippinen.

Gedenken, Interkultureller Dialog

Vizepräsidentin Petra Pau hielt sich im Januar 2010 auf Einladung der „European Friends of Israel“ in Auschwitz/Polen auf, um anlässlich des 65. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau an der „3rd Mission to Auschwitz“ teilzunehmen.

Zur Unterstützung der Antiziganismus-Aktion des Deutschen Fußballbundes reiste Vizepräsidentin Petra Pau auf Einladung von DFB-Präsident Theo Zwanziger im Mai/Juni 2010 zum Fußball-Länderspiel in das ungarische Budapest und Pécs. Neben Gesprächen mit kommunalen und lokalen Vertretern politischer Institutionen informierte sie sich in Gesprächen mit Vertretern verschiedener Roma-Organisationen und Kultureinrichtungen über aktuelle Fragen die Roma betreffend. Sie besuchte darüber hinaus die Holocaust-Gedenkstätte und die Große Synagoge in Budapest und traf mit Repräsentanten jüdischer Institutionen und Kultureinrichtungen zusammen.

Anlässlich ihrer Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 50-jährigen Jubiläum von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste bereiste Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt im März 2011 Israel und die Palästinensischen Gebiete. Sie informierte sich in verschiedenen Gesprächen mit Repräsentanten der christlichen Kirchen in den Palästinensischen Gebieten und mit palästinensischen zivilgesellschaftlichen Vertretern über aktuelle Entwicklungen und traf mit Vertretern einer israelischen Menschenrechtsorganisation sowie mit einer Umweltschutzorganisation zum Thema „Umweltsituation am Toten Meer“ zusammen.

Im September 2011 nahm Vizepräsidentin Petra Pau auf Einladung des ukrainischen Parlamentes an der Internationalen Parlamentarierkonferenz zum 70. Jahrestag des Babij Jar-Massakers in Kiew teil und besuchte dort auch die Ausstellung „Shoah by bullets – Holocaust in Osteuropa/Ukraine“. Zusammen mit Parlamentariern aus europäischen und GUS-Ländern sowie mit Vertretern jüdischer Gemeinden sprach Vizepräsidentin Petra Pau über Strategien gegen Antisemitismus und über die Förderung jüdischen Lebens.

3 Reisen der Ausschüsse sowie Gegenbesuche

Die Reisen sowie Gegenbesuche der Ausschüsse und des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung dienten vornehmlich dazu, Erfahrungen zu aktuellen,

wichtigen und gemeinsam interessierenden politischen Themen auszutauschen und Erkenntnisse für die eigene Arbeit zu gewinnen.

Gesprächspartner waren insbesondere die korrespondierenden Ausschüsse und andere Mitglieder der ausländischen Parlamente, daneben Vertreter der Regierungen, andere Gruppen und Personen des öffentlichen Lebens sowie Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, der Zivilgesellschaft, von Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden.

In den folgenden Abschnitten werden die Reisen und Gegenbesuche ausländischer Parlamentarierdelegationen nach den einzelnen Ausschüssen und dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung gegliedert aufgeführt. Die internationalen Aktivitäten wurden unter Bezugnahme auf die inhaltlichen Schwerpunkte des jeweiligen Gremiums dargestellt, wobei sie exemplarisch aufgeführt sind. Es handelt sich demnach nicht um eine vollständige Auflistung aller Aktivitäten.

Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Der Ausschuss hat im Berichtszeitraum keine Reise unternommen.

Bei Besuchen von Delegationen aus Argentinien, Australien, Bulgarien, Frankreich, der Demokratischen Republik Kongo, Mazedonien, Mexiko, Serbien und Vietnam in Berlin wurden Fragen des Geschäftsordnungs-, Parlaments- und Statusrechts, das Wahlprüfungsrecht sowie die Funktion und die Arbeitsweise des Ausschusses angesprochen.

Petitionsausschuss

Das Internetportal „e-Petitionen“ mit den dazugehörigen veröffentlichten Petitionen, die von den Bürgerinnen und Bürgern auf dieser Internetplattform diskutiert und unterstützt werden können, war häufig der Besuchsgrund für die sehr zahlreichen ausländischen Gäste des Petitionsausschusses. Insgesamt besuchten den Ausschuss zwölf Delegationen aus ganz unterschiedlichen Staaten wie Schweden, Belgien, Israel, Österreich, Bosnien-Herzegowina, Indonesien, Türkei, Tschechien, Aserbaidschan sowie China.

Im Juni 2010 fuhr eine Delegation des Ausschusses nach St. Petersburg, um sich in Gesprächen mit dem St. Petersburger Ombudsmann und verschiedenen Nichtregierungsorganisationen über die Lage der Menschenrechte sowie der Pressefreiheit zu informieren. In Großbritannien trafen Abgeordnete des Ausschusses im März 2011 sowohl mit Vertretern des schottischen als auch des britischen Parlaments zusammen. In Edinburgh nahm die Delegation an einer öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses des dortigen Parlaments teil. Des Weiteren wurden Fragen zu e-Petitionen und zu öffentlichen Petitionen sehr ausführlich erörtert. In London sprachen die Bundestagsabgeordneten mit ihren für Petitionen zustän-

digen Kollegen und konnten in einer Sitzung des Unterhauses verfolgen, wie dem Speaker eine Petition überreicht wurde.

Eine Ausschussdelegation traf sich im April 2011 in Warschau mit verschiedenen Vertretern des Senats und des Sejm sowie der Regierung. In den Gesprächen ging es um die deutsche Minderheit in Polen, die polnischen Staatsbürger in Deutschland und die Asylproblematik. Besonders intensive Gespräche wurden naturgemäß mit der neuen Ombudsfrau Polens geführt.

Als international verflochtenes Gremium ist der Ausschuss Mitglied des Europäischen Ombudsman Instituts (EOI) sowie des Internationalen Ombudsman Instituts (IOI). Auf der Tagung des EOI im Oktober 2009 in Florenz stand das Thema der öffentlichen Petition im Mittelpunkt, bei dem der Deutsche Bundestag in Europa eine Vorreiterrolle eingenommen hat. Über die bisherigen Erfahrungen, die der Bundestag mit öffentlichen Petitionen und dem Internetportal „e-Petitionen“ gemacht hat, berichtete der stellvertretende Ausschussvorsitzende auf der Tagung daher auch ausführlich. Er nahm ebenfalls an der Tagung des IOI im Oktober 2010 in Barcelona teil, bei der es vor allem um den Umgang Europas mit Flüchtlingsströmen ging und darum, welche Rechte die Flüchtlinge in den einzelnen Staaten besitzen.

Auswärtiger Ausschuss

Die Pflege des parlamentarischen Dialogs mit wichtigen europäischen Partnern Deutschlands und die aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten prägten im Berichtszeitraum die Reisetätigkeit des Auswärtigen Ausschusses, die durch Reisen seiner Unterausschüsse ergänzt wurde.

Mit Blick auf den 20. Jahrestag des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages und die Übernahme des Ratsvorsitzes der EU durch Polen im Jahr 2011 kam den gemeinsamen Sitzungen mit dem Auswärtigen Ausschuss des Sejm im März 2010 in Warschau und im Mai 2011 in Berlin besondere Bedeutung zu; im Mittelpunkt standen das bilaterale Verhältnis, die Lage der EU und die Perspektiven einer europäischen Außenpolitik. Im Juni 2010 besuchte eine Ausschussdelegation Moskau, um mit dem Auswärtigen Ausschuss der Duma über die bilaterale Zusammenarbeit, die europäische Sicherheit und die Lage in Afghanistan, dem Nahen Osten und dem Nordkaukasus zu sprechen. Auf russische Initiative kam es im Februar 2011 in Kaliningrad erstmals zu einem Treffen von Delegationen der Ausschüsse von Bundestag, Sejm und Duma, bei dem die trilateralen Beziehungen, das Verhältnis Russlands zur EU und Fragen der europäischen Sicherheit erörtert wurden.

Der politische Umbruch in beiden Ländern war Anlass der Delegationsreise des Auswärtigen Ausschusses nach Tunesien und Ägypten im Mai 2011, die bewusst auch ein Zeichen des Respekts und der Solidarität sein sollte. Treffen mit Vertretern politischer Institutionen, zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Protestbewegung in Tunis und Kairo vermittelten der Delegation hier wie dort

ein Bild vom Stand der politischen Transformation, den maßgeblichen Akteuren und den Perspektiven der künftigen Entwicklung.

Die Delegationsreise des Unterausschusses „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik“ in den Iran im Oktober 2010 diente nicht zuletzt dazu, in einer schwierigen Phase der bilateralen Beziehungen den Gesprächsfaden auf parlamentarischer Ebene nicht abreißen zu lassen, sondern zur Erörterung auch kontroverser Themen zu nutzen. So konnte die Delegation sich u. a. erfolgreich für zwei inhaftierte deutsche Journalisten einsetzen.

Der im März 2010 neu eingerichtete Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ unterrichtete sich zunächst auf einer auswärtigen Sitzung in Brüssel im Juli 2010 über den Beitrag der Europäischen Union zur zivilen Krisenprävention. Die Delegationsreise im Oktober 2010 nach Äthiopien, Ghana und Sierra Leone bot die Gelegenheit, sich bei der Afrikanischen Union in Addis Abeba und im Kofi Annan International Peace Keeping Training Center in Accra über Konfliktprävention und -management in Afrika zu informieren und in Freetown eine erfolgreiche Friedensmission der Vereinten Nationen kennenzulernen. Die dort gewonnenen Erkenntnisse konnten auf einer Delegationsreise im Juni 2011 am Sitz der Vereinten Nationen in New York vertieft werden; den damit verbundenen Besuch in Washington nutzten die Mitglieder des Unterausschusses, um in Gesprächen mit Vertretern von Administration, Kongress und „Think Tanks“ die Ansichten der USA zu diesem Politikfeld kennenzulernen.

Eine Delegation des Unterausschusses „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“ nahm Anfang Mai 2010 in New York an der Eröffnung der alle fünf Jahre stattfindenden Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag teil und nutzte die Präsenz von Vertretern der 189 Vertragsstaaten zu Gesprächen über die Chancen verstärkter multilateraler Bemühungen um nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung.

Innenausschuss

Auch klassische Themen der Innenpolitik wie Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung haben einen klaren Auslandsbezug: Ohne enge internationale Zusammenarbeit kann europäisch vernetzten oder sogar global agierenden Kriminellen nicht das Handwerk gelegt werden. Die internationale Dimension von weiteren zentralen Themen des Innenausschusses – wie Migration und Integration, Grenz- und Katastrophenschutz sowie Polizeimissionen im Ausland – liegt ohnehin auf der Hand.

Die internationale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden sowie die Migrations- und Flüchtlingspolitik standen daher im Mittelpunkt der Delegationsreisen des Ausschusses im Berichtszeitraum. Bei der Reise einer Delegation in den Kosovo (April 2010) informierten sich die Abgeordneten vor Ort insbesondere über den Auslandseinsatz der Bundespolizei im Rahmen der Mission EULEX KOSOVO und die Situation rückgeführter Flüchtlinge. Ebenfalls im April 2010 besuchte eine Aus-

schussdelegation das südliche Afrika: In Südafrika standen Sicherheitsaspekte und die internationale polizeiliche Zusammenarbeit, besonders im Vorfeld der Fußball-WM 2010, im Zentrum der Gespräche; in Namibia ging es vor allem um den Rechtsstaatlichkeitsdialog, die allgemeine Sicherheit, die koloniale Vergangenheit, das SADC-Tribunal sowie die Situation der deutschen und europäischen Minderheit. Mit der Problematik der Flüchtlingsströme aus Nordafrika beschäftigten sich Ausschussmitglieder auf einer Reise nach Libyen und Malta (Mai/Juni 2010). Terrorismusbekämpfung und die Fragen der illegalen Einwanderung wurden bei einem Besuch in den USA im Oktober 2010 erörtert. In Kroatien, Montenegro und Albanien (Mai 2011) ging es den Abgeordneten um Informationen zur innenpolitischen Entwicklung dieser Länder seit Beginn des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses mit der EU – vor allem zu Fortschritten beim Kampf gegen Korruption und Organisierte Kriminalität. Bei ihrer Reise in die Ukraine (Juni 2011) wollte eine Delegation des Ausschusses Näheres zur Visathematik, zur Polizeiarbeit, zum Grenzmanagement und zur Sicherheit bei der Fußball-EM 2012 erfahren. Schließlich bildeten Fragen der Migration – insbesondere die Sicherung der türkisch-griechischen Grenze – und der Integration den Schwerpunkt eines Besuchs von Ausschussmitgliedern in der Türkei und in Griechenland (September 2011).

Sportausschuss

Mit einer Reise von Mitgliedern des Ausschusses nach Warschau im Oktober 2010 fand der seit 2008 bestehende regelmäßige Dialog mit dem Ausschuss für Körperkultur und Sport des polnischen Parlaments seine Fortsetzung. Bei diesem Treffen ging es um den Stand der Vorbereitungen der u. a. durch Polen auszurichtenden UEFA-Fußball-EM 2012, um damit im Zusammenhang stehende Fragen der Sicherheit bei internationalen Sportgroßveranstaltungen sowie der Finanzierung und Konzeption von Sportstätten, insbesondere von Fußballstadien. Zudem standen die jeweiligen Förderkonzepte für den Spitzen- und Breitensport in Deutschland und Polen auf der Agenda.

Mit dem Besuch der Olympischen und Paralympischen Winterspiele in Vancouver im Februar beziehungsweise März 2010 folgte der Sportausschuss seiner langjährigen Tradition, diese Spitzenveranstaltungen des internationalen Sportgeschehens als Plattform für den Erfahrungsaustausch über sportfachliche, organisatorische, ökologische und wirtschaftliche Aspekte der Ausrichter und der internationalen Akteure des Spitzensports zu nutzen. Darüber hinaus konnten viele Begegnungen mit Mitgliedern des Internationalen Olympischen Komitees dafür genutzt werden, die Bewerbungen von München, Garmisch-Partenkirchen und dem Berchtesgadener Land um die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 zu unterstützen.

Eine Delegation des Ausschusses besuchte im Januar 2011 die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar. Dabei ging es um einen Informationsaustausch über die Konzeption und Ausgestaltung von Sportstätten in den

beiden aufstrebenden Ausrichterstaaten für internationale Sportveranstaltungen (u. a. die FIFA-Fußball-WM im Jahr 2022), die Vergabebedingungen für solche Großveranstaltungen sowie einen sportpolitischen und sportwissenschaftlichen Austausch zur Entwicklung des Spitzensports und Breitensports in diesen Ländern.

Rechtsausschuss

Die internationalen Aktivitäten des Rechtsausschusses und seines Unterausschusses Europarecht fokussierten sich im Berichtszeitraum vor allem auf europarechtliche Fragestellungen, insbesondere solche der Subsidiarität.

Den Auftakt der europarechtlichen internationalen Aktivitäten stellte der Besuch der EU-Justizkommissarin und stellvertretenden Präsidentin der EU-Kommission, Viviane Reding, im September 2010 in Berlin dar. Die Mitglieder des Ausschusses erörterten mit ihr unter anderem den Schutz der Grundrechte sowie die Möglichkeiten und Grenzen europäischer Zivilgesetzgebung. An dieses Gespräch konnte der Ausschuss mit einer im Oktober 2010 durchgeführten Reise nach Brüssel anknüpfen. Neben EU-Justizkommissarin Reding empfing dort auch die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström die Abgeordneten zu einem Meinungsaustausch. Der Ausschuss führte während seines eintägigen Aufenthalts auch eine auswärtige Sitzung in den Räumen des Europäischen Parlaments in Brüssel durch, an der Mitglieder des Rechtsausschusses, des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz sowie des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments teilnahmen. Beratungsgegenstände waren neben Subsidiaritätsfragen auch aktuelle rechtspolitische EU-Vorlagen u. a. zum Verbraucherschutz, zum Erb- und Testamentsrecht, zum Urheberrecht, zu Eurojust, zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern und der Kinderpornografie sowie zur Europäischen Ermittlungsanordnung.

Eine ganz erhebliche Relevanz sowohl für die Auslegung des europäischen Primärrechts als auch für die Art und Weise der Umsetzung beziehungsweise Implementierung von Richtlinien und Verordnungen kommt der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) zu. Aufgrund dessen setzte der Unterausschuss Europarecht des Rechtsausschusses im Berichtszeitraum den in der zweiten Hälfte der 16. Wahlperiode begonnenen Dialog mit dem EuGH mit einer Reise nach Luxemburg im Januar 2011 fort. Die Delegation und die gastgebenden Richter – unter ihnen auch der Präsident des EuGH, Vasilios Skouris – diskutierten Fragen der künftigen Gerichtsorganisation des EuGH und vor allem die Bedeutung des Grundsatzes der Subsidiarität für die Arbeit des EuGH und des Deutschen Bundestages.

Neben diesem europarechtlichen Fokus führte eine Ausschussdelegation im Oktober 2010 in den USA vertiefte Gespräche vor allem zu rechtlichen Fragen der Terrorismusbekämpfung – insbesondere dem Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit. Die Delegation hatte zudem Gelegenheit, unter anderem die Themen Men-

schhandel, Schutz geistigen Eigentums im Internet, Insolvenzrecht für systemrelevante Banken und Unternehmen, Staateninsolvenzrecht und Todesstrafe in den USA zu erörtern.

Finanzausschuss

Wie schon in der zweiten Hälfte der 16. Legislaturperiode beschäftigte sich der Finanzausschuss im Rahmen seiner internationalen Aktivitäten auch in der ersten Hälfte der 17. Legislaturperiode vor allen Dingen mit den Auswirkungen der Finanzmarktkrise und deren internationaler Bewältigung.

Die inzwischen schon traditionelle Teilnahme an der Jahresversammlung von IWF und Weltbank in Washington (Oktober 2010) bot die Möglichkeit, mit Vertretern des IWF und anderen internationalen Gesprächspartnern die Reformschritte zur nachhaltigen Vermeidung künftiger Krisen an den Finanzmärkten zu diskutieren. Diese Gespräche fanden ihre Ergänzung in Treffen mit Vertretern der US-Administration (Federal Reserve Bank, Treasury sowie Wertpapier- und Börsenaufsicht). In diesen Kontext gehört auch die Delegationsreise des Finanzausschusses nach Österreich, Liechtenstein und in die Schweiz (Juni 2010), bei der man sich in allen drei Ländern jeweils in Gesprächen mit Vertretern der Parlamente und Regierungen wie auch der Nationalbanken und Finanzaufsichtsbehörden sehr detailliert über die Vorstellungen zur Regulierung der Finanzmärkte, die von der jeweiligen nationalen Situation geprägt waren, informieren und austauschen konnte. Ein Besuch des Finanzplatzes London (März 2011) bot dann u. a. in Gesprächen mit der britischen Bankenaufsichtsbehörde, Vertretern von Hedgefonds und dort ansässigen Leitern deutscher Bankhäuser die Gelegenheit, alle Aspekte der Finanzmarktregulierung und Finanzmarktaufsicht aus dem Blickwinkel eines Landes zu erörtern, das nicht der Eurozone angehört und zu den bedeutendsten Finanzplätzen der Welt zählt. Ein Gespräch bei der neu gegründeten und ebenfalls in London ansässigen europäischen Bankenaufsichtsbehörde bot die Gelegenheit, sich eingehend über die Organisation dieser neuen Institution und die Durchführung von Banken-Stresstests unterrichten zu lassen.

Der wirtschaftlichen Rolle Chinas in der Welt und seines inzwischen internationalen Standards standhaltenden Finanzsystems Rechnung tragend, führte der Ausschuss im Rahmen einer Delegationsreise (Juni 2011) u. a. Gespräche mit der dortigen Banken- und Wertpapieraufsicht. Im Rahmen dieser Delegationsreise bildete auch der Besuch der Finanzzentren Hongkong und Macao einen Programmpunkt. Dabei standen in Macao eher die Themen Geldwäsche, Schwarzgeld und Steuerhinterziehung im Vordergrund der Gespräche.

Mit einem Besuch in Paris (September 2010) erwiderte der Finanzausschuss einen Besuch seiner französischen Kollegen aus dem Frühjahr 2010. Auch hier standen wieder die Fragen der Finanzmarktregulierung im Vordergrund der Gespräche, einschließlich der aus der Finanzmarktkrise resultierenden Haushaltsprobleme.

Fragen der Finanzmarktaufsicht, der Haushaltsdefizite und der Eurokrise standen im Mittelpunkt von Gesprächen bei den Berlin-Besuchen von Delegationen aus Frankreich, Großbritannien, Liechtenstein, Luxemburg und der Schweiz wie auch aus Syrien und Thailand.

Haushaltsausschuss

Der Ausschuss ist aufgrund seiner Zuständigkeiten für den Gesamtetat und für alle kostenwirksamen Einzelmaßnahmen auf sämtlichen Fachgebieten tätig, was sich auch in seiner Reisetätigkeit zu den verschiedensten Themen und Politikfeldern widerspiegelt.

Im Berichtszeitraum begleitete der Ausschuss Versorgungsflüge der Bundeswehr in afrikanische Länder, die im Rahmen der Ausstattungshilfe Materialien und Beratungshilfe erhalten. Im April 2010 waren die Ziele Mali und Senegal, im Februar 2011 Äthiopien und Nigeria. Bei beiden Reisen wurde den Delegationsmitgliedern im Rahmen von konkreten Projektbesuchen die Effektivität der deutschen Hilfe dargestellt.

Im Dezember 2010 besuchte eine Delegation der Berichterstatter für die Bereiche Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Panama und Brasilien und informierte sich in Panama über die Erweiterungsarbeiten des Panama-Kanals, die daraus zu folgernden Konsequenzen für Seehandel, Häfen und Container-Schiffbau sowie dessen Auswirkungen auf die deutsche Werftindustrie. In Manaus zeigte sich, dass die deutsche Wirtschaft im Norden Brasiliens unterrepräsentiert ist und die dort bestehenden Möglichkeiten in den Bereichen Hafenlogistik, Stadterneuerung und Biodiversität kaum nutzt.

Eine Delegation der Berichterstatter für die Bereiche Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz reiste im Januar 2011 nach Südostasien, um sich in Malaysia und Indonesien schwerpunktmäßig über die dortige Palmölproduktion und die Möglichkeiten des nachhaltigen Anbaus ohne weitere Zerstörung des Regenwaldes zu informieren. Der Besuch in Brunei machte deutlich, dass bei ausreichend anderen Einnahmen keine Notwendigkeit der Kultivierung besteht und der Regenwald unberührt fortbestehen kann.

Im Februar 2011 führten Fragen der Gesundheitspolitik, der Wirtschaftsförderung, der bilateralen Handelsbeziehungen, der erneuerbaren Energien, der Integration von Einwanderern und der Rohstoffversorgung eine siebenköpfige Delegation des Ausschusses nach Australien.

Ebenfalls im Frühjahr 2011 informierten sich die Berichterstatter für den Etat des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Brasilien über sozial- und arbeitsmarktpolitische Herausforderungen im Bereich der Familien-, Geschlechter- und Jugendpolitik. Durch Besuche in Armutsvierteln, Gespräche mit Unternehmen und den Dialog mit brasilianischen Politikern ergab sich ein differenziertes Bild der gegenwärtigen Entwicklung Brasiliens, das Deutschland durch eine „strategische Partnerschaft“ verbunden ist: auf der einen Seite eine ungebrochene wirtschaftliche Dynamik, auf der anderen Seite weiterhin massive Armuts- und Bildungsprobleme, die

die Sozial-, Jugend- und Familienpolitik vor gigantische Herausforderungen stellen und mittelfristig die wirtschaftliche Entwicklung gefährden.

Eine weitere Reise führte die Berichterstatter für den Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes im März 2011 nach Hongkong, Kambodscha und Vietnam. In Hongkong lag der Schwerpunkt bei der chinesischen Einschätzung der Wirksamkeit der Euro-Stabilitätsmaßnahmen, während in Kambodscha und Vietnam die Hilfsprogramme der auswärtigen Kulturpolitik erörtert wurden.

Vor dem Hintergrund der Krise in der Eurozone reisten die Vorsitzende und die Obleute im Mai 2011 nach Paris, um sich mit den Kolleginnen und Kollegen der Assemblée nationale und des Senats sowie mit Regierungsvertretern über die Ausgestaltung des Europäischen Stabilitätsmechanismus auszutauschen.

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Die Themenschwerpunkte der Delegationsreisen im Berichtszeitraum standen in einem engen Zusammenhang mit Fragen der Energiepolitik, die bislang den herausragenden Beratungsschwerpunkt des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie in der 17. Wahlperiode darstellt.

So reiste eine Ausschussdelegation im Mai 2010 nach Saudi Arabien, Dubai, Bahrain und Kuwait, um vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise in Gesprächen mit Akteuren der Energie- und Erdölförderpolitik einen Einblick in die dortigen Vorstellungen von der zukünftigen Politik zu gewinnen. Aber auch Themen wie erneuerbare Energien, Wasser- und Stromverbrauch oder „green building“ sowie der Besuch damit verbundener Projekte waren Gegenstand der Reise.

Um Energie- und Rohstoffpolitik ging es auch bei einer Delegationsreise in die Russische Föderation im Mai 2011. Als wichtigster Energielieferant Deutschlands und angesichts seines hohen Anteils an den Weltreserven für Öl und Gas ist Russland für die Energieversorgung Deutschlands von hoher strategischer Bedeutung. Besonders vor dem Hintergrund der dramatisch gestiegenen Energiepreise gewinnt die Versorgungssicherheit zu annehmbaren Preisen täglich an Gewicht. Um die dortigen Positionen zur zukünftigen Rohstoffexportpolitik sowie zur Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und insbesondere auch mit Deutschland kennenzulernen, führten die Abgeordneten Gespräche mit Vertretern der russischen Energie- und Rohstoffpolitik.

Bei der Delegationsreise nach Indonesien, Malaysia und Singapur im Herbst 2010 stand neben der Energiepolitik auch die Handelspolitik im Mittelpunkt der Gespräche. Die sogenannten Tigerstaaten stellen auch in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise eine der wichtigsten Wachstumsregionen der Welt dar und werden in den kommenden Jahrzehnten gerade auch für Deutschland als Exportnation weiter an Bedeutung gewinnen.

Der Ausschuss führte vor dem Hintergrund seiner europapolitischen Verantwortung im Oktober 2010 eine auswär-

tige Sitzung in Brüssel durch. In Gesprächen mit dem Präsidenten des Europäischen Rates und mit Mitgliedern der Kommission ging es unter anderem um die Bereiche ECOFIN, Wettbewerb, Steuern, Binnenmarkt und Dienstleistungen, Energie, Telekommunikation, Digitale Agenda, Economic governance sowie Kohäsionspolitik.

Vor dem Hintergrund der Neuausrichtung der Kohäsionspolitik der Europäischen Union ab 2014 reiste eine Delegation des Unterausschusses „Regionale Wirtschaftspolitik“ im Juni 2011 nach Estland, Lettland und Litauen. Ziel der Reise war es, sich in Gesprächen mit Vertretern von Parlament, Regierung, der Wirtschaft und der kommunalen Ebene ein persönliches Bild von den Herausforderungen und Erfolgen der regionalen Wirtschaftspolitik in den baltischen Republiken zu machen sowie für einen Ausbau der deutsch-baltischen Wirtschaftsbeziehungen zu werben.

Auch am Sitz des Deutschen Bundestages ist der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie nach wie vor ein international gefragter Ansprechpartner. Unter anderem wurden Delegationen aus China, Georgien, Indien, Liechtenstein, Libanon, Litauen, Nigeria, Nordafrika (Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien und Tunesien), Russland, Saudi Arabien, Tschechien, Ukraine sowie den USA zu Gesprächen mit Mitgliedern des Ausschusses empfangen.

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Bei allen Reisen und Besuchen des Ausschusses im Berichtszeitraum standen angesichts der stetig wachsenden Weltbevölkerung und der globalen Klimaveränderung vor allem das Ziel einer effizienten und nachhaltigen Landwirtschaft sowie Fragen zur Ernährungssicherheit im Vordergrund: Wie sollen Armut und Hunger, vor allem in ländlichen Räumen, beseitigt und verhindert werden? In Anbetracht der bevorstehenden Entscheidungen darüber, wie die Agrarpolitik in der nächsten Finanzperiode der EU ausgestaltet werden soll, stellte im Bereich der Agrarpolitik die Diskussion über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU einen wesentlichen Schwerpunkt bei den Delegationsreisen des Ausschusses ins europäische Ausland dar. Außerdem bestimmten europäische Aspekte in der Verbraucherpolitik die Gespräche.

Die Reise des Ausschusses in die Niederlande und nach Belgien (April 2010) diente dem Informationsaustausch mit Abgeordneten der nationalen Parlamente, Vertretern der nationalen Regierungen sowie des Europäischen Parlamentes und der Kommission über die europäischen Aspekte der Entwicklung ländlicher Räume, über die Harmonisierung des Verbraucherschutzes sowie insbesondere über die Reform der GAP.

Bei der Reise nach Kenia, Uganda und Äthiopien im September 2010 informierten sich die Delegationsmitglieder unter anderem über Strategien der Ertragssteigerung in der Landwirtschaft, Ernährungssicherheit, Mikrokreditsysteme für Kleinbauern und den Umgang mit energiepolitischen Herausforderungen.

Partnerland der Internationalen Grünen Woche (IGW) 2010 war Ungarn. Das war Anlass für den Berlin-Besuch des ungarischen Landwirtschaftsausschusses. Die Mitglieder beider Ausschüsse tauschten sich in ihren Besprechungen intensiv über agrarpolitische Fragestellungen aus und nahmen gemeinsam an der Eröffnungsveranstaltung der IGW teil, auf der sich die Gelegenheit zu weiteren Fachgesprächen bot.

In einem mehrjährigen Konsultationsprozess haben Vertreter von Hirtenvölkern die sogenannten „Nutztierhalterrechte“ erarbeitet, einen Katalog von Prinzipien und Rechten, die das wirtschaftliche und kulturelle Überleben der Hirtenvölker sichern sollen. Bei dem Besuch einer Delegation von Hirtenvölkern aus Asien und Afrika im Ausschuss (Mai 2010) warben die Teilnehmer um Unterstützung für die Anerkennung der Nutztierhalterrechte und machten auf die zentrale Rolle ihrer Gemeinschaften bei der Erhaltung von Ökosystemen und Nutztierassen aufmerksam.

Bei dem Besuch einer Delegation aus Kasachstan im Januar 2011 stand das Deutsche Agrarzentrum in Kasachstan (DAZ-Kasachstan) im Mittelpunkt der Diskussion. Es soll als Kompetenzzentrum für deutsche Agrartechnologie eröffnet werden, um anwendungsorientiertes Fachwissen an Fach- und Führungskräfte von landwirtschaftlichen Betrieben zu vermitteln und den landwirtschaftlichen Ausbildungssektor in Kasachstan zu stärken.

Im Juni 2011 erörterten die Berichterstatter des Ausschusses mit Gästen aus Westafrika die Auswirkung von Billigfleischexporten auf die dortigen Märkte.

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Durch die Ratifikation der Lissabon-Verträge sowie der Begleitgesetze hat der Deutsche Bundestag zusätzliche Kompetenzen in EU-Angelegenheiten erhalten. Um diese Rechte auch angemessen wahrnehmen zu können, hielt es der Ausschuss für wichtig, sich im Juli 2010 in einer zweitägigen Ausschusssitzung in Brüssel konzentriert über die Beratungsabläufe in Brüssel zu informieren. Eine Rolle spielte dabei auch die Unterrichtung über den Ablauf des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie die arbeits- und sozialpolitische Agenda der Europäischen Kommission.

In der Diskussion um den angestrebten EU-Beitritt der Türkei werden gerade auch arbeitsmarkt- und sozialpolitische Fragen kontrovers diskutiert. Um in dieser Auseinandersetzung mehr Hintergrundinformationen zu erhalten, besuchte der Ausschuss im März 2011 die Türkei. Angesichts der großen Zahl türkischer Staatsangehöriger in der Bundesrepublik Deutschland waren dabei auch verschiedene Aspekte der Migration wie Anerkennung von Berufsabschlüssen, berufliche Qualifizierung von jugendlichen Migranten und Möglichkeiten einer verbesserten Arbeitsmarktintegration von Interesse.

Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise hat weltweit zu einer Zunahme von Arbeitslosigkeit und Armut geführt. In den internationalen Bemühungen zur Überwindung der Folgen der Krise spielt die Internationale

Arbeitsorganisation (ILO) eine zunehmend wichtigere Rolle. In dieser Situation bot die 100. Internationale Arbeitskonferenz im Juni 2011 in Genf eine gute Gelegenheit, sich über globale Beschäftigungs- und Lohnentwicklungen, soziale Aspekte im G-20-Prozess sowie die Überwachung der internationalen Arbeitsnormen zu informieren.

In Berlin begrüßte der Ausschuss eine Delegation der ILO unter Leitung der Generaldirektorin für Europa und Asien. Ferner informierte sich der stellvertretende Generaldirektor der Nationalversammlung Israels beim Ausschuss über das deutsche Sozialsystem. Des Weiteren gab es sowohl mit Delegationen des rumänischen Senats als auch des Abgeordnetenhauses Gespräche, bei denen Fragen der Rentengesetzgebung sowie Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im Kontext der wirtschaftlichen Krise im Vordergrund standen.

Verteidigungsausschuss

Im Berichtszeitraum standen erneut die Auslandseinsätze der Bundeswehr und der Besuch der deutschen Soldatinnen und Soldaten in den verschiedenen Einsatzgebieten im Vordergrund seiner internationalen Aktivitäten. Im Vorfeld der Mandatsverlängerungen ging es vor Ort vor allem um den Stand und die Bedingungen der Auftrags-erfüllung sowie die Lage in der Region.

So ging es bei einer Reise im Februar 2010 mit den Zielen Montenegro, Kosovo und Dschibuti um die deutsche Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Rahmen der Operation KFOR und bei der EU-geführten Operation ATALANTA zur Bekämpfung der Piraterie vor der somalischen Küste. Im Zuge der Erweiterung des ISAF-Mandats reiste im März 2010 eine Ausschussdelegation nach Afghanistan, besuchte das deutsche Einsatzkontingent in Kabul, Masar-e Sharif und Kundus und informierte sich insbesondere über die aktuelle Sicherheitslage vor dem Hintergrund der veränderten Strategie im Nachgang zur Londoner Afghanistan-Konferenz. Diese hatte auch bereits Ende Januar 2010 im Mittelpunkt eines Besuchs im NATO-Hauptquartier in Brüssel gestanden, bei dem die Delegation ferner das neue strategische Konzept der NATO ansprach und die Gelegenheit zu einem Treffen mit dem Verteidigungsausschuss des belgischen Parlaments nutzte. Ferner reiste im Frühsommer 2011 eine Delegation nach Tel Aviv, Jerusalem, in die Palästinensergebiete sowie nach Beirut, um sich vor dem Hintergrund der anstehenden Mandatsverlängerung für den UNIFIL-Einsatz insbesondere einen Überblick über die aktuelle Sicherheitslage in der Region zu verschaffen.

Die bilaterale militär- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit bildete einen weiteren Arbeitsschwerpunkt des Ausschusses. So reiste im Dezember 2010 eine Delegation nach Großbritannien, wo sich u. a. das Operation Headquarter für den ATALANTA-Einsatz befindet, und nutzte den Besuch im Hinblick auf die anstehende Strukturreform der Bundeswehr auch für einen Austausch über die Erfahrungen aus der britischen Streitkräfte-reform.

Ebenso pflegte der Ausschuss die guten Kontakte zum Bündnispartner USA und machte sich im Februar 2011 dort ein Bild von der aktuellen Einschätzung der weltpolitischen Lage und den Zielsetzungen der US-Regierung, insbesondere im Hinblick auf den Afghanistaneinsatz und die neue NATO-Strategie. Dabei ging es – ebenso wie bei einem Besuch in Israel im Mai/Juni 2011 – auch um die Behandlung und Betreuung von an posttraumatischen Belastungsstörungen leidenden Soldatinnen und Soldaten. Abgerundet wurde das Programm durch Gespräche bei den Vereinten Nationen in New York.

Eine Vielzahl an internationalen Gästen in Berlin belegt erneut die guten und intensiven internationalen Kontakte des Ausschusses, die zur Information der Mitglieder unabdingbar sind. So begrüßte der Ausschuss neben hochrangigen Vertretern der NATO Gäste aus den Bündnispartnerstaaten USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich und Polen sowie Vertreter der Staaten der Einsatzgebiete der Bundeswehr, wie zum Beispiel Libanon, Bosnien und Afghanistan. Darüber hinaus fanden Besuchstermine mit Gesprächspartnern aus vielen anderen Staaten wie zum Beispiel Israel, Singapur, Indonesien, Österreich, Japan, Ukraine, Schweden, Kenia, Kroatien, Brasilien, Südafrika, China und der Mongolei statt.

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Familien- und seniorenpolitische Fragen prägten die internationalen Aktivitäten des Ausschusses in der ersten Hälfte der 17. Wahlperiode. Einerseits dienten die Reisen der Information und dem Austausch von Ideen mit ausländischen Experten, Politikern, Verbänden und Nichtregierungsorganisationen, andererseits war auch die Präsentation von Schwerpunkten der deutschen Politik ein wichtiges Anliegen. So reiste eine Delegation des Ausschusses im Frühjahr 2010 nach New York, um an der 54. Sitzung der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen teilzunehmen. 15 Jahre nach der vierten Weltfrauenkonferenz in Peking stand diese Veranstaltung ganz im Zeichen einer Bilanzierung der Erklärung und der Aktionsplattform von damals.

Gleichstellungs- und Familienpolitik war das Thema einer Delegationsreise nach Vilnius und Oslo im Juni 2010. Im Vordergrund des Interesses der Abgeordneten standen vor allem die Erfahrungen Norwegens mit der Einführung einer festen Frauenquote für Aufsichtsräte. Zudem verschaffte sich die Ausschussdelegation einen Eindruck von der Arbeitsweise des neu gegründeten Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) in Vilnius.

Die Delegationsreise in die Niederlande im September 2011 widmete sich seniorenpolitischen Schwerpunkten. In ihren Gesprächen informierten sich die Abgeordneten über die Themen aktives Altern, Lebenslaufpolitik, seniorengerechtes Wohnen sowie Demenz.

Auch der Unterausschuss Kinderkommission nutzte Delegationsreisen, um Fragestellungen aus seinem Arbeitsgebiet zu vertiefen. So nahm eine Delegation der Kinderkommission im September 2010 an einem Workshop zum Thema „Die Rolle der Parlamente bei der Förderung und

der Überwachung von Kinderrechten“ im mazedonischen Skopje teil. Damit wollte die Kinderkommission einen Beitrag für den Aufbau eines parlamentarischen Gremiums zur Wahrnehmung der Rechte und Interessen der Kinder und Jugendlichen in einer jungen Demokratie leisten.

Im Juni 2011 war Oslo auch Ziel einer Reise der Kinderkommission zum Thema Inklusion und Kinderrechte. Die Abgeordneten machten sich vor Ort ein Bild davon, wie das gemeinsame Leben und Lernen von behinderten und nichtbehinderten Kindern in Norwegen ermöglicht wird, das unter dem Gesichtspunkt der Inklusion eine Vorreiterrolle einnimmt.

Ausschuss für Gesundheit

Die vier im Berichtszeitraum durchgeführten Reisen standen in unmittelbarem Zusammenhang mit Beratungsthemen des Ausschusses. Weiterhin wurden die in Deutschland aktuell diskutierten gesundheitspolitischen Geschäftsfelder mit den in anderen Staaten vorhandenen Strategien verglichen. Ziel der Reisen war es, neue Impulse und Vergleiche für die Gesundheitspolitik in Deutschland zu erhalten, um die immer größeren Herausforderungen diskutieren und lösen zu können.

Ende Juni 2010 reiste eine Ausschussdelegation nach Frankreich, um sich über die Strukturen des französischen Gesundheitswesens sowie über aktuelle Entwicklungen der Gesundheitspolitik zu informieren. Der Schwerpunkt der Reise lag auf der Arzneimittelpolitik, die auch in Deutschland ein wichtiges Thema ist. Des Weiteren informierte sich die Delegation über die französischen Regelungen im Bereich der Organspende und deren Umsetzung.

Mitte Oktober 2010 reiste eine Delegation nach Israel, um sich dort mit den Themen reproduktive Medizin, Arzneimittel, Telematik, medizinische Versorgung von traumatischen Patienten und sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen sowie Rehabilitation zu beschäftigen.

In den USA informierte sich eine Delegation Anfang Mai 2011 über das amerikanische Gesundheitssystem, seine Strukturen und über die Veränderungen durch die von Präsident Obama initiierte Gesundheitsreform. Zudem beschäftigte sich die Delegation mit Einzelthemen wie zum Beispiel Arzneimittelstudien, ergebnisorientierte Vergütung versus leistungsorientierte Bezahlung, den Umgang mit chronisch kranken Patienten, Werteorientierung im Gesundheitswesen, Zusammenarbeit von Wissenschaft und Pharmaindustrie sowie Fragen der Epidemiologie.

Der Schwerpunkt einer Delegationsreise in die Niederlande Ende Mai 2011 war das Thema Demenz. Die Ausschussmitglieder informierten sich im Rahmen von „best practice“ über ein Modellprojekt in Hogewey; hierbei handelt es sich um ein Dorf, das ausschließlich für Menschen mit Demenz geschaffen wurde.

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Der alpenquerende Güterverkehr ist im europäischen Verkehrssystem von großer Bedeutung. Die Transportwege durch die Alpen sind einerseits von großer wirtschaftlicher Relevanz, andererseits beklagen die Bewohner der betroffenen Regionen die Belastungen, die von LKW-Transporten durch die Alpen ausgehen. Deshalb befasste sich der Ausschuss bei zwei Reisen intensiv mit Problemen und Perspektiven in diesem Bereich. Unter anderem unterrichtete er sich über im Bau befindliche bzw. geplante Tunnelprojekte, welche eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene ermöglichen sollen.

So informierte sich eine Delegation des Ausschusses in Österreich und Italien im Oktober 2010 vor Ort über die Auswirkungen des alpenquerenden LKW-Verkehrs für die Anwohner (auch auf deutscher Seite), über die Probleme des Transportgewerbes bei der Überquerung der Alpen und über ergriffene bzw. geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation. Die Abgeordneten besichtigten in diesem Zusammenhang in Innsbruck die Baustelle der Zulaufstrecke im Unterinntal sowie an verschiedenen Stellen in Österreich und Italien Baustellen für den Brennerbasistunnel. Ein wichtiges Thema der bei dieser Reise geführten Gespräche waren die Erwartungen in Italien und Österreich hinsichtlich des Baus von Zulaufstrecken in Deutschland, insbesondere in Bezug auf die Strecke München–Kufstein.

Im März 2011 besuchte eine Delegation des Ausschusses dann auf Einladung der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des schweizerischen Nationalrates die Schweiz und informierte sich insbesondere über die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT). Sie besichtigte in diesem Zusammenhang die Baustelle des Gotthard-Basistunnels in Sedrun und den Durchschlagspunkt der zweiten Tunnelröhre. Der Ausbau der entsprechenden Zulaufstrecken in Deutschland war auch hier ein wichtiges Thema. Bei den Gesprächen in der Schweiz spielten zudem die Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Ländern über den Anflug auf den Flughafen Zürich über deutsches Hoheitsgebiet eine große Rolle.

Eine Delegationsreise nach Frankreich und Großbritannien im Juni 2011 war schwerpunktmäßig dem auf europäischer Ebene relevanten Abbau wettbewerbsverzerrender Hindernisse im Schienenverkehr gewidmet, der eingehend mit Regierungs-, Verbands- und Unternehmensvertretern erörtert wurde. Für die Ausschussarbeit relevante Themen wie die Piraterie und der Klimaschutz wurden in einem Gespräch mit dem Generalsekretär der International Maritime Organization (IMO) diskutiert, die ihren Sitz in London hat. Schließlich war ein weiterer Schwerpunkt der Reise das Thema Elektromobilität, das den Ausschuss in den vergangenen Monaten mit Blick auf die Begrenztheit fossiler Brennstoffe und die sich daraus ergebende Notwendigkeit, innovative Antriebstechnologien zu fördern, verstärkt beschäftigt hatte.

Bereits bei einer Delegationsreise nach China im Frühjahr 2010 war das Thema Elektromobilität unter dem Gesichtspunkt der Infrastruktur, der Frage der Förderpro-

gramme sowie des Engagements deutscher Firmen Gegenstand intensiver Erörterungen. Mit Vertretern des Eisenbahnministeriums wurden außerdem die Entwicklung der Transrapid-Technologie und Fragen eines möglichen weiteren Einsatzes in China thematisiert. In Shanghai besuchte die Delegation die EXPO 2010, die sich unter dem Motto „Better city – better life“ intensiv den Fragen des Umweltschutzes, des Klimawandels sowie der Energieeinsparung widmete und dies in mehreren Themenpavillons mit einer starken deutschen Präsenz (Auftritte der Städte Hamburg, Freiburg, Düsseldorf und Bremen sowie deutscher Unternehmen und Architekturbüros, verschiedene Veranstaltungen) darstellte. Probleme der internationalen Verkehrsströme und der Hafenlogistik standen im Vordergrund beim Besuch des internationalen Container-Tiefseehafens Yangshan.

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Der Schwerpunkt der internationalen Aktivitäten des Ausschusses lag in der ersten Hälfte der 17. Wahlperiode beim Klimaschutz. So stand dieses Thema im Mittelpunkt der Delegationsreise zur Klimakonferenz nach Kopenhagen im Dezember 2009. Ziel dieser Konferenz war es, eine internationale, rechtsverbindliche Anschlussregelung für das im Jahr 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll zu beschließen. Konferenzbegleitend fanden internationale Parlamentariertreffen statt, auch wurden Gespräche mit Vertretern nationaler und internationaler Nichtregierungsorganisationen geführt. Der Dialog mit Experten und Interessenvertretern wurde in breit gefächerten Verhandlungsgruppen vertieft. Die Teilnahme an den Beratungen zu Kernelementen eines Grundsatzbeschlusses und die Gewährleistung der Wahrnehmung politischer Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich eines der wichtigsten internationalen Abkommen war von besonderer Bedeutung für die mit der Problematik des Klimawandels befassten Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker des Ausschusses.

Nach dem Scheitern der Gespräche in Kopenhagen hinsichtlich einer Anschlussregelung für das Kyoto-Protokoll nach 2012 und eines neuen Vertrags unter der UN-Klimarahmenkonvention war man auf der UN-Klimakonferenz in Cancun im Dezember 2010 – an der Abgeordnete im Rahmen einer Delegationsreise nach Guatemala und Mexiko teilnahmen – bemüht, eine internationale Klimaschutzarchitektur zu erreichen, mit der das 2-Grad-Ziel eingehalten werden kann. Die Elemente des sogenannten Copenhagen Accord sollten in die offiziellen UN-Klimaverhandlungen zurückgeführt werden, um das Vertrauen aller Verhandlungspartner in den Verhandlungsprozess wieder zu stärken. Die Mitglieder des Ausschusses unterstützten die Bestrebungen der Bundesregierung und führten darüber hinaus am Rande der Verhandlungen Gespräche mit Delegationen aus den Entwicklungsländern. Die Entwicklungsländer können die erheblichen Kosten für Klimaschutzmaßnahmen nicht allein bewältigen. Ohne substantielle finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer ist es schwierig, diese erfolgreich in eine globale 2-Grad-Strategie einzubinden.

Eines der umfangreichsten Klimaschutzprojekte Afrikas stand im Mittelpunkt der Delegationsreise in den Senegal im Mai 2011. Die Grande Muraille Verte (Große Grüne Mauer) soll rund 15 Kilometer breit und 7 000 Kilometer lang von Dakar im Westen Afrikas bis nach Dschibuti im Osten Afrikas reichen. Unter Beteiligung der einheimischen Bevölkerung sollen Bäume und Sträucher gepflanzt werden, die die Wüstenbildung stoppen und – soweit möglich – rückgängig machen. Auch sollen die Pflanzen der Bevölkerung als Nahrungs- und Energiequelle dienen. Die Abgeordneten konnten sich vor Ort von der Professionalität und Sinnhaftigkeit der verschiedenen Pflanzungen überzeugen. Die Delegation wertete La Grande Muraille Verte als sinnvolle Ergänzung bestehender Entwicklungshilfeprojekte.

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

In der ersten Hälfte der 17. Wahlperiode setzte sich der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe die Arbeitsschwerpunkte Internationaler Strafgerichtshof (IStGH), Religionsfreiheit, menschenrechtliche Verantwortung international tätiger Unternehmen sowie Menschenhandel; seine Delegationsreisen fanden daher im Zusammenhang mit diesen Themen statt.

Beim Besuch des IStGH in Den Haag im September 2010 erkundigte sich eine Ausschussdelegation in Gesprächen mit dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten des Gerichts sowie einem Vertreter der Anklagebehörde nach Arbeitsbedingungen, Schwerpunkten und Unterstützungsmöglichkeiten durch Deutschland. Neben dem Vertiefen der Kenntnisse über den IStGH ging es den Abgeordneten vor allem auch darum, die Bedeutung und Wertschätzung seiner Arbeit durch den Deutschen Bundestag zu dokumentieren.

Bei den Reisen im Juli 2010 in die Niederlande und nach Frankreich sowie im Oktober/November 2010 nach Ägypten ging es um das Thema der Religionsfreiheit. Während sich die Gespräche in den beiden Nachbarländern insbesondere um „Islamophobie“ und das Burkaverbot drehten, standen in Ägypten vor allem die Religionsfreiheit von Minderheiten wie Kopten und Bahai im Mittelpunkt der Diskussion. Ferner wurden generelle Menschenrechtsfragen, Möglichkeiten oppositioneller Tätigkeit sowie die weit verbreitete Folter auf Polizeistationen in dem nordafrikanischen Land von den Abgeordneten thematisiert.

Sowohl im März 2010 als auch im Februar 2011 besuchten Mitglieder des Ausschusses den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (MRR). Für den Ausschuss ist es dabei ein wichtiges Anliegen, dem MRR in seiner Arbeit unterstützend zur Seite zu stehen – vor allem bei dem Prozess der Universal Periodic Review.

Die Delegationsreise in den Kongo und nach Ruanda im Mai 2011 stand im Zusammenhang mit der menschenrechtlichen Verantwortung international tätiger Unternehmen. Während es im Kongo noch erheblicher Anstrengungen im Bereich der Menschenrechte bedarf, hat sich in Ruanda seit dem Genozid vor 10 Jahren doch schon ei-

niges zum Positiven entwickelt. Das Land wird von Präsident Kagame zwar weitgehend autoritär regiert, dennoch hat es in vielen Bereichen Verbesserungen gegeben. So auch bei der Gleichberechtigung – zumal in einem Land, in dem die Frauen die Mehrheit der Sitze im Parlament stellen.

Die humanitäre Lage im Flüchtlingslager der Sahraouis im algerischen Tindouf sowie die menschenrechtliche Situation der Sahraouis in der Westsahara standen im Vordergrund einer Delegationsreise des Ausschusses im Juni 2011. Aktueller Anlass der Reise war die gewaltsame Auflösung des Protestcamps der Sahraouis in Gdeim Izik in der Nähe von Laayoune durch marokkanisches Militär und die Polizei. Dabei war es auf beiden Seiten zu einer ungeklärten Zahl von Toten und Verletzten gekommen. Die Abgeordneten sprachen dort sowohl mit der politischen Vertretung der Sahraouis, Frente Polisario, als auch mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen, der marokkanischen Regierung und der Vereinten Nationen. Die Frage nach einem Referendum über die Unabhängigkeit der Westsahara zog sich wie ein roter Faden durch sämtliche Gespräche.

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Wissenschaftlicher und technologischer Fortschritt vollzieht sich im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr isoliert innerhalb der nationalen Grenzen. Vielmehr sind der internationale Austausch und das multilaterale Zusammenwirken mit führenden Kompetenzträgern weltweit notwendig. Nur so kann Deutschland seine im weltweiten Vergleich hervorragende Position in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung beibehalten und sichern. Dabei ist insbesondere die Grundlagenforschung, die grundsätzlich nicht anwendungsorientiert ist, auf die Förderung der öffentlichen Hand angewiesen. Daher ist die Forschungspolitik ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des Wohlstandes in Deutschland. Grundlegende Voraussetzung für eine erfolgreiche Wissenschafts- und Forschungspolitik ist eine möglichst gute und umfassende Bildung. Es ist für unsere Gesellschaft wesentlich, dass möglichst jeder junge Mensch am Ende seiner Schulzeit die Chance bekommt, einen Beruf zu erlernen, zu studieren und ein eigenverantwortliches Leben zu führen. Auf dieser Basis wird Deutschland auch in Zukunft in der Lage sein, sich dem internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe und die leistungsfähigsten Standorte zu stellen.

Daher entsendet der Ausschuss regelmäßig (im Berichtszeitraum jeweils im September 2010 und 2011) eine Delegation zu der Jahrestagung des German Academic International Network (GAIN) für deutsche Wissenschaftler in Nordamerika. Zur Zeit forschen ca. 5 000 promovierte deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den USA. GAIN zielt darauf ab, den in den USA tätigen Wissenschaftlern und Forschern attraktive Arbeitsperspektiven in Deutschland zu eröffnen und damit dem „Brain Drain“ und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Um der europäischen Dimension der Forschungsförderung gerecht zu werden, besuchte eine Delegation des Ausschusses im Dezember 2010 das Europäische Parlament und die Europäische Kommission in Brüssel. Gegenstand des Interesses war hauptsächlich das laufende 7. und das in Vorbereitung befindliche 8. Forschungsrahmenprogramm. Mit diesen zeitlich befristeten Programmen bündelt die Europäische Union ihre Programme der Forschung und der technologischen Entwicklung mit weitreichenden Folgen für die Mitgliedsländer. Das 7. Forschungsrahmenprogramm zum Beispiel hat einen Umfang von 50,5 Mrd. Euro. Eine parlamentarische Kontrolle der Verwendung von Mitteln in dieser Größenordnung ist unabdingbar. Darüber hinaus konnten Gespräche mit den korrespondierenden Ausschüssen für Forschung und Kultur im Europäischen Parlament sowie mit Repräsentanten der großen deutschen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen auf EU-Ebene geführt werden.

Eine Delegationsreise im Oktober 2010 in die Niederlande und nach Großbritannien hatte einen Erfahrungsaustausch mit den Partnerausschüssen zur frühkindlichen Bildung und zur Hochschulsituation zum Gegenstand. Da insbesondere die deutsch-niederländischen Bildungs- und Kulturbeziehungen sehr eng sind, konnten vor allem bezüglich der möglichen Integrationsformen von Migranten wertvolle Erkenntnisse gesammelt werden.

Im Bereich der Technikfolgenabschätzung nahm eine Delegation des Ausschusses im November 2010 an der EPTA-Konferenz teil. Die EPTA (European Parliamentary Technology Assessment) ist der europäische Zusammenschluss der parlamentarischen Technikfolgenabschätzung – also ein Netzwerk, das insbesondere dazu dient, im Interesse einer effizienten Technikfolgenabschätzung Synergien zu erzielen. Deutschland hat im Jahr 2011 die Präsidentschaft der EPTA inne und wird versuchen, insbesondere Impulse für die Nachhaltigkeit und den Umweltschutz zu setzen.

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Für die Arbeit des Ausschusses sind Reisen in die Staaten von grundlegender Bedeutung, in denen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) geleistet wird, da eine Kontrolle und Beurteilung der EZ der Bundesregierung ohne Überprüfung im jeweiligen Land unvollständig bliebe.

Mexiko ist ein sogenanntes Schwellen- und Ankerland. Eine Delegation des Ausschusses reiste im Mai 2010 dorthin, um sich vor Ort über den Prozess der EZ hin zu einer Partnerschaft auf Augenhöhe zu informieren. Im Zentrum dieses Besuchs standen Fragen zum Klimaschutz (u. a. Energieeffizienz, erneuerbare Energien) sowie zur Wirkung von entwicklungspolitischen Kreditvergaben (Kleinstkredite).

Die Überprüfungskonferenz zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) am 10. September 2010 bei den Vereinten Nationen in New York war eines der bedeutendsten entwicklungspolitischen Treffen der weltweit in diesem Bereich tätigen Regierungs- und Nichtregie-

rungsorganisationen. Eine gemeinsame Delegation des Ausschusses und des Unterausschusses Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung im Auswärtigen Ausschuss nahm begleitend hieran teil. Darüber hinaus standen politische Gespräche am Rande der Konferenz auf dem Programm.

Die Aufbauarbeiten in Afghanistan stellen eine ganz besondere Herausforderung für die EZ dar. Erstmals konnte im Oktober 2010 eine Delegation dorthin reisen, in Verbindung mit einem Besuch Pakistans. In Afghanistan informierte man sich über Ansätze zur Verbesserung der Bildung, der Ausbildung der Polizei und über Gender-Aspekte. Vor dem Hintergrund der Flutkatastrophe in Pakistan im August 2010 konzentrierte sich die Delegation hier auf den Süden des Landes. In Gesprächen mit Nichtregierungsorganisationen ging es um eine Zwischenbilanz und den angepassten Bedarf deutscher Hilfe in den Flutgebieten.

Im Oktober 2010 reiste eine Ausschussdelegation nach Madagaskar und Lesotho. In Madagaskar wurden vor allem Aspekte der HIV/AIDS-Prävention und einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Aufbau von kleinbäuerlichen Wertschöpfungsketten in der ökologischen Holzwirtschaft thematisiert. Höhepunkt des Besuches in Lesotho war die Eröffnung des mit Unterstützung der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) errichteten District Community Centers in Ratsoleli in der Provinz Quthing in Anwesenheit des Premierministers und eines Großteils des Kabinetts.

Um persönliche Inaugenscheinnahme und eine politische Bewertung der Situation der Palästinenser in den besetzten Gebieten ging es Abgeordneten des Ausschusses bei einer Reise nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete im Dezember 2010. In Gesprächen mit Vertretern der Palästinenser und mit Nichtregierungsorganisationen verschaffte sich die Delegation einen Eindruck von der EZ in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Wasserwirtschaft, Bildung, Menschenrechte und Friedensarbeit.

Im März 2011 reiste eine Delegation des Ausschusses nach Brüssel, um sich über aktuelle Themen der EU-Entwicklungszusammenarbeit wie humanitäre Hilfe, Krisenreaktion, Handelspolitik und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zu informieren. Außerdem führte man zu Fragen der EZ im Europäischen Parlament ein Gespräch mit Europaabgeordneten.

Ausschuss für Tourismus

Der Tourismus lebt von einer weitgehend intakten Umwelt der Reiseziele, ist aber andererseits an der Entstehung des Klimawandels beteiligt und muss sich entsprechenden Herausforderungen stellen. Die Folgen des Klimawandels standen daher im Mittelpunkt einer Delegationsreise des Tourismusausschusses nach Dänemark und Island im Frühjahr 2010. In Kopenhagen informierte sich die Delegation über die neue Tourismusstrategie des Landes und warb für grenzüberschreitende Tourismusprojekte. In Grönland konnten sich die Abgeordneten einen Eindruck von den besonderen Herausforderungen

verschaffen, denen der Tourismus in einem großen, aber äußerst dünn besiedelten Land unter extremen klimatischen und geografischen Bedingungen gegenübersteht. Während ihres Aufenthaltes auf Island ließen sich die Abgeordneten über Fragen des Tourismus, dessen Beitrag für die isländische Volkswirtschaft und die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise sowie des Ausbruchs des Vulkans Eyjafjallajökull unterrichten.

Schwerpunkt einer Reise nach Spanien im Oktober 2010 war der Gedankenaustausch mit Vertretern der in Madrid ansässigen Welttourismusorganisation (UNWTO). Erörtert wurde unter anderem die Neuausrichtung der UNWTO unter der Leitung des neuen Generalsekretärs. Die Bundestagsabgeordneten informierten sich ausführlich u. a. über soziale und ethische Dimensionen des Tourismus. Alle Gesprächsteilnehmer waren sich darin einig, dass Tourismus die beste Friedenspolitik weltweit sei. Weitere Themen waren die Arbeit der UNWTO bei Seuchen und Krisen, Instrumente zur nachhaltigeren Gestaltung des Tourismus sowie die Ergebnisse des jüngsten Tourismus-Satellitenkontos. Nach dieser statistischen Erhebung der UNWTO ist die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus in Deutschland fast dreimal so groß wie die der Landwirtschaft.

Die Unruhen in Nordafrika zu Jahresbeginn 2011 führten dort zu großen Einbrüchen im Tourismusgeschäft. Im Februar 2011 konnte eine Ausschussdelegation Marokko besuchen, das zu den stabilen afrikanischen Staaten gehörte, in denen die Ereignisse in Tunesien und Ägypten keine nennenswerten Proteste nach sich zogen. Bei allen Gesprächen der Delegation spielte daher die allgemeine politische Lage im Land und in Nordafrika eine besondere Rolle. Die Delegation ließ sich über den Stand der Umsetzung der aktuellen Tourismusstrategie des nordafrikanischen Landes und über den Aufbau von neuen Tourismusprojekten informieren. Marokko setzt mit seiner Tourismusinitiative vor allem auch auf deutsche Urlauber.

Ziel der Delegationsreise im Mai 2011 nach Griechenland war die Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit im Bereich des Tourismus im Rahmen des deutsch-griechischen Partnerschaftsprogramms. Die Gespräche mit griechischen Parlaments- und Regierungsmitgliedern dienten vor allem dem Erfahrungsaustausch in den Bereichen Tourismusplanung und -vermarktung. Von zentraler Bedeutung waren dabei Überlegungen zu einer Stärkung und Ausweitung des griechischen Tourismusgewerbes durch die Bundesregierung und Vertreter der deutschen Tourismusbranche. Wichtigstes Ergebnis war die Vereinbarung eines deutsch-griechischen Tourismus-Forums, das erstmals im Herbst 2011 in Berlin stattfinden soll.

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Der EU-Ausschuss als Querschnittsausschuss hat eine breit gefächerte Zuständigkeit für europarechtliche und europapolitische Themen. Im Berichtszeitraum trat der Reformvertrag von Lissabon in Kraft, der den nationalen Parlamenten mehr Mitwirkungsrechte gibt, und die ihn

flankierende sogenannte Begleitgesetzgebung. Viele Mitgliedstaaten verfolgten die Beratungen in Berlin aufmerksam und suchten das Gespräch mit dem Ausschuss. Ende 2009 wurden die Finanz- und Schuldenkrise und ihre Auswirkungen auf den Euroraum Gegenstand intensiver Beratungen. Weitere Themen auch bilateraler Gespräche waren die Ausgestaltung der wirtschaftspolitischen Koordinierung, die Beitrittsprozesse, die europäische Perspektive der Staaten des westlichen Balkans und die Neuausrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik.

Der Ausschuss, der für die EU-Erweiterung federführend zuständig ist, hat sich intensiv mit den Kandidatenstaaten und der Umsetzung notwendiger Reformen zur Erfüllung der Beitrittsvoraussetzungen befasst. Vor der abschließenden Beratung über den Beitrittsantrag Islands führte eine Delegation des Ausschusses im März 2010 in Reykjavik Gespräche über die wirtschaftliche Situation, Fragen der Fischerei und das Icesave-Gesetz. Bei einem Besuch in Sarajewo im April 2010 ging es um die Rolle des Hohen Repräsentanten und EU-Sonderbeauftragten, den Verfassungsprozess sowie institutionelle Reformen. In Kroatien, wohin die Ausschussdelegation unmittelbar anschließend reiste, standen die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ) und Reformen im Justizwesen im Mittelpunkt von Gesprächen. Im Januar 2011 besuchte eine aus den EU-Ausschüssen des Deutschen Bundestages und der französischen Nationalversammlung zusammengesetzte Delegation das kroatische Zagreb zu weiteren Gesprächen. Der gemeinsame Arbeitsbesuch folgte auf eine gemeinsame Sitzung beider Ausschüsse in Berlin.

Im Oktober 2010 – kurz nach einem Referendum über die Verfassungsreform und mit Blick auf den Fortschrittsbericht der Kommission – reiste eine Delegation zu Gesprächen in die Türkei nach Istanbul und Ankara. In Montenegro, das im Dezember 2010 vom Europäischen Rat den Status eines EU-Bewerberlandes erhalten hatte, und in Belgrad diskutierten die Abgeordneten im Februar 2011 die anstehenden institutionellen Reformen und Verfassungsänderungen.

Ausschussmitglieder besuchten die Mitgliedstaaten, die den halbjährlich wechselnden Ratsvorsitz übernommen haben, und erörterten die jeweiligen Schwerpunkte der Präsidentschaft. An den regelmäßigen Beratungen der COSAC, der Konferenz der Europaausschüsse der Mitgliedstaaten der EU, nahmen Vertreter des Ausschusses teil. Im Format des Weimarer Dreiecks fanden trilaterale Sitzungen in Berlin, Paris und Warschau statt. Im Mittelpunkt standen dabei die Energie-, Agrar- und Kohäsionspolitik sowie die östliche und südliche Partnerschaft.

In London führte eine Delegation im Juli 2010 Gespräche mit Mitgliedern beider Häuser des britischen Parlaments über die Folgen der Finanzkrise, Fragen der Finanzaufsicht und die parlamentarische Mitwirkung in der Außenpolitik. Im Juni und im Dezember 2010 kam der Ausschuss in Brüssel zu zwei ganztägigen auswärtigen Ausschusssitzungen mit Mitgliedern der Europäischen Kommission und Abgeordneten des Europäischen Parlaments zusammen. Dabei wurden auch die Vorarbeiten zur

Mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2014 bis 2020 und Fragen der Energiesicherheit erörtert. In Berlin empfing der Ausschuss im Laufe des Berichtszeitraums zahlreiche Delegationen und Gäste zu bilateralen Gesprächen. Ausschuss für Kultur und Medien

In jedem Jahr werden zwei Städte in der Europäischen Union mit dem Titel der Europäischen Kulturhauptstadt ausgezeichnet. Als 2010 das Ruhrgebiet die Chance nutzte und sich unter der Überschrift „RUHR.2010“ von seiner kulturellen Seite zeigte, begleitete der Ausschuss diesen deutschen Auftritt intensiv und interessierte sich gleichzeitig dafür, wie der EU-Partner Ungarn dieselbe kulturpolitische Aufgabe löste. Eine Delegation des Ausschusses reiste daher im September 2010 in das ungarische Pécs, um der Frage nachzugehen, welche nachhaltige Wirkung der Kulturhauptstadttitel entfaltet und inwieweit kulturpolitische Ziele, die damit verbunden werden, tatsächlich erreicht werden können.

In der Medienpolitik hat der Ausschuss die Zukunft des Qualitätsjournalismus zu einem Schwerpunktthema gemacht. Welche Rolle kommt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk in einer vielfältigen Medienlandschaft zu und wie kann sich eine Presse behaupten, die sich verstärkter Konkurrenz durch das Internet ausgesetzt sieht? Gespräche in Ungarn und Serbien während der bereits erwähnten Reise im September 2010 bildeten den internationalen Kontext zu diesem Themenschwerpunkt. Inwieweit Meinungs- und Pressefreiheit in beiden Ländern gewährleistet sind, welche Rahmenbedingungen diese Grundrechte gefährden und was die Politik tut, um für alle verbindliche europäische Standards durchzusetzen, lauteten hier die Fragestellungen.

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Der Bundestag hat mit seinem Einsetzungsbeschluss den Parlamentarischen Beirat unter anderem damit beauftragt, die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie parlamentarisch zu begleiten, mit anderen Parlamenten gemeinsame Positionen zur nachhaltigen Entwicklung zu finden sowie Empfehlungen zu mittel- und langfristigen Planungen abzugeben, die eine nachhaltige Entwicklung betreffen oder geeignet sind, die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung zu ergänzen.

Für das Jahr 2012 hat die Europäische Kommission eine neue europäische Nachhaltigkeitsstrategie angekündigt. Ebenfalls im Jahr 2012 werden die Vereinten Nationen in Rio de Janeiro zwanzig Jahre nach der ersten internationalen Nachhaltigkeitskonferenz abermals zusammentreffen, um sich über nachhaltiges Wirtschaften und über neue Wege für eine Stärkung der internationalen Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind, auszutauschen.

Deshalb bildeten Fragestellungen der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie und der Nachhaltigkeitskonferenz der Vereinten Nationen den thematischen Schwerpunkt in Gesprächen und Anhörungen mit Vertretern des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission.

So hat der Parlamentarische Beirat insbesondere seine auswärtige Sitzung in Brüssel im März 2011 dazu genutzt, mit Parlamentariern aus verschiedenen Ausschüssen über die Erwartungen des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente an die Konferenz der Vereinten Nationen in Rio sowie über die Rolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente hinsichtlich der Fortschreibung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie zu diskutieren.

Aus diesen Gesprächen hat der Parlamentarische Beirat wichtige Erkenntnisse gewonnen und sich im Weiteren mit eigenen Vorschlägen an dem Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission zu der Nachhaltigkeitskonferenz der Vereinten Nationen in Rio beteiligt.

4 Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen

Der Deutsche Bundestag entsendet Abgeordnetendelegationen zu Konferenzen und (Ausschuss-)Sitzungen der Interparlamentarischen Union (IPU), der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (ER PV), der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (OSZE PV), der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV), der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM) und der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC). Der Bundestagspräsident vertritt den Deutschen Bundestag auf den verschiedenen Parlamentspräsidentenkonferenzen. Bis zur Auflösung am 30. Juni 2011 entsandte der Bundestag auch eine Delegation zur Europäischen Versammlung für Sicherheit und Verteidigung/Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU V). Der Bundestag ist zudem Beobachter bei der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation (PABSEC).

Mit Ausnahme der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, die regelmäßig am Sitz der Versammlung in Straßburg tagt, finden die Konferenzen und Sitzungen der übrigen internationalen parlamentarischen Versammlungen an unterschiedlichen Orten auf Einladung der jeweiligen Mitgliedsparlamente statt. Sitzungen und Konferenzen dieser internationalen parlamentarischen Versammlungen bzw. ihrer Organe werden dementsprechend auch in Deutschland abgehalten.

Die Mitglieder der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates werden zu Beginn jeder Wahlperiode aufgrund des Gesetzes über die Wahl der deutschen Vertreter zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom Deutschen Bundestag gewählt. Die Mitglieder der deutschen Delegationen aller übrigen internationalen parlamentarischen Versammlungen werden von den Fraktionen nach dem Verhältnis ihrer Stärke benannt. In zahlreichen internationalen parlamentarischen Versammlungen bzw. deren Ausschüssen und Gremien haben Mitglieder des Deutschen Bundestages Funktionen übernommen, zum Beispiel als Präsident oder Vizepräsident einer Versammlung, Ausschussvorsitzende oder Berichterstatter. Die durch die Konferenzen gewon-

nenen Informationen und Erfahrungen fließen schließlich in die parlamentarische Arbeit des Deutschen Bundestages ein.

Über alle regulären Konferenzen und Jahrestagungen internationaler parlamentarischer Versammlungen werden amtliche Unterrichtungen erstellt, die als Bundestagsdrucksachen verteilt und in den zuständigen Ausschüssen beraten werden. Sie enthalten die Beiträge der Mitglieder der deutschen Delegationen, weitere wichtige Debattenbeiträge sowie die Beschlüsse des Plenums der jeweiligen Versammlung.

Interparlamentarische Union (IPU)

Ziel der 1889 gegründeten IPU ist der Erfahrungs- und Meinungsaustausch zwischen Parlamentariern aller Länder zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Die IPU will darüber hinaus einen parlamentarischen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte und zum besseren Verständnis der Arbeitsweise repräsentativer Institutionen erbringen. Der IPU gehören 157 nationale Parlamente sowie neun assoziierte parlamentarische Versammlungen an. Seit 2002 hat die IPU einen Beobachterstatus bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN).

Der Deutsche Bundestag ist seit 1951 Mitglied der IPU. Die zu den Konferenzen der IPU entsandte deutsche Delegation besteht aus acht Abgeordneten, die sich in der 17. Wahlperiode im Verhältnis 3:2:1:1:1 auf die Fraktionen verteilen. Delegationsleiter ist der Präsident des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU). Die IPU kommt zweimal jährlich zu Konferenzen zusammen, in der ersten Jahreshälfte auf Einladung verschiedener Parlamente der Welt, in der zweiten Jahreshälfte in der Regel am Sitz des internationalen Sekretariats in Genf. Zu den zentralen Themen gehören die Förderung der Demokratie, die Hilfe beim Aufbau demokratischer Institutionen, die Terrorismusbekämpfung, die Herausforderungen des globalen Klimawandels, die Sicherung der internationalen Energieressourcen und die Zusammenarbeit zwischen der IPU und den VN.

Im Berichtszeitraum haben folgende Versammlungen stattgefunden: Oktober 2009 in Genf (121.), März/April 2010 in Bangkok (122.), Oktober 2010 in Genf (123.) und April 2011 in Panama-Stadt (124.).

Deutsche Abgeordnete haben in folgenden Gremien Funktionen inne: Prof. Dr. Norbert Lammert im Lenkungsausschuss der geopolitischen Gruppe der Zwölf Plus, Angelika Krüger-Leißner (SPD) im Koordinierungsausschuss der Parlamentarierinnen und Josef Philip Winkler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) im Exekutivsausschuss der IPU und im Präsidium des Ausschusses für Demokratie und Menschenrechte.

Abgeordnete des Deutschen Bundestages haben neben den Versammlungen der IPU an der jährlichen parlamentarischen Konferenz zur Welthandelsorganisation, an den Sitzungen ihres Lenkungsausschusses sowie an einzelnen parlamentarischen Anhörungen bei den VN teilgenommen.

Parallel zu den Versammlungen der IPU tagt die Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente (Association of Secretaries General of Parliaments – ASGP). Ziel der Vereinigung ist es, den Kontakt zwischen den Parlamentsverwaltungen zu stärken, Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen. Im Exekutivausschuss der Vereinigung ist die Verwaltung des Deutschen Bundestages durch Prof. Dr. Ulrich Schöler vertreten. Durch Wahl in der ASGP wird er ab Oktober 2011 als Vizepräsident fungieren.

Parlamentarische Versammlung des Europarates (ER PV)

Der 1949 gegründete Europarat mit Sitz in Straßburg ist die älteste zwischenstaatliche politische Organisation Europas. Mit seinen mittlerweile 47 Mitgliedstaaten umfasst der Europarat 800 Millionen Menschen. Zielsetzung des Europarates sind der Schutz und die Stärkung der pluralistischen Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte. Der Europarat behandelt politische, wirtschaftliche und soziale Fragen und fördert die kulturelle europäische Identität. Zur Verwirklichung seiner Ziele entwickelt er Normen und Standards, die der Umsetzung durch die Mitgliedstaaten bedürfen. Dabei handelt es sich insbesondere um völkerrechtliche Verträge. Die bekanntesten sind die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) von 1950 und ihre Zusatzprotokolle.

Organe des Europarates sind nach seiner Satzung das Ministerkomitee mit den Außenministern der Mitgliedstaaten und die Parlamentarische Versammlung als das beratende Organ des Europarates. Der Deutsche Bundestag entsendet 18 ordentliche Mitglieder in die Parlamentarische Versammlung, die sich in der 17. Wahlperiode nach dem Schlüssel 7:4:3:2:2 auf die Fraktionen verteilen. Die deutsche Delegation stellt mit ihrem Delegationsleiter Joachim Hörster (CDU/CSU) zugleich einen der insgesamt 20 Vizepräsidenten der ER PV.

Die Mitglieder der deutschen Delegation übernehmen regelmäßig Funktionen als Berichterstatter für die insgesamt zehn Ausschüsse der ER PV. Auf der Grundlage der Berichte diskutiert und verabschiedet die ER PV Entschlüsse oder Stellungnahmen, die u. a. an die Parlamente der Mitgliedstaaten gerichtet sind. Des Weiteren gibt die ER PV Empfehlungen an das Ministerkomitee ab. Die ER PV tritt viermal jährlich zu einer wöchentlichen Plenartagung in Straßburg zusammen. Daneben finden alle vier bis sechs Wochen Ausschusssitzungen in Straßburg und Paris sowie in den Mitgliedstaaten des Europarates statt.

Die ER PV setzt sich mit zentralen europäischen Problemen und Fragen auseinander. Im Berichtszeitraum wurden Themen wie der Umgang mit der H1N1-Pandemie, die Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung, die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise, die Folgen des Krieges zwischen den beiden Mitgliedern der ER PV, Russland und Georgien, die Situation in Belarus, der interkulturelle bzw. interreligiöse Dialog sowie die Lage in Nordafrika diskutiert. Der im Oktober 2009 gewählte Generalsekretär des Europarates, Thorbjørn Jagland, hat

eine umfassende Reform der Organisation auf den Weg gebracht, mit der eine Konzentration auf die Europarats-Kernkompetenzen gelingen und die Organisation effizienter, politisch relevanter und sichtbarer werden soll. Auch die Versammlung hat eine Reform ihrer Arbeitsstrukturen beschlossen. Unter anderem soll zum Januar 2012 die Zahl der Ausschüsse von zehn auf acht reduziert werden.

Ein weiteres wichtiges Instrument der ER PV ist das Monitoringverfahren, durch das die Versammlung die Einhaltung der gemeinsam beschlossenen Standards in den Mitgliedstaaten überprüft. Die ER PV führt deshalb regelmäßig Wahlbeobachtungen durch, an denen auch Mitglieder der deutschen Delegation teilnehmen.

Parlamentarische Versammlung der OSZE (OSZE PV)

Unmittelbar nach Ende des Kalten Krieges beschlossen die Staats- und Regierungschefs in der Charta von Paris (1990), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eine parlamentarische Versammlung hinzuzufügen. In der Erklärung von Madrid (1991) wurden die Grundzüge der Geschäftsordnung, die Arbeitsmethoden, die Größe (zurzeit 320 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus 55 OSZE-Teilnehmerstaaten), das Mandat und die Stimmenverteilung festgelegt. Die OSZE PV hat sich zur Aufgabe gemacht, den Ausbau und die Festigung der demokratischen Institutionen in den OSZE-Mitgliedstaaten zu unterstützen, an der Weiterentwicklung der institutionellen Strukturen der OSZE mitzuwirken und Mechanismen zur Konfliktverhütung und zur Konfliktbewältigung zu entwickeln. Der Deutsche Bundestag ist von Beginn an Mitglied und entsendet 13 Abgeordnete, die sich in der 17. Wahlperiode im Verhältnis 3:2:1:1:1 auf die Fraktionen verteilen. Leiterin der deutschen Delegation ist Doris Barnett (SPD). Karl-Georg Wellmann (CDU/CSU) ist seit Juli 2010 Vorsitzender des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit, Uta Zapf (SPD) leitet die Ad-hoc-Arbeitsgruppe Belarus.

Die Jahrestagungen der OSZE PV finden abwechselnd auf Einladung des Parlaments in einem Mitgliedsland statt. Im Berichtszeitraum waren dies jeweils im Juli die Tagungen in Oslo (2010) sowie in Belgrad (2011). Seit 2001 hält die Versammlung eine jährliche Wintertagung in Wien ab, die insbesondere dem Gedankenaustausch mit den Vertretern der Regierungen bei der OSZE dient. Eine weitere Tagung hat sich jeweils im Herbst etabliert, die neben der Sitzung des Ständigen Ausschusses das „Forum Mittelmeer“ umfasst. Im Berichtszeitraum waren Athen (2009) und Palermo (2010) Tagungsorte.

Neben diesen Tagungen veranstaltet die OSZE PV Konferenzen, die sich mit spezifischen Einzelfragen der OSZE-„Körbe“ befassen. Im Berichtszeitraum fand hierzu eine von der OSZE PV und dem kasachischen Parlament organisierte Konferenz in Almaty zur eurasischen Dimension der OSZE statt, an der auch Mitglieder der deutschen Delegation in der OSZE PV teilgenommen haben. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der OSZE PV

ist das Thema „Wahlbeobachtung“. Die Versammlung setzt sich dafür ein, dass Parlamentarier auch in Zukunft eine Schlüsselrolle bei Wahlbeobachtungen spielen. Regelmäßig nehmen Abgeordnete des Deutschen Bundestages an den Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE PV teil, so im Berichtszeitraum an der Beobachtung der Wahlen in Moldau, der Ukraine, Tadschikistan, Bosnien-Herzegowina, Kirgisistan, den USA, Aserbaidschan, Belarus, Kasachstan und Mazedonien.

Parlamentarische Versammlung der NATO (NATO PV)

Aufgabe der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV) ist es, den Diskussions- und Transformationsprozess des nordatlantischen Bündnisses parlamentarisch zu begleiten. Die Versammlung versteht sich als Bindeglied zwischen den Parlamenten der 28 Mitgliedstaaten der NATO und dem Nordatlantikrat. Durch langjährige persönliche Beziehungen und das dadurch gewachsene Vertrauen können Meinungsverschiedenheiten oft offener angesprochen werden als zwischen Regierungsvertretern. Inhaltlich beschäftigt sich die Versammlung mit allen Themen, die auch die NATO bearbeitet. Im Berichtszeitraum standen insbesondere der Einsatz in Afghanistan, die Erarbeitung eines neuen Strategischen Konzepts der NATO, die Kooperation zwischen der NATO und der Europäischen Union sowie das Verhältnis zur Russischen Föderation im Mittelpunkt.

Die deutsche Delegation in der NATO PV, die von Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU) geleitet wird, besteht aus zwölf Mitgliedern des Deutschen Bundestages und sechs Mitgliedern des Bundesrates. Die Mitglieder des Deutschen Bundestages verteilen sich in der 17. Wahlperiode nach dem Schlüssel 5:3:2:1:1 auf die Fraktionen. Regelmäßig übernehmen deutsche Mitglieder herausgehobene Funktionen in der NATO PV. So wurde Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU), der seit Ende 2008 Vorsitzender des Politischen Ausschusses gewesen war, im November 2010 zum Präsidenten der Versammlung gewählt. Er ist damit der zweite deutsche Präsident der NATO PV nach Karsten Voigt, der das Amt Mitte der 90er Jahre innehatte. Dr. Rainer Stinner (FDP) ist seit Ende 2008 Vorsitzender eines der beiden Unterausschüsse des Politischen Ausschusses, des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“. Dr. Stinner gehört außerdem einer Arbeitsgruppe zur Reform der Versammlung an.

Die NATO PV tritt jährlich zu einer Frühjahrstagung und zu einer Jahrestagung zusammen, die jeweils in einem der Mitgliedstaaten stattfinden. So tagte die Versammlung im November 2009 in Edinburgh, im Mai 2010 in Riga, im November 2010 in Warschau und im Mai 2011 in Varna.

Die fünf Fachausschüsse der NATO PV und deren Unterausschüsse tagen jeweils drei- bis viermal jährlich in NATO-Mitglieds- oder Partnerstaaten. So hielt der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie eine Tagung im Mai 2011 in Berlin sowie Potsdam ab und führte Gespräche in Oberammergau und München. Die Ausschüsse erarbeiten Berichte, Entschlüsse und Empfehlungen zu aktuellen bündnispolitischen Themen, die jeweils vorab

im Jahresarbeitsprogramm der Versammlung festgelegt werden. Die Entschlüsse und Empfehlungen, die sich an die Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten und an den Nordatlantikrat richten, werden während der Jahrestagungen von der Versammlung verabschiedet. Sondergremien der NATO PV, die Sondergruppe Mittelmeer und Naher Osten, der Parlamentarische NATO-Russland-Ausschuss und der Interparlamentarische Ukraine-NATO-Rat treten in der Regel etwa zweimal jährlich zusammen. Zwischen den Plenartagungen tagt der Ständige Ausschuss, um über die laufenden Geschäfte der Versammlung zu beraten. Das sogenannte Rose-Roth-Programm unterstützt Staaten in demokratischen Transformationsprozessen. Einen inhaltlichen Schwerpunkt der Arbeit der NATO PV bildete im Berichtszeitraum die parlamentarische Begleitung des Einsatzes der International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan. Die Versammlung beschäftigte sich intensiv und fortgesetzt mit der politischen, militärischen und zivilen Entwicklung der Lage vor Ort. Vor allem vor dem Hintergrund dieses Einsatzes wurde die Zusammenarbeit der NATO mit internationalen Partnern, insbesondere mit der Europäischen Union und den Vereinten Nationen, zu einem weiteren Schwerpunktthema. An der Erarbeitung eines neuen Strategischen Konzepts der NATO, das Ende 2010 verabschiedet wurde, beteiligte sich die Versammlung mit einem eigenen Textvorschlag. Die Versammlung setzte sich immer wieder mit neuen internationalen Sicherheitsrisiken auseinander, beispielsweise mit der Gefährdung der Seesicherheit durch Piraterie und mit der wachsenden Gefahr von Cyber-Angriffen. Angesichts der politischen Veränderungen in vielen Staaten des Mittelmeerraums seit Anfang 2011 und dem Beginn der NATO-Operation in Libyen im März 2011 beschäftigt sich die Versammlung verstärkt mit den Demokratisierungsbestrebungen in der Region und den möglichen Auswirkungen auf die transatlantische Sicherheit.

Parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM)

Die Euromediterrane Parlamentarische Versammlung benannte sich im Jahr 2010 in Parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM) um. Auf Regierungsebene war der Barcelona-Prozess der Europäischen Union zur Stärkung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit im Mittelmeerraum schon 2008 mit der Gründung der Union für den Mittelmeerraum fortgesetzt worden. Die Versammlung brachte mit der Umbenennung zum Ausdruck, dass sie sich als fester parlamentarischer Bestandteil dieses neuen institutionellen Gefüges im Mittelmeerraum versteht.

Der Versammlung gehören 280 Parlamentarier aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, dem Europäischen Parlament und aus Mittelmeeranrainerstaaten an. Die Delegiertensitze sind im Sinne einer Nord-Süd-Parität verteilt. Danach entfallen 140 Sitze auf die Parlamente aus folgenden südlichen Mittelmeeranrainerstaaten: Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten, Israel, Palästinensische Gebiete, Jordanien, Libanon, Syrien, Türkei sowie Mauretanien. 81 Abgeordnete entsenden die Parlamente

der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, 49 Abgeordnete entsendet das Europäische Parlament. Weitere zehn Delegierte kommen aus Parlamenten nördlicher Mittelmeeranrainerstaaten, die nicht Mitglied der Europäischen Union sind (jeweils zwei aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Monaco und Montenegro). Libyen hat einen Beobachterstatus. Die deutsche Delegation in der PV-UfM besteht aus drei Mitgliedern und wird in der 17. Wahlperiode von Roderich Kiesewetter (CDU/CSU) geleitet.

Die Versammlung beschäftigt sich, wie auch die Union für den Mittelmeerraum, mit einer Vielzahl von Themen, die für die Zusammenarbeit der Partner auf beiden Seiten des Mittelmeers relevant sind. So bearbeiten die fünf Fachausschüsse der Versammlung Themen, die von Fragen der Sicherheit, der Menschenrechte und der Rechte der Frauen über Wirtschafts- und Finanzfragen, Umweltschutz und die Versorgung mit Wasser und Energie bis zu sozialen und kulturellen Fragen und Problemen der Migration reichen. Auf ihrer einmal jährlich stattfindenden Plenartagung erarbeiten die Parlamentarier Berichte zu aktuellen Themen und verabschieden Entschlüsse und Empfehlungen, die sich an die Regierungen der Mitgliedstaaten der Union für den Mittelmeerraum richten. Die Plenartagungen finden jeweils in dem Land statt, dessen Parlament die Präsidentschaft in der PV-UfM innehat. Im Berichtszeitraum tagte die Versammlung deshalb im März 2010 in Amman und im März 2011 in Rom.

Inhaltlich wurden die Debatten in der Versammlung im Berichtszeitraum vom anhaltenden Nahost-Konflikt dominiert. Seit Beginn der politischen Veränderungen in mehreren Staaten des südlichen Mittelmeerraums Anfang 2011 widmet sich die Versammlung verstärkt den Demokratisierungsbestrebungen in der Region. Da die Parlamente mehrerer betroffener Staaten Mitglied in der PV-UfM sind und daher mit den Parlamentariern aus diesen Staaten ein ständiger unmittelbarer Austausch erfolgt, halten die Abgeordneten die Versammlung gerade in dieser Transformationsphase für ein wichtiges parlamentarisches Forum.

Ostseeparlamentarierkonferenz

Die Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference – BSPC) hat das Ziel, die gemeinsame Identität des Ostseeraums durch eine enge Zusammenarbeit zwischen nationalen und regionalen Parlamenten zu stärken. Die BSPC ist bestrebt, politische Aktivitäten in der Region zu initiieren, die demokratischen Institutionen der Teilnehmerstaaten zu stärken sowie den Dialog zwischen Regierungen, Parlamenten und Zivilgesellschaften zu verbessern.

Die Delegation des Deutschen Bundestages besteht aus fünf Abgeordneten und wird in der 17. Wahlperiode von Franz Thönnies (SPD) geleitet. Neben dem Bundestag entsenden auch die Parlamente der Länder Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Bremen Delegationen in die BSPC. Die Plenarversammlung findet abwechselnd auf Einladung eines der Mitgliedspar-

lamente statt. Das Sekretariat der BSPC befindet sich in Kopenhagen.

Seit 1991 tagt die Ostseeparlamentarierkonferenz einmal im Jahr. Das Lenkungsorgan der Konferenz, der Ständige Ausschuss, tritt drei- bis viermal im Jahr zusammen. Die von der Konferenz angenommene Resolution und deren Empfehlungen richten sich an die Parlamente und Regierungen der Mitgliedsländer. Im Deutschen Bundestag findet regelmäßig eine Debatte über Ostseefragen statt, in welche auch die Berichte und die Empfehlungen der Ostseeparlamentarierkonferenz einfließen.

Seit 2005 richtet die Konferenz Arbeitsgruppen ein, die die Funktion von Ausschüssen wahrnehmen. Diese Arbeitsgruppen beschäftigen sich für die Dauer von zwei Jahren mit speziellen Fragen des Ostseeraumes. Die 19. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz fand vom 29. bis 31. August 2010 auf den finnischen Åland Inseln statt. Die Konferenz stand unter dem Motto „Zusammenarbeit in Umwelt- und Sicherheitsfragen“. Weitere Schwerpunkte der Beratungen der Teilnehmer waren die Verstärkung der Zusammenarbeit in der Ostseeregion und die Auswirkungen des Klimawandels auf die Artenvielfalt in der Ostseeregion.

Für die 20. Jahrestagung vom 28. bis 30. August 2011 in Helsinki kehrten die Parlamentarier an den Ort zurück, an dem 1991 die erste BSPC-Konferenz zusammengekommen war. Eingedenk des 20-jährigen Bestehens der Konferenz richteten die Teilnehmer den Blick zum einen auf das bisher Erreichte, zum anderen aber auch auf die weiterhin ungelösten Probleme, wie den besorgniserregenden ökologischen Zustand der Ostsee, den zunehmenden Schiffsverkehr und das Problem des Menschen- und Drogenhandels in der Region. Verabschiedet wurden von der Konferenz neben der Schlussresolution auch die Abschlussberichte der beiden 2009 eingesetzten Arbeitsgruppen „Integrierte maritime Politik“ und „Zivile Sicherheit“.

Europäische Versammlung für Sicherheit und Verteidigung/Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU V)

Die Ende Juni 2011 aufgelöste Europäische Versammlung für Sicherheit und Verteidigung/Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU V) war das parlamentarische Organ der WEU, ein Verteidigungsbündnis zwischen zuletzt zehn europäischen Staaten, dem Deutschland seit 1954 angehörte. Die WEU V befasste sich mit für die europäische Sicherheit und Verteidigung relevanten Fragen. Mit der Vereinbarung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) beriet die Versammlung auch über diesen Bereich zwischenstaatlicher Regierungszusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union. Hierfür konnte die Versammlung sich allerdings nicht auf eine Rechtsgrundlage stützen. Ferner gelang es nicht, eine Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament sicherzustellen. Die erwünschte Verzahnung der komplexeren Kontrollkompetenzen nationaler und europäischer Abgeordneter war nicht gewährleistet.

Der am 1. Dezember 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon führte eine Klausel über die gegenseitige Hilfe der EU-Mitgliedstaaten im Falle eines bewaffneten Angriffs sowie in seinem Protokoll Nummer 1 Bestimmungen zur interparlamentarischen Begleitung der GASP und der GSVP unter Beteiligung sowohl der nationalen Parlamente als auch des Europäischen Parlaments ein. Vor diesem Hintergrund kündigten die WEU-Mitgliedstaaten, die alle auch Mitglieder der EU waren, den der WEU zugrundeliegenden modifizierten Brüsseler Vertrag zum 30. Juni 2011.

Die aus 18 Mitgliedern bestehende deutsche Delegation in der WEU V, die mit der Delegation in der ER PV personenidentisch war, wurde in der 17. Wahlperiode von Johannes Pflug (SPD) geleitet, der außerdem Vizepräsident der Versammlung war. Weitere deutsche Funktionsträger waren Doris Barnett (SPD) als Vorsitzende des Ausschusses für Haushalts- und Verwaltungsfragen und Axel E. Fischer (CDU/CSU) als Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie.

Zweimal jährlich fanden am Sitz der WEU V in Paris Vollversammlungen statt. Die Mitglieder der Versammlung berieten Berichte der Fachausschüsse und verabschiedeten Entschlüsse und Empfehlungen zu aktuellen Themen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik an die im Rat der Westeuropäischen Union vertretenen Mitgliedstaaten mit der Maßgabe, diese anschließend als Mitglieder der EU in den Europäischen Rat einzubringen. Ausschusssitzungen wurden auch in den Parlamenten der Mitgliedstaaten abgehalten. Im Deutschen Bundestag tagten Gremien der Versammlung im November 2010.

Die Debatten waren während des Berichtszeitraums von der bevorstehenden Auflösung der WEU sowie von der Frage der künftigen parlamentarischen Begleitung der GASP und der GSVP geprägt. Weitere inhaltliche Schwerpunkte waren neben der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit in Europa die politische Lage im Nahen Osten und die Fortschritte bei der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen und der Abrüstung.

Die 60. und letzte Vollversammlung der WEU V fand am 9. und 10. Mai 2011 in Paris statt.

Parlamentspräsidentenkonferenzen

Die Parlamentspräsidenten der Mitgliedstaaten der EU und die Parlamentspräsidenten der G 8-Staaten treffen sich jährlich, die Parlamentspräsidenten der Mitgliedstaaten des Europarates alle zwei Jahre zum Meinungs- und Informationsaustausch zu parlamentsspezifischen Fragen. An diesen Konferenzen nimmt auch der Präsident des Europäischen Parlaments teil. Seit dem Jahr 2000 finden zudem alle fünf Jahre Weltparlamentspräsidentenkonferenzen statt.

Im Mittelpunkt der Konferenzen der Parlamentspräsidenten der EU-Mitgliedstaaten (EU-PPK) im Berichtszeitraum standen die Auswirkungen des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon. Da die Rolle der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten durch diesen Vertrag ge-

stärkt wird, kamen die Präsidenten auf Einladung der schwedischen Präsidentschaft bereits im Dezember 2009 zu einer eintägigen Sonderkonferenz in Stockholm zusammen. Auch die reguläre Konferenz im Mai 2010 befasste sich mit der Zusammenarbeit der nationalen Parlamente untereinander, mit dem Europäischen Parlament (EP) und mit Rat und Kommission der EU nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und seinem Protokoll Nummer 1 betreffend die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union.

Im Zentrum der Beratungen der EU-Parlamentspräsidenten im April 2011 in Brüssel stand die Frage der zukünftigen parlamentarischen Begleitung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Die nationalen Parlamente und das EP waren sich einig darüber, dass ein neues parlamentarisches Kontrollgremium auf Grundlage des Vertrags von Lissabon geschaffen werden soll. Da trotz intensiver Beratungen keine Einigung über die konkrete Ausgestaltung eines solchen Gremiums erzielt werden konnte, wurde die Beschlussfassung auf die EU-PPK unter polnischem Vorsitz im April 2012 in Warschau vertagt. An allen Beratungen der europäischen Parlamentspräsidenten nahm Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert teil.

Im Juni 2010 traten die Parlamentspräsidenten der 47 Mitgliedstaaten des Europarates auf Einladung des zyprischen Parlamentspräsidenten in Limassol zu ihrer alle zwei Jahre stattfindenden Konferenz zusammen. Für den Deutschen Bundestag nahm Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU) an den Beratungen über die Rechte und Aufgaben der Opposition im Parlament sowie über den Stand der Umsetzung des 12. Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention teil.

Nach Konferenzen am Sitz der Vereinten Nationen in New York in den Jahren 2000 und 2005 lud die IPU im Juli 2010 die Präsidentinnen und Präsidenten aller Parlamente zur Weltparlamentspräsidentenkonferenz nach Genf ein. Der Einladung folgten Parlamentspräsidenten bzw. ihre Vertreter aus über 140 Staaten, darunter auch Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert. In seiner Rede hielt er fest, dass nicht jedes Parlament aus freien Wahlen und einem fairen Wettstreit der Parteien und Kandidaten hervorgegangen sei. Daher beginne die Bekräftigung der demokratischen Prinzipien damit, die Realität zu benennen und sie – wo immer nötig – zu verändern.

Entsprechend seinen Ausführungen vor der Weltparlamentspräsidentenkonferenz lehnte der Bundestagspräsident die Institutionalisierung einer Konferenz der Parlamentspräsidenten der G 20-Staaten als de-facto-Legitimierung von Scheinparlamenten ab. An der Konferenz, zu der das südkoreanische Parlament im Mai 2011 eingeladen hatte, nahmen die Parlamentspräsidenten der G 8-Staaten nicht teil, sondern ließen sich vertreten. Deutschland entsandte keinen Vertreter.

Parallel zu den Gastgeberländern der G 8-Gipfeltreffen fanden die G 8-Parlamentspräsidentenkonferenzen im Jahr 2010 auf Einladung des kanadischen Unterhauses

und im Jahr 2011 auf Einladung der französischen Assemblée nationale statt. In Ottawa stand im September 2010 eine Evaluation der Aktivitäten der verschiedenen internationalen parlamentarischen Versammlungen und Initiativen auf der Tagesordnung. Im September 2011 diskutierten die Parlamentspräsidenten in Paris die Energien der Zukunft, wie zum Beispiel die erneuerbaren Energien, und die Rolle der Parlamente bei deren stärkerer Nutzung.

5 Reisen der Parlamentariergruppen sowie Gegenbesuche

Der Deutsche Bundestag unterhält internationale Beziehungen auch durch seine aus Abgeordneten bestehenden Parlamentariergruppen, die in Verbindung mit einem oder mehreren Staaten stehen. In der 17. Wahlperiode sind 54 Parlamentariergruppen eingesetzt worden (35 bilaterale und 19 multilaterale). Hinzu kommt ein Länderbeauftragter für Moldau.

Die Reisen und Besuche im Rahmen dieser bilateralen und multilateralen Parlamentariergruppen dienen dem kontinuierlichen Kontakt zu Abgeordneten der Partnerstaaten und dem fortlaufenden Dialog über die für sie wichtigen und politisch aktuellen Themen. Daneben treffen sich die Abgeordneten der Parlamentariergruppen mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und der Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Medien, um über die politische und gesellschaftliche Lage in den Partnerstaaten informiert zu sein. Durch ihre besondere Sachkenntnis über den Partnerstaat beziehungsweise die Partnerregion sind die Parlamentariergruppen zu einem Ansprechpartner für ausländische Besuchsdelegationen mit unterschiedlichsten Interessen und Zielsetzungen geworden.

Im Folgenden wird eine Kurzübersicht über die Reisen und Gegenbesuche der Parlamentariergruppen in alphabetischer Reihenfolge gegeben. Trotz vielfältiger anderweitiger Aktivitäten sind einige Parlamentariergruppen nicht genannt, da deren Reisen oder Gegenbesuche durch ausländische Delegationen erst für die zweite Hälfte der Legislaturperiode geplant sind.

Parlamentariergruppe Arabischsprachige Staaten des Nahen Ostens

(Bahrain, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Oman, Saudi-Arabien, Syrien, Vereinigte Arabische Emirate, Arbeitsgruppe Palästina)

Die bilateralen Beziehungen zu den einzelnen Mitgliedstaaten, mit denen die Parlamentariergruppe befasst ist, sowie der Nahostkonflikt bildeten im Berichtszeitraum den Rahmen für ihre Aktivitäten. Im Fokus standen ferner die Auswirkungen der politischen Veränderungen in Nordafrika auf die arabischen Länder. Ein Besuch von Mitgliedern der Beratenden Versammlung (Majlis Al-Shura) Saudi-Arabiens im Mai 2011 diente in erster Linie der Intensivierung der Beziehungen zwischen der Majlis Al-Shura und dem Deutschen Bundestag. Neben dem allgemeinen Stand der bilateralen Beziehungen ging es in zahlreichen Gesprächen aber auch um wirtschafts-, gesund-

heits- und bildungspolitische Themen. Die Delegation hatte Gelegenheit, mit Vertretern des Landes Berlin intensiv über Perspektiven beim Aufbau von Wissenschaftskooperationen zu sprechen sowie sich beim Goethe-Institut über die Möglichkeit der Förderung der deutschen Sprache in Saudi-Arabien zu informieren. In der außeruniversitären Forschungseinrichtung „Zentrum Moderner Orient“ hatten zahlreiche Studentinnen und Studenten Gelegenheit, mit den Gästen aus Saudi Arabien nicht nur kulturelle, sondern auch gesellschaftliche Themen intensiv zu diskutieren.

Parlamentariergruppe ASEAN

(Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam)

Die Parlamentariergruppe ASEAN beschäftigte sich im Berichtszeitraum intensiv mit dem fortschreitenden Prozess der politischen und wirtschaftlichen Integration der ASEAN-Gemeinschaft sowie der Rolle von ASEAN in Asien und als Partner der Europäischen Union. Gesprächspartner der Parlamentariergruppe aus verschiedenen ASEAN-Staaten wiesen auf zunehmende Spannungen in der Region hin, die durch die äußerst dynamische Entwicklung Chinas verursacht würden. Fragen der Garantie von Bürgerrechten, der Beteiligung der Bevölkerungen an politischen Entscheidungsprozessen und der Kampf gegen Korruption waren wiederkehrende Gesprächsthemen. Während einer Delegationsreise im Februar/März 2011 wurde mit Thailand eine konstitutionelle Monarchie, mit Vietnam ein Staat mit Einparteiensystem und mit Malaysia ein Staatswesen mit einer Kombination aus konstitutioneller Wahlmonarchie und parlamentarischer Demokratie besucht. Für die Bundestagsdelegation wurde deutlich, welche Auswirkungen die unterschiedlichen Regierungsformen auf die jeweiligen Wirtschaftspolitiken und auf den Stellenwert von Bürgerrechten, Gewaltenteilung und die Bedeutung der jeweiligen Parlamente innerhalb des politischen Systems haben. Aufenthalte außerhalb der Hauptstädte der drei Staaten ermöglichten es, vielschichtige Eindrücke von den dortigen politischen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten zu gewinnen.

Deutsch-Baltische Parlamentariergruppe

(Estland, Lettland, Litauen)

Der Besuch einer Delegation des litauischen Parlaments im Oktober 2010 in Berlin und Schleswig-Holstein diente der Vertiefung der freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen zwischen Seimas und Bundestag. Die litauischen Abgeordneten führten zahlreiche Informationsgespräche, in denen unter anderem Fragen der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie der föderative Staatsaufbau in Deutschland thematisiert wurden. Des Weiteren waren die Gäste an den deutschen Erfahrungen bei der Bewältigung der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise interessiert. Zudem wurde wiederholt das für Litauen bedeutende Thema der Energieversorgungssicherheit angesprochen, bei dem sich

die litauischen Parlamentarier für eine Anbindung ihres Landes an das europäische Stromnetz aussprachen.

Deutsch-Belgisch-Luxemburgische Parlamentariergruppe

Die Parlamentariergruppe nahm sich insbesondere Fragen der parlamentarischen Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union an. Bei einem dreitägigen Aufenthalt einer Delegation der Parlamentariergruppe im Mai 2011 in Luxemburg wurden die Erfahrungen mit den Instrumenten zur Subsidiaritätskontrolle, die der Vertrag von Lissabon den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten der EU eröffnet, diskutiert. Ein weiteres Thema war die Begleitung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU durch eine parlamentarische Instanz. Vor dem Hintergrund der Krise des Euro wurden Maßnahmen zur Unterstützung von wirtschaftlich angeschlagenen Euro-Staaten erörtert. In Luxemburg, wo man die Nutzung von Kernenergie ablehnt, erhofft man sich von deutscher Seite einen engen Schulterschluss bei der Abstimmung von umfassenden und verbindlichen Sicherheitsstandards für Atomkraftwerke auf europäischer Ebene. Gegenstand weiterer Gespräche waren die Verbesserung der Verkehrsverbindungen zwischen Deutschland und Luxemburg, die Patientenmobilität sowie die gemeinsame Förderung der grenzüberschreitenden beruflichen Bildung von Jugendlichen.

Deutsch-Brasilianische Parlamentariergruppe

Die sehr dynamische wirtschaftliche Entwicklung Brasiliens bei gleichzeitiger Umsetzung umfassender Sozialprogramme, mit denen die Armut im Land entscheidend bekämpft werden konnte, bildeten den Hintergrund für die Delegationsreise der Parlamentariergruppe im August 2011. Da die insgesamt 1.200 deutschen Unternehmen in Brasilien eine wichtige Rolle beim wirtschaftlichen Erfolg spielen, besuchte die Delegation u. a. ein deutsches Chemieunternehmen, das sowohl eine nachhaltige Energieversorgung als auch unternehmerische Sozialverantwortung erfolgreich umsetzt. Einen weiteren thematischen Schwerpunkt bildete der Konflikt zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung des Amazonasgebiets und dem Ziel, nur 20 Prozent des dortigen Regenwaldes zu erschließen. In Gesprächen der Delegation mit der brasilianischen Umweltministerin und mit Vertretern des Bundesstaats Pará, der nahe der Amazonasmündung liegt, wurde deutlich, dass der Schutz des Regenwaldes und der Kampf gegen die Abholzung auf beiden Ebenen gleichermaßen unterstützt wird. Die Delegation besuchte die Stadt Paragominas, die ein besonders positives Beispiel für eine Abkehr von der in der Vergangenheit betriebenen Ausbeutung des Regenwaldes hin zu Wiederaufforstungs- und nachhaltigen Entwicklungsprogrammen darstellt. Die Mitglieder des Umweltausschusses in der brasilianischen Abgeordnetenkammer und andere Gesprächspartner äußerten wiederholt ihr Interesse an der Zusammenarbeit mit Deutschland hinsichtlich des Ausbaus von Wind- und Sonnenenergie.

Deutsch-Britische Parlamentariergruppe

Eine Delegation der Britisch-Deutschen Freundschaftsgruppe des britischen Unter- und Oberhauses traf sich im Rahmen eines Besuchs im Juni 2011 in Berlin zu Gesprächen mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages, Vertretern der Bundesregierung und verschiedener Institutionen. Es wurde ein lebhafter und zum Teil kontroverser Austausch über europapolitische Fragen mit einem besonderen Schwerpunkt auf den Themen Finanzmarktregulierung, Bankenaufsicht und Euro-Stabilisierung geführt. Die britischen Parlamentarier informierten sich zudem über die Hintergründe der deutschen Haltung gegenüber der libyschen Protestbewegung und über Möglichkeiten einer engeren Abstimmung der Verteidigungspolitik auf europäischer Ebene.

Parlamentariergruppe Englisch- und Portugiesischsprachige Staaten West- und Zentralafrikas

(Gambia, Ghana, Guinea-Bissau, Kap Verde, Liberia, Nigeria, Sierra Leone)

Ziel einer Delegationsreise nach Ghana und Sierra Leone im April/Mai 2011 war es, sich mit den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen in den Partnerländern vertraut zu machen. Frauenrechte, der Umgang mit den natürlichen Ressourcen und der Ankauf großer landwirtschaftlicher Flächen durch ausländische Regierungen oder Unternehmen waren in beiden Staaten zentrale Themen. Der Besuch in Ghana erfolgte zu einem Zeitpunkt, zu dem das Land intensiv den Umgang mit den kürzlich entdeckten Ölfeldern vor seiner Küste diskutierte. Im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stand die Frage, wie der so genannte Ressourcenfluch vieler rohstoffreicher Länder vermieden und die Erlöse zum Nutzen der Bevölkerung eingesetzt werden können. In Sierra Leone wurde die Delegation von hochrangigen Gesprächspartnern, unter anderem von Staatspräsident Koroma, empfangen. Das Land ist noch immer stark von den Folgen des bis 2002 andauernden Bürgerkrieges gezeichnet. In allen Gesprächen wurde deutlich, dass die Armutsbekämpfung höchste Priorität hat. Im Vordergrund stehen dabei neben der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit der Ausbau der Infrastruktur und der Landwirtschaft, die nachhaltige Nutzung der Rohstoffe sowie die Förderung von Frauen. Eine große Herausforderung bleibt die Bekämpfung der nach wie vor weit verbreiteten Korruption. Des Weiteren informierte sich die Delegation über Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sowie die Erfolge der UN-Friedensmissionen in Sierra Leone.

Deutsch-Französische Parlamentariergruppe

Die Deutsch-Französische Parlamentariergruppe ist ein wichtiges Bindeglied in den besonders intensiven und vielschichtigen Beziehungen zwischen dem Deutschen Bundestag und der Französischen Nationalversammlung. Die Präsidenten beider Parlamente würdigten die Freundschaftsgruppen des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale als Forum des bilateralen Gedankenaustausches und der politischen Verständigung mit einem Treffen im Dezember 2009 in Berlin anlässlich des fünf-

zigjährigen Jubiläums ihrer Gründung. Ziel der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe ist es, durch den offenen Meinungsaustausch zu politisch relevanten Themen und in persönlichen Kontakten das Verständnis für die Positionen des Partnerlandes zu vertiefen. Dabei spielt das Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung Deutschlands und Frankreichs für die Entwicklung der Europäischen Union eine maßgebliche Rolle. In dieser Rahmensezung und mit Blick auf den auch weiterhin dynamisch ansteigenden Weltenergiebedarf und die gleichzeitige Notwendigkeit zur konsequenten Begrenzung des CO₂-Ausstoßes haben die Freundschaftsgruppen des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale im Berichtszeitraum Fragen der Energiepolitik in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten gestellt.

Angesichts fundamentaler Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich tauschten sich deutsche und französische Abgeordnete im Rahmen einer Delegationsreise im Juni 2010 nach Paris und in den Cotentin über die französische Haltung zur Nutzung der Kernenergie aus. Gemeinsam wurden die Baustelle eines Atommeilers der neu entwickelten dritten Generation „Europäischer Druckwasserreaktor“ (EPR) in Flamanville und die Wiederaufbereitungsanlage in La Hague besucht.

Bei dem 8. Parlamentarierkolloquium „Paris-Berlin“, das im November 2010 in Bordeaux stattfand, diskutierten Abgeordnete aus Deutschland und Frankreich mit Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung beider Länder und aus der EU sowohl über nationale als auch europäische und internationale Aspekte einer innovativen und umweltfreundlichen Energieversorgung. Der Schwerpunkt lag auf den Themen Energieeffizienz, Elektromobilität und erneuerbare Energien. Dabei stand die Frage im Mittelpunkt, wie eine effiziente und nachhaltige Energiepolitik, die eine Diversifikation der Energiequellen und wichtige Investitionen gewährleistet, umgesetzt werden kann.

Parlamentariergruppe Französischsprachige Staaten West- und Zentralafrikas

(Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gabun, Guinea, Kamerun, Republik Kongo, Mali, Niger, Nigeria, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik)

In dem Bemühen um Intensivierung der Beziehungen zu allen Partnerstaaten führt die Parlamentariergruppe fortlaufend einen Dialog mit Vertretern aus den jeweiligen Ländern. Während des Besuchs einer Delegation aus Benin im Juli 2011 gab es zahlreiche Gesprächstermine mit Mitgliedern verschiedener Fachausschüsse des Deutschen Bundestages und Vertretern der Bundesministerien. Im Zentrum des Interesses der Mitglieder der im April 2011 neu gewählten beninischen Nationalversammlung standen Wirtschaftsfragen, die Zusammenarbeit im Bereich der Entwicklungshilfe sowie rechts- und gesundheitspolitische Themen. Auch Fragen der Organisation der Parlamentsverwaltung, der Parteienfinanzierung und der Korruptionsbekämpfung wurden intensiv erörtert. Ergänzend zu Gesprächen mit umweltpolitischen Themen hatte die

Delegation ferner Gelegenheit, sich mit Vertretern eines Zentrums für Solartechnik auszutauschen und eine entsprechende Anlage zu besichtigen.

Deutsch-Griechische Parlamentariergruppe

Eine Delegationsreise der Parlamentariergruppe im Mai 2011 fand vor dem Hintergrund heftiger internationaler Debatten in Politik und Medien über weitere Finanzhilfen für Griechenland statt. Dementsprechend war die griechische Finanzkrise neben der Migrationspolitik wesentliches Thema dieser Reise. Daneben stand der Ausbau der bilateralen parlamentarischen Beziehungen im Mittelpunkt des Interesses.

In Athen hatten die Delegationsmitglieder Gelegenheit, finanzpolitische Lösungsansätze und Reformvorhaben mit griechischen Regierungsvertretern, Abgeordneten und Finanzexperten zu diskutieren. Im Regierungsbezirk Evros beschäftigten sich die Delegationsteilnehmer mit der Einwanderungsproblematik an der griechisch-türkischen Grenze. Neben Vertretern der für die Grenzsicherung zuständigen Polizeidirektion und der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (FRONTEX) traf die Delegation auch mit UNHCR-Mitarbeitern zusammen, die die griechische Regierung bei einer umfassenden Asylrechtsreform sowie der Registrierung von Flüchtlingen unterstützen. Die griechischen Gesprächspartner warben gegenüber der Delegation um eine Reform der so genannten Dublin-II-Verordnung, nach der bestimmt wird, welcher EU-Mitgliedstaat für die Durchführung des Asylverfahrens eines Bewerbers zuständig ist.

Deutsch-Indische Parlamentariergruppe

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Indien entwickeln sich mit großer Dynamik. Bei der Delegationsreise der Deutsch-Indischen Parlamentariergruppe im März 2011 berücksichtigte das Programm daher sowohl den Bereich der wissenschaftlichen Kooperation zwischen deutschen und indischen Forschungseinrichtungen als auch die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen. Die Delegation besuchte unter anderem das 1959 mit technischer und finanzieller Hilfe aus Deutschland gegründete Indian Institute of Technology Madras in Chennai, an dem im Dezember 2010 das Deutsch-Indische Zentrum für Nachhaltigkeit eröffnet wurde.

Die Abgeordneten der Parlamentariergruppe setzen sich zudem regelmäßig mit der Situation ethnischer und religiöser Minderheiten in Indien auseinander. Auch diese Themen wurden bei der Delegationsreise aufgegriffen. Neben Gesprächen mit den für Minderheiten und soziale Gerechtigkeit zuständigen Ministern kamen die Bundestagsabgeordneten in der Hauptstadt Neu-Delhi sowie in den Unionsstaaten Orissa und Tamil Nadu mit Vertretern der christlichen Kirchen, der Adivasi und von Nichtregierungsorganisationen zusammen, um sich über deren spezifische Lebens- und Arbeitsbedingungen zu informieren. Bei einer Begegnung mit jungen Erwachsenen aus Deutschland, die sich im Rahmen des Entwicklungspoliti-

schen Freiwilligendienstes „weltwärts“ in Indien aufhielten, berichteten diese sehr anschaulich von ihren Erfahrungen. In Gesprächen mit Abgeordneten des Auswärtigen Ausschusses des indischen Unterhauses und dem Außenminister wurden außenpolitische Themen wie die Entwicklung in Nordafrika und in Afghanistan erörtert.

Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe

Die Entwicklung der Deutsch-Israelischen Beziehungen und der Nahostkonflikt bilden naturgemäß den Schwerpunkt der Arbeit dieser Parlamentariergruppe. Im Berichtszeitraum befassten sich die Abgeordneten in der Parlamentariergruppe zudem wiederholt mit dem Bild Israels in Deutschland sowie dem Jugendaustausch zwischen beiden Ländern.

Ein Besuch von Mitgliedern der Knesset im Juli 2010 in Berlin diente dann auch vor allem der weiteren Intensivierung der parlamentarischen Kontakte. Im Mittelpunkt der zahlreichen Gespräche mit Mitgliedern der Parlamentariergruppe sowie verschiedener Ausschüsse standen die bilateralen Beziehungen, die Haltung Deutschlands im Nahostkonflikt und wiederum der Jugendaustausch. Weitere wichtige Themen waren das Verhältnis Israels zur Türkei und die vom Iran ausgehende Bedrohung. Zudem informierten sich die Gäste über jüdische Kultur und jüdisches Leben in Deutschland.

Eine Delegationsreise im Mai 2011 nach Israel fand in einer Zeit der politischen und gesellschaftlichen Umbrüche in verschiedenen arabischen Staaten statt – und vor der möglicherweise im Herbst 2011 erfolgenden Abstimmung über die Anerkennung eines palästinensischen Staates durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen bei gleichzeitiger Stagnation des Friedensprozesses zwischen Israel und der palästinensischen Seite. Dementsprechend waren diese Themen Gegenstand der zahlreichen Gespräche, die die Abgeordneten führten. Ein Besuch in Sderot, das seit einem Jahrzehnt vom Gaza-Streifen aus mit Raketen angegriffen wird, führte der Delegation die schwierige Lage der dortigen Bevölkerung vor Augen und trug ebenso wie ein Besuch im überwiegend von Palästinensern bewohnten Teil Jerusalems dazu bei, ein Bild von der Schärfe der Konflikte zu gewinnen, die im israelisch-palästinensischen Verhältnis zu bewältigen sind.

Deutsch-Japanische Parlamentariergruppe

Die Aktivitäten der Parlamentariergruppe standen im Berichtszeitraum im Zeichen der Feierlichkeiten zum 150. Jubiläum der deutsch-japanischen Beziehungen und waren von der dreifachen Katastrophe überschattet, die Japan im März 2011 erlitten hat. Eine für März 2011 geplante Delegationsreise musste wegen der Folgen von Tsunami, Erdbeben und Nuklearkatastrophe verschoben werden. Als Zeichen der Anteilnahme reiste im September 2011 eine achtköpfige Delegation nach Japan, unter anderem in die von Tsunami und Erdbeben verwüstete Küstenregion der Präfektur Tohoku. Die Delegation

konnte sich ein eigenes Bild vom Ausmaß der Zerstörung und zugleich von den Bemühungen um eine Revitalisierung der Region machen. Sie führte Gespräche mit Betroffenen, zum Beispiel mit Mitgliedern einer Fischereigenossenschaft, und kommunalen Verantwortungsträgern. Der Besuch eines vom Erdbeben stark in Mitleidenschaft gezogenen Kinderheims, das mit Hilfe von Spendengeldern unter anderem aus Deutschland neu gebaut werden soll, beeindruckte die Delegationsmitglieder als positives Beispiel internationaler Solidarität. In Tokio wurde deutlich, dass das Land sich auf der Schwelle zu einer nachhaltigen Neuorientierung der Energiepolitik sieht. Die politischen Gespräche konzentrierten sich auf Fragen der Regulierung der internationalen Finanzmärkte und der Stabilität von Euro und Yen.

Deutsch-Kanadische Parlamentariergruppe

Die guten deutsch-kanadischen Beziehungen stehen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht auf einem festen Fundament, wie es im Berichtszeitraum nicht zuletzt in einer Reihe von Gesprächen der Parlamentariergruppe mit kanadischen Gästen in Berlin – zum Beispiel Repräsentanten kanadischer Provinzen – deutlich wurde. Auch beim außenpolitischen Engagement beider Staaten besteht weitgehende Übereinstimmung, etwa im Hinblick auf die Mittel und Ziele zur Stabilisierung der Lage in Afghanistan sowie die Schaffung besserer Lebensbedingungen für die afghanische Bevölkerung. Während der Delegationsreise der Parlamentariergruppe nach Ottawa, Edmonton und Toronto im Oktober 2010, bei der es vor allem um Fragen der Energie- und Ressourcenpolitik ging, offenbarten sich allerdings unterschiedliche Auffassungen bei Maßnahmen und Programmen zur Begrenzung des CO₂-Ausstoßes und somit des Klimawandels. Bei einem Besuch des Ölsandfördergebiets im Athabasca-Becken in der Provinz Alberta konnte sich die Delegation direkt vor Ort anschaulich über die ökonomischen Chancen und ökologischen Herausforderungen der Ölsandförderung informieren. In Toronto gewannen die Abgeordneten einen lebendigen Eindruck vom multikulturellen Zusammenleben in einer kanadischen Großstadt, der die vorangegangenen Gespräche in Berlin über die jeweiligen Vorstellungen zu Migration und Integration sinnvoll ergänzte.

Deutsch-Kroatische Parlamentariergruppe

Das wesentliche Anliegen der Arbeit dieser Parlamentariergruppe war im Berichtszeitraum die Unterstützung Kroatiens bei der Erfüllung der Voraussetzungen des angestrebten EU-Beitritts. Ein Besuch von Mitgliedern des kroatischen Parlaments im Juni 2011 diente dementsprechend vertieften Gesprächen mit Vertretern verschiedener Ausschüsse des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung über die Fortschritte im Hinblick auf den Abschluss der letzten drei Verhandlungskapitel zu den Themen Wettbewerb, Justiz sowie Außen- und Sicherheitspolitik. Während des Aufenthaltes der Delegation in Berlin sprach sich die EU-Kommission für den EU-Beitritt Kroatiens aus, so dass Kroatien im Jahr 2013 als

28. Mitgliedsland in die Europäische Union aufgenommen werden könnte. Weitere Themenschwerpunkte des Besuchs bestanden in umwelt- und wirtschaftspolitischen Fragestellungen, insbesondere vor dem Hintergrund eines Auf- und Ausbaus des kroatischen Tourismus.

Parlamentariergruppe Maghreb-Staaten (Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien, Tunesien)

Während des Besuchs einer Delegation des tunesischen Parlaments im November 2010 wurden aktuelle innen- und außenpolitische Themen mit Vertretern verschiedener Bundestagsausschüsse, Ministerien und Nichtregierungsorganisationen erörtert. Im Zentrum des Interesses standen dabei bildungs- und wirtschaftspolitische Fragen sowie das Thema erneuerbare Energien. Ein weiteres wichtiges Anliegen der tunesischen Delegation war die Bitte um Unterstützung bei den Verhandlungen mit der Europäischen Union über einen Statut Avancé (fortgeschrittener Status). Im Rahmen einer Delegationsreise nach Algerien, Marokko und Mauretanien im Februar/März 2011 informierte sich eine Delegation der Parlamentariergruppe über die innen- und außenpolitische Situation der Länder. Dabei spielte die politische Veränderung in Tunesien („Jasminrevolution“) und deren Auswirkung auf die Region eine wichtige Rolle. Im Rahmen der Gespräche über die wirtschaftlichen Beziehungen der drei Länder zu Deutschland fand unter anderem ein intensiver Austausch über erneuerbare Energien und deren Bedeutung für das jeweilige Land sowie die Bevölkerung statt. In Mauretanien wurde ferner ausführlich das Thema Menschenrechte sowohl mit Vertretern der staatlichen Menschenrechtskommission als auch mit Vertretern der Zivilgesellschaft erörtert.

Deutsch-Maltesische Parlamentariergruppe

Der Besuch einer maltesischen Parlamentarierdelegation in Deutschland, der im Juli 2011 stattfand, bot eine gute Gelegenheit, als gemeinsame EU-Mitglieder aktuelle Fragen und Probleme zu erörtern. So standen neben den bilateralen Kontakten die EU-Politik für den Mittelmeerraum sowie allgemeine europapolitische Themen im Mittelpunkt der Gespräche mit der Deutsch-Maltesischen Parlamentariergruppe und verschiedenen Ausschüssen des Deutschen Bundestages. Die maltesische Delegation machte deutlich, dass hinsichtlich der Flüchtlingsproblematik ein rasches Abkommen der EU mit afrikanischen Staaten nötig sei, um die Flüchtlingsströme über das Mittelmeer einzudämmen. Bei diesem Thema waren sich alle Gesprächspartner einig, dass die Ursachen dieser in ihren Auswirkungen so problematischen Migration nur wirksam in den Herkunftsländern auf dem afrikanischen Kontinent bekämpft werden können. Ferner ging es in den zahlreichen Gesprächen um Themen der Zusammenarbeit auf regionaler Ebene, Energieeffizienz und den Klimaschutz. Im brandenburgischen Landtag informierten sich die Gäste über die Arbeitsweise und Bedeutung eines Landesparlamentes in Deutschland. Im Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung wurden Fragen zum Stand der

Forschung im Bereich der Klimawissenschaft sowie neue klimapolitische Maßnahmen erörtert.

Deutsch-Mittelamerikanische Parlamentariergruppe (Belize, Costa Rica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Jamaika, Kuba, Nicaragua, Panama)

Mit Guatemala und El Salvador besuchte eine Delegation der Deutsch-Mittelamerikanischen Parlamentariergruppe im Februar 2011 zwei Länder, die nach langjährigen internen, bewaffneten Konflikten zwar friedliche Regierungswechsel erlebt haben, darüber hinaus aber weiterhin von extremer Gewalt geprägt sind. Die Abgeordneten informierten sich über die Problematik der als „maras“ bezeichneten Jugendbanden und Drogenkartelle, die die Länder als Transitgebiet nutzen und sich sowohl mit staatlichen Sicherheitsorganen als auch untereinander erbitterte Kämpfe liefern. Neben Gesprächen mit den für Fragen der Sicherheit zuständigen Ministern und mit dem Leiter der von den Vereinten Nationen eingesetzten Internationalen Kommission gegen die Straffreiheit in Guatemala informierte sich die Delegation vor Ort über Projekte zur Gewaltprävention und Friedenskultur bei Kindern und Jugendlichen sowie über ein Kinderschutzprojekt. Die Folgen des globalen Klimawandels, die mit Wirbelstürmen und Erdbeben große Schäden anrichten, sind ein weiteres wichtiges Thema in der gesamten Region Mittelamerika. In Gesprächen der Delegation mit dem salvadorianischen Umweltminister und mit Experten der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit kam das Interesse an einem Ausbau der erneuerbaren Energien, der Verbesserung der Energieeffizienz sowie an notwendigen Maßnahmen zum Schutz vor den Folgen des Klimawandels zur Sprache. Fragen der regionalen Integration, mit denen sich die Parlamentariergruppe in ihrer Arbeit regelmäßig auseinandersetzt, standen im Mittelpunkt der Gespräche mit den Abgeordneten der nationalen Parlamente, den Außenministern der beiden Staaten sowie mit dem Exekutivdirektor des Zentralamerikanischen Integrationssystems SICA.

Deutsch-Nordische Parlamentariergruppe (Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden)

Während der Delegationsreise der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe nach Finnland und Schweden im Mai 2011 standen Themen im Mittelpunkt, die sowohl in diesen beiden nordischen Ländern als auch in Deutschland von großer politischer Aktualität sind. Dazu gehörten die krisenhafte Entwicklung einiger Länder der Eurozone und die Frage der angemessenen Reaktion darauf seitens der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie der Europäischen Kommission. Vor dem Hintergrund intensiver internationaler Debatten über weitere Finanzhilfen für Griechenland wurde in Finnland, dem einzigen nordischen Land der Eurozone, wiederholt Skepsis gegenüber der Wirksamkeit dieser Maßnahmen geäußert. Dagegen war der schwedische Außenminister in einer Unterredung zuversichtlich, dass die Europäische Union die gegenwärtige Krise bewältigen und außerdem weitere

Staaten erfolgreich integrieren werde. Ein weiteres Thema war die Zukunft der Energieversorgung und die Abwägung von Chancen und Risiken verschiedener Energieträger. Die Begegnungen und Gespräche der Delegation umfassten das schwedische Staatsunternehmen Vattenfall, das in Deutschland zu einem der vier großen Energieversorger zählt, ebenso wie Betreiberfirmen für Kernkraftwerke und atomare Endlagerstätten in Finnland sowie Vertreter von Nichtregierungsorganisationen mit einer kritischen Haltung gegenüber dem weiteren Ausbau der Kernkraft in Finnland. Fragen nach dem demographischen Wandel und den sich daraus ergebenden Herausforderungen für die sozialen Sicherungssysteme und für die Wirtschaft wurden mit den entsprechenden Fachauschüssen der beiden Parlamente, mit den zuständigen Ministerien und Vertretern des größten finnischen Arbeitgeberverbandes erörtert. Schließlich hatten die deutschen Abgeordneten Gelegenheit, sich anhand des konkreten Beispiels „Umgestaltung eines Verkehrsknotenpunktes im Zentrum von Stockholm“ über Bürgerpartizipation bei umstrittenen Infrastrukturprojekten zu informieren.

Deutsch-Österreichische Parlamentariergruppe

Eine Delegation dieser Parlamentariergruppe hat im Mai 2011 in Wien, Linz und Salzburg Gespräche mit Vertretern von Parlament und Regierung über gemeinsame Anliegen aus den Bereichen Verkehr und Tourismus, Agrar- und Forstpolitik, Klimaschutz, Energieversorgung sowie Europapolitik geführt. Neben den bilateralen Beziehungen wurden auch die Donauraumstrategie in der Europäischen Union und der Föderalismus österreichischer Prägung thematisiert. Einen besonderen Schwerpunkt legten beide Seiten auf die Diskussion von erfolversprechenden Maßnahmen zur Überwindung der Krise des Euro, die Weiterentwicklung der Europäischen Union und die engere Zusammenarbeit von EU-Mitgliedstaaten in energiepolitischen Fragen, die der Kernenergie kritisch gegenüberstehen.

Parlamentariergruppe Östliches Afrika

(Äthiopien, Burundi, Dschibuti, Eritrea, Kenia, Ruanda, Somalia, Sudan, Uganda)

Die Parlamentariergruppe Östliches Afrika befasste sich im Berichtszeitraum wiederholt mit den Konflikten im Sudan und in Somalia sowie deren sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen auf die Region. Zudem wurde unter anderem über die Demokratisierung, die Menschenrechtslage und den Umgang mit Homosexualität in den Partnerstaaten diskutiert. Im Oktober 2010 besuchte eine Delegation der Parlamentariergruppe Burundi, Kenia und Dschibuti. In allen drei Ländern bildete die Situation am Horn von Afrika ein Schwerpunktthema der Begegnungen. Die Gesprächspartner betonten die internationale Dimension des Bürgerkriegs und appellierten an die internationale Gemeinschaft, ihr Engagement in Somalia zu verstärken. Der rechtlose Raum in Somalia sei nicht nur Ursache der Piraterie vor der Küste Ostafrikas, sondern biete auch islamistischen Terroristen einen Rückzugsort. In Kenia und

Dschibuti verschaffte sich die Delegation zudem ein Bild über die Situation der Menschen in den Flüchtlingscamps und informierte sich in Begegnungen mit Angehörigen der Bundeswehr über den internationalen Kampf gegen die Piraterie. In Burundi standen die historischen Richtungswahlen 2010, die zukünftige politische Entwicklung, die Bekämpfung der Armut sowie die Lage der Menschenrechte im Mittelpunkt der Gespräche. Weitere Themen der Gespräche in Kenia waren der Verfassungsreformprozess sowie die Aufarbeitung der politischen Gewalt nach den Präsidentschaftswahlen 2007.

Deutsch-Rumänische Parlamentariergruppe

Der Besuch von Parlamentariern aus der rumänischen Hauptstadt im Mai 2011 sollte in erster Linie zu einer Aktivierung der parlamentarischen Beziehungen zwischen Berlin und Bukarest beitragen. Im Mittelpunkt der Gespräche mit Mitgliedern der Deutsch-Rumänischen Parlamentariergruppe und verschiedenen Ausschüssen des Bundestages standen daher auch die bilateralen Kontakte, die weitere Heranführung Rumäniens an die EU-Standards sowie der bevorstehende Beitritt Rumäniens zum Schengen-Raum. Im Hinblick darauf wurde von deutscher Seite auf die Einhaltung des europäischen Niveaus in den Bereichen Rechtssicherheit und Korruptionsbekämpfung hingewiesen. Abgeordnete des Bundestages unterstrichen, dass es trotz erkennbarer Fortschritte im Bereich des Geschäfts- und Investitionsklimas noch Reformbedarf gebe. Bürokratie, immer noch nicht ausreichende Rechtssicherheit, schlechte Infrastruktur sowie Korruption wurden als die Hauptprobleme der rumänischen Wirtschaft bezeichnet. Weitere wichtige Gesprächsthemen waren die regionale Zusammenarbeit und der Jugendaustausch.

Deutsch-Russische Parlamentariergruppe

Der Intensivierung und dem Ausbau der parlamentarischen Kontakte diene eine Delegationsreise dieser Parlamentariergruppe im Juni 2011. In Moskau standen bei Begegnungen mit Abgeordneten der Duma und des Föderationsrates Fragen der bilateralen Wirtschafts- und Energiebeziehungen, der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen den NATO-Staaten und Russland sowie der Kooperation zwischen Russland und der Europäischen Union im Vordergrund. Ferner wurden die Themen Jugendaustausch, kommunale Partnerschaften sowie Bildung und Pressefreiheit erörtert. Die deutschen Abgeordneten unterstrichen die Bedeutung des Jugendaustausches für die bilateralen Beziehungen beider Länder und sicherten politische Begleitung und Unterstützung dieses Themas durch die Parlamentariergruppe zu. In Kasan, der Hauptstadt der russischen Republik Tatarstan, erörterte die Delegation mit Regionalpolitikern Fragen des wirtschaftlichen Austausches und der Energiepolitik. Aus der Sicht der Delegationsmitglieder gewinnt Erdgas immer mehr an Bedeutung im Rahmen der Veränderung des „Energimixes“ in der Bundesrepublik Deutschland. Die Abgeordneten betonten, dass Russland dabei ein wichtiger Partner sei und hoben die Notwendigkeit hervor, in moderne Gaskraftwerke zu investieren.

Parlamentariergruppe SADC-Staaten

(*Angola, Botsuana, Demokratische Republik Kongo, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Sambia, Seychellen, Simbabwe, Südafrika, Swasiland, Tansania*)

Die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die regionale Integration im südlichen Afrika waren die wesentlichen Themen, mit denen sich die Parlamentariergruppe SADC-Staaten beschäftigte. Auch die Lage der Menschenrechte, insbesondere die strafrechtliche Verfolgung Homosexueller in den Partnerstaaten, wurde wiederholt diskutiert.

Im Mai 2011 reiste eine Delegation der Parlamentariergruppe nach Simbabwe und Botsuana. In Simbabwe informierte sich die Delegation über den Stand des Demokratisierungsprozesses, die Menschenrechtslage und die wirtschaftliche Entwicklung. In vielen Gesprächen mit Abgeordneten, Regierungsmitgliedern und Vertretern der Zivilgesellschaft konnte sich die Delegation davon überzeugen, dass die Einheitsregierung von Staatspräsident Robert Mugabe und Premierminister Morgan Tsvangirai beachtliche Fortschritte bei der Bekämpfung der Hyperinflation und der Stabilisierung der Wirtschaft erzielt hat. Die Delegationsteilnehmer betonten gegenüber ihren Gastgebern die Bedeutung des Verfassungsreformprozesses sowie – nach dessen Beendigung – die Durchführung freier und fairer Wahlen. In Botsuana befassten sich die Bundestagsabgeordneten vorrangig mit den Fortschritten der regionalen, politischen und wirtschaftlichen Integration im Rahmen der Southern African Development Community (SADC). Daneben informierte sich die Delegation unter anderem über regionale Umweltschutzprojekte, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die erfolgreichen Strategien zur Bekämpfung von HIV/AIDS.

Anknüpfend an die in der 16. Wahlperiode durchgeführte Reise der Parlamentariergruppe in die Demokratische Republik Kongo besuchten im November 2010 Parlamentarier des kongolesischen Parlaments Berlin. Die Delegation interessierte sich besonders für die Arbeits- und Funktionsweise des Deutschen Bundestages, das Wahl- und Wahlprüfungssystem sowie die Haushaltskontrollrechte des Parlaments. Weitere Schwerpunkte der Gespräche waren die Gewaltausbrüche und Menschenrechtsverletzungen im Osten der Demokratischen Republik Kongo im Sommer 2010, die Korruptions- und Armutsbekämpfung sowie die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Gäste warben gegenüber den deutschen Gesprächspartnern zudem um ein stärkeres Engagement Deutschlands im Rahmen internationaler Einsätze der Vereinten Nationen.

Deutsch-Schweizerische Parlamentariergruppe

Im Oktober 2010 kamen Mitglieder der Eidgenössischen Delegation für die Beziehungen zum Deutschen Bundestag, der Vertreter von National- und Ständerat angehören, zu Gesprächen über verkehrs-, finanz- und wirtschaftspolitische Themen nach Berlin. Neben den ungelösten Fragen im Zusammenhang mit der Anflugregelung für den Flughafen Zürich-Kloten über deutsches Gebiet wurde der Fortgang des Infrastruktur-Großprojekts „Neue

Alpentransversale“ diskutiert, mit dem ein europäischer Korridor für den Gütertransport auf der Schiene zwischen den Hafenstädten Rotterdam, Antwerpen und Hamburg mit dem Süden Europas geschaffen werden soll. Erörtert wurden darüber hinaus die Situation deutscher Arbeitnehmer in der Schweiz, die Überwindung der Störungen im bilateralen Verhältnis bei finanz- und steuerpolitischen Fragen sowie die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union.

Bei der Delegationsreise der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe im Juni 2011 in den Kanton Aargau wurden gemeinsam mit Parlamentariern der schweizerischen Partnergruppe und führenden Wissenschaftlern des Paul-Scherrer-Instituts forschungspolitische Fragen diskutiert. Vor dem Hintergrund des sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz beschlossenen Ausstiegs aus der Atomenergie bildeten alternative Formen der Energieversorgung einen besonderen Schwerpunkt in den Gesprächen. Darüber hinaus wurden die zwischenstaatlichen Beziehungen in den Bereichen Verkehrs- und Finanzpolitik erörtert.

Deutsch-Südamerikanische Parlamentariergruppe

(*Argentinien, Bolivien, Chile, Ecuador, Guyana, Kolumbien, Paraguay, Peru, Suriname, Uruguay, Venezuela*)

Eine Delegation dieser Parlamentariergruppe, die sich regelmäßig mit den politischen Entwicklungen in den Ländern Südamerikas befasst, besuchte im Oktober 2010 Peru, Paraguay und Uruguay. In Peru standen vor dem Hintergrund des beginnenden Präsidentschaftswahlkampfes Themen des Umwelt- und Naturschutzes im Mittelpunkt der Gespräche. Ausführlich befasste sich die Delegation mit der Problematik des „informellen Bergbaus“, bei dem u. a. Umweltauflagen und Arbeitsnormen nicht beachtet werden, sodass er zu erheblichen Umweltschäden sowie zur Ausbeutung der Bergarbeiter führt. Die Bundestagsabgeordneten statteten darüber hinaus der 2. Internationalen Energie- und Ökoeffizienz-Messe in Lima ihren Besuch ab, wo im Beisein der Delegation die sogenannte „Casa Alemana“ eingeweiht wurde – ein mobiler Ausstellungspavillon der Exportinitiativen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz der Bundesrepublik Deutschland. Fragen des Umweltschutzes und der ländlichen Entwicklung waren zudem Gegenstand zahlreicher Gespräche in Paraguay. Bei den weiteren politischen Gesprächen wurde das Spannungsverhältnis zwischen Abgeordnetenhaus und Senat zum Präsidenten deutlich, der über keine eigene Mehrheit im Parlament verfügt. Um das gute Geschäftsklima für deutsche Unternehmen und das Interesse speziell an deutscher Umwelttechnologie ging es in den Gesprächsterminen in Uruguay. Sowohl Abgeordnete im Parlament des Mercosur (des Gemeinsamen Marktes Südamerikas) als auch die Botschafter der Europäischen Union und Brasiliens beim Mercosur äußerten sich zuversichtlich über den eingeschlagenen Reformweg des Mercosur – zu dem unter anderem die Bildung eines Strukturausgleichs- und Konvergenzfonds gehört – sowie über einen erfolgreichen Abschluss des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union.

Deutsch-Südasiatische Parlamentariergruppe*(Afghanistan, Bangladesch, Nepal, Pakistan, Sri Lanka)*

Die politische und soziale Entwicklung der Länder Südasiens befindet sich regelmäßig im Blickpunkt der Arbeit der Deutsch-Südasiatischen Parlamentariergruppe. Sie trifft sich dazu mit politischen Vertretern ebenso wie mit Vertretern der Zivilgesellschaft und einheimischer wie internationaler Nichtregierungsorganisationen. Wiederholt hat sich die Parlamentariergruppe mit dem 26 Jahre währenden Bürgerkrieg in Sri Lanka befasst, der eine Delegationsreise dorthin in den vergangenen beiden Legislaturperioden unmöglich gemacht hatte. Eineinhalb Jahre nach dem Ende des Bürgerkrieges konnte nun eine Delegation der Parlamentariergruppe im November 2010 nach Sri Lanka fahren, um sich vor Ort ein Bild von der humanitären und politischen Lage zu machen. Neben zahlreichen Gesprächen mit politischen Vertretern der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und politischen Parteien besuchte die Delegation auch ein Flüchtlingslager im früheren Bürgerkriegsgebiet und sprach mit Betroffenen sowie mit Mitarbeitern deutscher und internationaler Hilfsorganisationen. In der Hauptstadt Colombo, wo die Delegation u. a. mit Präsident Rajapaksa, dem Außenminister sowie der neu gegründeten bilateralen Freundschaftsgruppe des Parlaments zusammentraf, erörterten die Bundestagsabgeordneten Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und der bilateralen Beziehungen.

Mit Pakistan besuchten die Abgeordneten im Rahmen derselben Reise ein weiteres Land, das von gewalttätigen Konflikten geprägt ist und zudem im Sommer 2010 von einer verheerenden Flutkatastrophe heimgesucht worden war. Die Delegation informierte sich bei dem Koordinator der Vereinten Nationen für die humanitäre Hilfe in Pakistan sowie bei zahlreichen deutschen Hilfsorganisationen über deren Arbeit und die aktuelle Lage. In politischen Gesprächen mit der Parlamentspräsidentin, Vertretern der Pakistanisch-Deutschen Freundschaftsgruppe und verschiedener Ausschüsse sowie dem Minister für Minderheiten ging es um die deutsche Unterstützung bei der Bewältigung der Flutkatastrophe, die Rolle der Frauen in der pakistanischen Politik, das Thema Religionsfreiheit sowie das indisch-pakistanische Verhältnis.

Deutsch-Südkaukasische Parlamentariergruppe*(Armenien, Aserbaidschan, Georgien)*

Der Schwerpunkt der Aktivitäten dieser Parlamentariergruppe lag im Berichtszeitraum auf der Beobachtung des Demokratisierungsprozesses in Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Diesem Grundgedanken folgte auch das Programm einer Delegationsreise nach Georgien und Armenien im September 2011. Bereits von Berlin aus geknüpfte Kontakte konnten in Gesprächen mit den jeweiligen Freundschaftsgruppen und weiteren Parlamentariern, mit Vertretern sowohl der Regierung als auch von oppositionellen Parteien, von Menschenrechtsgruppen und anderen Teilen der Zivilgesellschaft intensiviert werden. Während des Aufenthaltes in Georgien wurde den Delegationsmitgliedern dargelegt, wie man sich dort die Anbindung an westeuropäische Demokratien sowie an die

USA in nächster Zeit vorstellt. Zudem konnten sich die Bundestagsabgeordneten einen Eindruck von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes verschaffen. Im Gegensatz hierzu sah sich die Delegation in Armenien sowohl im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes als auch mit Blick auf den Stand der Demokratisierung mit postkommunistischen Strukturen konfrontiert. Die Mitglieder der Parlamentariergruppe forderten ihre Gesprächspartner dazu auf, den eingeschlagenen Weg zur Fortführung des Demokratisierungsprozesses weiterzugehen, und sicherten in beiden besuchten Ländern eine fortwährende Beobachtung und Begleitung der Entwicklung zu.

Deutsch-Ungarische Parlamentariergruppe

Die Arbeit der Deutsch-Ungarischen Parlamentariergruppe konzentrierte sich im Berichtszeitraum auf die ungarische EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2011. So war es das Ziel der Delegationsreise in das Partnerland im Mai 2011, Informationen über die Umsetzung des ehrgeizigen Programms der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft zu erhalten. Zudem ging es in den Gesprächen um die neue Verfassung Ungarns, das kontrovers diskutierte Mediengesetz sowie die Erweiterung des Schengen-Raums. Im Hinblick auf die gerade verabschiedete ungarische Verfassung machten die deutschen Abgeordneten darauf aufmerksam, dass es wünschenswert gewesen wäre, darin nicht nur die Rolle der ungarischen Sprache zu verankern, sondern auch Minderheitensprachen anzuerkennen. Hinsichtlich der Roma-Strategie unterstrichen die Delegationsteilnehmer, Deutschland messe diesem Thema eine besondere Bedeutung zu. Der Schengen-Beitritt Rumäniens und Bulgariens werde unterstützt, wenn diese beiden Länder den zu erfüllenden Kriterien entsprächen. Die Delegationsmitglieder erläuterten zudem den am 14. April 2011 angenommenen Antrag des Deutschen Bundestages zur EU-Donaustrategie.

Parlamentariergruppe USA

US-Kongressabgeordnete und Bundestagsabgeordnete treffen sich seit mehr als 25 Jahren jährlich wechselnd in den USA und in Deutschland zum Congress-Bundestag Seminar und stehen dadurch in einem kontinuierlichen Prozess des Meinungsaustausches, an dem neben Abgeordneten auch Wissenschaftler, Politikberater und Vertreter verschiedenster gesellschaftlicher Akteure beteiligt sind. Das Congress-Bundestag Seminar hat sich als ein „Anker“ der deutsch-amerikanischen Beziehungen erwiesen, der auch dann Halt verleiht, wenn es zwischen den beiden Staaten tiefgreifende politische Differenzen gibt, wie es zum Beispiel in der Frage des militärischen Engagements im Irak der Fall war. Zentrale Themen des 27. Congress-Bundestag Seminars in Washington D. C. und St. Louis im Mai 2010 sowie des 28. Congress-Bundestag Seminars in Berlin und Wittenberg im Juni 2011 waren die internationale Finanzkrise und die unterschiedlichen politischen Vorstellungen zur Haushaltskonsolidierungspolitik in den USA und in Deutschland. Auch die Lage im Nahen und Mittleren Osten und insbesondere der stagnierende israelisch-palästinensische Friedenspro-

zess wurden diskutiert. Sowohl im Rahmen des als Delegationsreise beziehungsweise als Gegenbesuch durchgeführten Seminars als auch bei verschiedenen Gesprächen der Parlamentariergruppe USA in Berlin wird seit geraumer Zeit die Frage der Bedeutung und Zukunft der transatlantischen Beziehungen im Verhältnis zu aufstrebenden Mächten wie China, Indien und Brasilien erörtert. Auch politisch kontroverse Themen wie die Energiepolitik und Konzepte zur Eindämmung des Klimawandels werden aus den parlamentarischen Begegnungen nicht ausgespart.

Deutsch-Zentralasiatische Parlamentariergruppe (*Kasachstan, Kirgisistan, Mongolei, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan*)

Anknüpfend an die von der Parlamentariergruppe bereits in Berlin geführten Gespräche ging es während einer Delegationsreise im Juni 2011 nach Tadschikistan und Kasachstan um die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den beiden Ländern. Außerdem informierte sich die Delegation dort über die Umsetzung der EU-Zentralasienstrategie.

In Tadschikistan hatten die Bundestagsabgeordneten Gelegenheit, sich vor Ort einen Eindruck von Projekten der deutsch-tadschikischen Entwicklungszusammenarbeit zu verschaffen. Während in der Landwirtschaft und im Bildungs- sowie Gesundheitsbereich bereits Fortschritte erzielt werden konnten, schreitet der demokratische Transformationsprozess nur langsam voran. Die Menschenrechtslage ist insbesondere im Bereich der Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit defizitär, was von den Delegationsmitgliedern vielfach angesprochen wurde. In Gesprächen mit Abgeordneten und hochrangigen Regierungsvertretern wurde ein Kernanliegen der tadschikischen Regierung deutlich, nämlich die Energieversorgung des Landes durch die Ausschöpfung des vorhandenen Hydroenergiepotentials zu verbessern.

Während des Aufenthalts in Kasachstan war neben dem Stand des Demokratisierungsprozesses und der Bildungsförderung die Rohstoffindustrie das wesentliche Thema. In Gesprächen wurde der Delegation der Eindruck vermittelt, dass politische Teilhabe, soziales Engagement und kritische Debatten bis zu einem gewissen Grad möglich seien. Die politische Landschaft werde dennoch überwiegend von dem Einparteiensystem der Nur Otan Partei von Präsident Nursultan Nasarbajew dominiert. Die stabile politische Lage in dem multiethnischen Land führten Gesprächspartner aus der Zivilgesellschaft auf den relativ hohen Wohlstand der Bevölkerung durch den Rohstoffreichtum Kasachstans zurück. Die kasachische Regierung schien außerdem darum bestrebt, die Diversifizierung des Industriesektors voranzutreiben.

6 Einzeldienstreisen der Abgeordneten

Wie die Delegationsreisen sind auch die Einzeldienstreisen der Abgeordneten als Mitglieder ihrer jeweiligen Ausschüsse vorrangig auf die Informationsgewinnung sowie den Erfahrungs- und Meinungsaustausch gerichtet. Diese Reisen dienen außerdem der Stärkung der Wahrnehmung der Kontrollfunktion gegenüber der Regierung

durch die Abgeordneten. Denn eine unmittelbare und möglichst wenig gefilterte Informationsgewinnung zur politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Lage in den jeweiligen Staaten und Regionen ist häufig nur auf diese Weise erreichbar.

Die im Berichtszeitraum von den Mitgliedern des Deutschen Bundestages durchgeführten Einzeldienstreisen sind angesichts der Themen, mit denen sich die Abgeordneten im Rahmen ihrer Mandatsausübung befassen, vielfältig und weit gefasst. Zunehmend bilden die Einladungen zu Kolloquien und Konferenzen zu einer Vielzahl von Themen den Anlass für Einzeldienstreisen von Abgeordneten. Zudem haben Abgeordnete immer wieder Gelegenheit, Reisen des Bundespräsidenten sowie der Bundeskanzlerin und anderer Mitglieder der Regierung zu begleiten.

Aufgrund der Vielzahl und der großen Themenbreite werden die Einzeldienstreisen des Berichtszeitraums im Folgenden nur exemplarisch und nach regionalen Aspekten grob gegliedert dargestellt.

Europa

Die belgische Hauptstadt Brüssel war auch in der ersten Hälfte der 17. Wahlperiode das Ziel zahlreicher Einzeldienstreisen der Abgeordneten. Während die in der Regel eintägigen Reisen zu den Institutionen der Europäischen Union in Brüssel (sowie in Straßburg und Luxemburg) nicht der Genehmigung des Bundestagspräsidenten bedürfen und daher in diesem Bericht nicht als genehmigungspflichtige Einzeldienstreisen erfasst werden, können die Abgeordneten jedoch für andere Reisezwecke ein- bzw. mehrtägige Dienstreisen nach Brüssel beantragen, sofern diese in einem thematischen Zusammenhang mit der Arbeit in einem Bundestagsgremium stehen. So reisten Mitglieder aus nahezu allen Fachausschüssen in die belgische Hauptstadt, um Gespräche zu führen oder an interparlamentarischen Treffen, Konferenzen und Gesprächsforen teilzunehmen. Im Wesentlichen wurden Themen der Europa-, Wirtschafts- und Finanz- sowie der Umwelt-, Ernährungs- und Familienpolitik erörtert.

Aktuelle Themen der deutsch-französischen Beziehungen und der Europapolitik standen auf dem Gesprächsprogramm der Abgeordneten, die nach Frankreich reisten. Darüber hinaus wurde der Deutsche Bundestag auf zahlreichen Veranstaltungen durch seine Mitglieder vertreten. So waren Anlässe für Einzeldienstreisen nach Paris unter anderem ein Parlamentariertreffen im Rahmen der OECD, das Deutsch-Französische Zukunftsforum zu Europa, eine deutsch-französische Parlamentskonferenz zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und eine Veranstaltung zur Innovationsförderung am Beispiel der Biotechnologie. Ein Abgeordneter nahm in Straßburg an einem Kolloquium zum europäischen Strafrecht mit dem Titel „Welche Prinzipien für eine europäische Kriminalpolitik nach dem Vertrag von Lissabon?“ teil.

Konferenzen zu vielfältigen Themen, die mit den Beratungsgegenständen der Bundestagsgremien in einem thematischen Zusammenhang standen, führten Mitglieder des Bundestages auch nach Großbritannien. Unter anderem ging es auf Konferenzen, die von Abgeordneten be-

sucht wurden, um Fragen der Technikfolgenabschätzung, den politischen Islam sowie die Nuklear-Strategie der NATO. Ein Abgeordneter reiste im Berichtszeitraum zum Deutschland-Symposium der London School of Economics and Political Science, um dort einen Vortrag zu halten.

Die polnische Ratspräsidentschaft der Europäischen Union stand im Vordergrund der Gespräche, die ein Abgeordneter mit polnischen Parlamentariern und Medienvertretern in Warschau führte. Darüber hinaus wurden auch Fragen der wissenschaftspolitischen Kooperation in Europa sowie der deutsch-polnischen Zusammenarbeit erörtert. Bei den Gedenkfeierlichkeiten zur Erinnerung an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau wurde der Bundespräsident im Januar 2011 auf seiner Reise nach Auschwitz durch je ein Mitglied der im Bundestag vertretenen Fraktionen begleitet. Ein Abgeordneter mit dem Arbeitsschwerpunkt Menschenrechtsfragen erörterte in Warschau Fragen zum Thema Flüchtlingsschutz mit Vertretern der Europäischen Agentur für operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen Europas (FRONTEX).

Auch in der ersten Hälfte der 17. Wahlperiode war Russland – wie in vorangegangenen Jahren – das Ziel zahlreicher Einzeldienstreisen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Die russische Außenpolitik stand im Mittelpunkt von Gesprächen, die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses in Moskau führten. Ein Mitglied des vorgenannten Gremiums reiste mehrmals in die russische Hauptstadt, um das Gerichtsverfahren gegen die ehemaligen Chefs des Ölkonzerns Jukos zu beobachten und mit deren Anwälten zu sprechen. Eine mit Abrüstungsfragen beschäftigte Abgeordnete nahm in Moskau an einer Tagung des Parlamentarischen Netzwerkes für Konfliktprävention und des East-West-Institutes über die Perspektiven der euroatlantischen Sicherheit teil. Ein Abgeordneter vertrat den Deutschen Bundestag im März 2011 bei der 4. Deutsch-Russischen Rohstoffkonferenz in Omsk. Mitglieder des Bundestages begleiteten zudem den Bundespräsidenten bei seinem Staatsbesuch in Russland im Oktober 2010.

In Italien vertraten Abgeordnete aus dem Bereich wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung den Bundestag auf dem dritten Welternährungsgipfel der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen. Eine Abgeordnete nahm an einem mehrtägigen Gesprächsforum zum Thema „Wachstum neu denken, Teilhabe gerecht gestalten – eine Aufgabe für Wirtschaft und Politik“ teil. Gespräche zur inneren Sicherheit, Organisierten Kriminalität und zum Terrorismus führte ein für Innenpolitik zuständiger Parlamentarier mit fachlich kompetenten Gesprächspartnern in Rom.

Anlässlich der spanischen Ratspräsidentschaft der Europäischen Union fanden in der ersten Hälfte des Jahres 2010 in Madrid Konferenzen von Ausschussvorsitzenden verschiedener Fachrichtungen der EU-Mitgliedstaaten statt (zum Beispiel: Auswärtige Angelegenheiten, Haushalt, Finanzen, Angelegenheiten der Europäischen Union, Bildung und Forschung), zu denen der Deutsche Bundestag seine jeweiligen Ausschussvorsitzenden bzw. die von ihnen hierzu beauftragten Ausschussmitglieder entsandte.

Fragen des Klimaschutzes und der Energiesicherheit diskutierte ein Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit auf einer Parlamentarierkonferenz der Global Legislators Organisation for a Balanced Environment (GLOBE) in Madrid. In Barcelona nahm ein Mitglied des Petitionsausschusses an der ordentlichen Generalversammlung des Internationalen Ombudsmann Instituts teil.

In Wien traf ein Mitglied des Europaausschusses mit Abgeordneten und Vertretern der österreichischen Regierung, der OSZE sowie der EU-Grundrechteagentur zusammen. Ein Mitglied des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung des Auswärtigen Ausschusses führte im Februar 2011 Gespräche zum Themenbereich Rüstungskontrolle, Proliferation und europäische Sicherheitspolitik.

Im Juli 2010 reiste ein Mitglied des Innenausschusses nach Budapest und Szeged, um sich vor dem Hintergrund des Wegfalls der Grenzkontrollen zwischen Ungarn und Rumänien über die derzeitige Situation vor Ort zu informieren und mit fachlich zuständigen Gesprächspartnern über die innen- und außenpolitischen Entwicklungen sowie das ungarische Asylrecht zu sprechen. Nach der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Ungarn vertraten Ausschussvorsitzende verschiedener Fachrichtungen im ersten Halbjahr 2011 den Deutschen Bundestag auf den in Budapest veranstalteten Konferenzen der Ausschussvorsitzenden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Ein Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union informierte sich in Kroatien über die Reformprozesse im Zuge der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union und erörterte mit seinen Gesprächspartnern aus Politik, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft auch kritische Fragen, wie zum Beispiel die Verbesserung des Minderheitenschutzes oder die Reformen im Bereich der Verwaltung.

Die Verfassungsreform in Bosnien-Herzegowina diskutierte eine außenpolitische Abgeordnete mit Vertretern des Parlamentes, der Regierung, der Zivilgesellschaft und mit Journalisten auf ihrer Reise nach Sarajewo.

Einen persönlichen Eindruck von der politischen Entwicklung des Kosovos und des Aufbaues staatlicher Strukturen sowie der begleitenden militärischen und zivilen Maßnahmen der KFOR-Mission und des Einsatzes deutscher Soldaten erhielt ein Mitglied des Verteidigungsausschusses durch Gespräche mit hochrangigen Regierungs- und Oppositionsvertretern, mit Vertretern der Vereinten Nationen und der KFOR-Mission in Pristina sowie durch einen Besuch des deutschen Einsatzkontingentes. Anlass einer anderen Einzeldienstreise in den Kosovo war die Beobachtung der Parlamentswahl am 12. Dezember 2010.

Um ein aktuelles Bild von der Lage in Serbien zu erhalten, reiste eine Abgeordnete dorthin und führte Gespräche mit Vertretern des Parlaments, der Regierung, der Zivilgesellschaft und von Menschenrechtsorganisationen sowie mit Wissenschaftlern und Journalisten. Die serbische Haltung zur Kosovo-Frage, die Annäherung an die Euro-

päische Union sowie die Einbindung Serbiens in regionale Organisationen und Initiativen diskutierte ein anderer Abgeordneter mit Vertretern der Regierung und der Fraktionen im serbischen Parlament in Belgrad.

Die griechische Finanzkrise führte einige Mitglieder des Deutschen Bundestages nach Athen. Mit ihrem Besuch wollten die Parlamentarier ein Zeichen für die guten Beziehungen zu Griechenland setzen und sich vor Ort in politischen Gesprächen über die aktuelle Lage, die Auswirkungen der Finanzkrise und die damit einhergehenden Sparmaßnahmen informieren. Ein für Fragen der Menschenrechte zuständiger Abgeordneter ließ sich in Gesprächen mit Vertretern der Zivilgesellschaft, des griechischen Flüchtlingsrates und des Flüchtlingskommissariates der Vereinten Nationen (UNHCR) über die Lage der Flüchtlinge an der griechisch-türkischen Grenze unterrichten.

Die Verhandlungen der Europäischen Kommission zum Beitritt der Türkei zur Europäischen Union standen im Mittelpunkt der Gespräche, die ein Mitglied des Europaausschusses in Ankara und Istanbul mit Vertretern der Regierung sowie verschiedener Institutionen führte. Aber auch Mitglieder anderer Bundestagsausschüsse reisten nach Istanbul, Diyarbakir und Ankara, um sich über die aktuelle Lage und über die Situation der kurdischen Minderheit in der Türkei zu informieren oder an einer Konferenz über erneuerbare Energien bzw. einem Fachkongress zur Einhaltung der Rechte von Kindern teilzunehmen.

Afrika

Auch in der ersten Hälfte der 17. Wahlperiode standen die politische und gesellschaftliche Entwicklung sowie die gegenwärtige Situation auf dem afrikanischen Kontinent im Vordergrund des Interesses der Abgeordneten, die Dienstreisen nach Afrika unternahmen.

Auf Einladung des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung begleiteten zwei Mitglieder des Bundestages den Bundesminister im Juli 2010 während seines Besuches in Ägypten. Den politischen Umbruch in dem nordafrikanischen Staat nahm ein Mitglied des Europaausschusses zum Anlass, sich im April 2011 in Kairo über die politische Situation und die Neugestaltung der europäischen Nachbarschaftspolitik zu informieren.

Eine vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz organisierte Reise zum Themenschwerpunkt „Zusammenarbeit zwischen der Agrar- und Ernährungswirtschaft Deutschlands und Marokkos“ führte einen Abgeordneten mit dem Arbeitsschwerpunkt Ernährungsfragen nach Marokko. Auf einer Konferenz, an der ein Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe teilnahm, ging es dort um eine internationale Kooperation im Hinblick auf den Zugang zu sauberem Wasser. Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowie Kooperationen im Kultur- und Bildungsbereich diskutierte ein weiterer Parlamentarier mit marokkanischen Regierungsvertretern. Fragen des Stromnetzbaus für die Zivilbevölkerung in der Westsahara erörterte ein Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und

Technologie mit Vertretern der hiervon betroffenen Bevölkerungsgruppen, der Regierung, Unternehmensrepräsentanten sowie Vertretern von Nichtregierungsorganisationen.

Zur Eröffnung des kongolesisch-deutschen Fachzentrums für Mikrofinanz des Deutschen Akademischen Austauschdienstes in der Demokratischen Republik Kongo reiste ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses im Januar 2010 nach Kinshasa. Zum Reiseprogramm gehörten außerdem politische Gespräche mit Vertretern der Regierung, der deutschen Botschaft, der deutschen Stiftungen und Entwicklungsinstitutionen und der kongolesischen Zivilgesellschaft über die aktuelle Situation in der Demokratischen Republik Kongo.

Die weitere Umsetzung des Friedensvertrages, der im Jahr 2005 den fast 30-jährigen Bürgerkrieg zwischen Nord- und Südsudan beendete, und das geplante Referendum über die Unabhängigkeit des Südsudans waren im Jahr 2010 Anlässe für Einzeldienstreisen in den Sudan. Anfang 2011 besuchten zwei Mitglieder des Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit des Auswärtigen Ausschusses den Sudan, um Erkenntnisse für ein mögliches deutsches Engagement zur langfristigen Friedenssicherung zu gewinnen. Die aktuelle Lage im Vorfeld der geplanten Unabhängigkeitserklärung des Südsudans und die Entscheidung des UNSicherheitsrates über die Fortsetzung des UNMIS-Mandats standen im Mittelpunkt der Gespräche, die ein Mitglied des Verteidigungsausschusses im Mai 2011 im Sudan führte.

Auf Einladung der Exposure- und Dialogprogramme e.V. nahm eine Abgeordnete im Herbst 2010 an einem Programm in Südafrika zum Thema „HIV/AIDS – Gesellschaftspolitische Herausforderung und christliche Verantwortung“ teil. Ziel der Exposure- und Dialogprogramme ist es, den in Familien des Gastgeberlandes untergebrachten Teilnehmern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft die Probleme der Armut und der Armutsbekämpfung in der Dritten Welt durch direkte Erfahrungen vor Ort zu vermitteln. Anfang 2011 informierten sich Abgeordnete in politischen Gesprächen über die Wirkung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik des Deutschen Bundestages in Südafrika und führten Gespräche zu sportpolitischen Themen.

Nordamerika

Im Berichtszeitraum führten die Mitglieder des Bundestages – wie auch in den vorangegangenen Legislaturperioden – zahlreiche Einzeldienstreisen in die USA aus den unterschiedlichsten Anlässen durch. Viele Reisen dienten dem Meinungsaustausch mit amerikanischen Parlamentariern und Regierungsvertretern, wobei die Förderung und Pflege der transatlantischen Beziehungen im Vordergrund zahlreicher Gesprächskontakte stand. Bereits kurz nach der Konstituierung des 17. Deutschen Bundestages reiste ein Abgeordneter zu einem politischen Meinungsaustausch mit Kongressabgeordneten, Vertretern der Administration und verschiedenen „Think Tanks“. Der Verlauf aktueller rüstungspolitischer Kooperationsprojekte, die haushalts- und finanzpolitische Situation der

USA sowie Fragen zu den deutschen Positionen nach der Bundestagswahl standen im Dezember 2009 im Mittelpunkt der Reise eines anderen Parlamentariers. Ein Mitglied des Innenausschusses führte im Februar 2010 in Washington D.C. Gespräche zu den Themenkomplexen „Innere Sicherheit“ sowie „Migration und Integration.“ Zwei Bildungspolitikern informierten sich über die Aktivitäten der deutschen Wissenschaftsorganisationen und Universitäten in Nordamerika. Vor dem Hintergrund der Mitgliedschaft Deutschlands im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen führte ein Abgeordneter im März 2011 Gespräche am Sitz der Vereinten Nationen in New York. Die Erörterung aktueller Fragen mit Vertretern der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF), Gespräche über ein Konzept zum Schutz vor schweren Menschenrechtsverletzungen sowie ein Treffen von Regierungsexperten bei den Vereinten Nationen zur Bekämpfung des illegalen Kleinwaffenhandels waren unter anderem ebenfalls Anlässe für Einzeldienstreisen nach Nordamerika.

Mittel- und Südamerika

Zwei für wirtschaftspolitische Themen zuständige Parlamentarier begleiteten den Bundesminister für Wirtschaft und Technologie im April 2010 auf seiner Reise nach Brasilien. Ein Mitglied des Haushaltsausschusses besichtigte in seiner Eigenschaft als Berichterstatter für den Geschäftsbereich eines Bundesministeriums in Brasilien verschiedene Institutionen der Politik und der Wirtschaft.

Fragen aus den Bereichen Umwelt und Menschenrechte diskutierte ein Mitglied des Bundestages in Guatemala.

In Honduras ging es für zwei Abgeordnete mit dem Arbeitsschwerpunkt Entwicklungspolitik in Gesprächen mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Kirche und Zivilgesellschaft um die Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit.

Ein Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe reiste nach Kolumbien, um sich über dortige Menschenrechtsverletzungen zu informieren und Kontakte zu Menschenrechtsorganisationen auszubauen.

Auf Einladung des Vorsitzenden der Nationalversammlung Kubas führte ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses in Havanna Gespräche zur Außenpolitik Kubas gegenüber anderen lateinamerikanischen Staaten und der Europäischen Union, nahm an der Eröffnung der Internationalen Buchmesse Havanna teil und stand vor Ort für Diskussionsveranstaltungen zur deutschen Außenpolitik zur Verfügung.

Als Vertreter Deutschlands im internationalen Umweltforum „Globe International“ reiste im Dezember 2010 ein Mitglied des Umweltausschusses nach Mexiko zur Teilnahme an verschiedenen Parlamentarierforen, die während der internationalen Klimakonferenz stattfanden.

Asien und Naher Osten

Politische Gespräche mit Parlamentariern, Vertretern der Regierungen, der Parteien und von Nichtregierungsorganisationen sowie die Teilnahme an Konferenzen waren

auch in diesem Berichtszeitraum Anlass für Einzeldienstreisen nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete. Der Stand und die Perspektiven des Nahost-Friedensprozesses, die israelische Politik zur Zukunft des Friedensprozesses sowie die wirtschaftliche und soziale Lage in den Palästinensischen Gebieten standen hierbei im Mittelpunkt des Interesses der deutschen Abgeordneten. Des Weiteren nahmen Abgeordnete die Gelegenheit wahr, den Bundespräsidenten, die Bundesministerin für Bildung und Forschung sowie den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auf ihren jeweiligen Reisen nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete zu begleiten.

Konferenzen, politische Gespräche mit Parlamentariern, Vertretern der Regierung und der politischen Parteien sowie der Besuch verschiedener Energieprojekte zum Thema Energieversorgungssicherheit führten Abgeordnete, die sich mit Außen- und Wirtschaftspolitik beschäftigten, nach Aserbaidschan.

Eine Verteidigungspolitikern reiste in den Iran, um sich über die Sicherheitslage im Hinblick auf den Konflikt um das iranische Nuklearprogramm und die politischen und militärischen Verflechtungen mit Afghanistan zu informieren.

Mitglieder aller im Bundestag vertretenen Fraktionen besuchten das Krisengebiet Afghanistan. Bereits zu Beginn des Jahres 2010 informierten sich Abgeordnete vor Ort im Vorfeld der anstehenden Entscheidung des Deutschen Bundestages zur Aufstockung der Truppenstärke für den Bundeswehreinsatz im Rahmen des ISAF-Mandats über die Sicherheitslage und den Stand des Aufbaus. Ein Abgeordneter reiste nach Afghanistan, um herauszufinden, wie im Kontakt mit afghanischen und internationalen Nichtregierungsorganisationen die Situation der Mädchen und Frauen im Bereich der Menschenrechte verbessert werden kann. Auf anderen Reisen ging es zum Beispiel um den Stand der bilateralen und europäischen Polizeiausbildungsmission sowie um die Wiederaufbaumühnungen im Bereich Kultur und Bildung. Darüber hinaus nahmen Abgeordnete auch das Angebot der Bundeswehr an, im Rahmen von hierfür organisierten Reisen Soldaten und Soldatinnen aus ihren Wahlkreisen in ihren Einsatzgebieten in Afghanistan zu besuchen.

In Pakistan erörterten Mitglieder des Bundestages zu Beginn der 17. Wahlperiode und Ende 2010 mit Vertretern aus der Politik, von Menschenrechtsorganisationen und „Think Tanks“ die aktuelle Entwicklung sowie die Stabilität und Sicherheitslage im Land und in der Region unter Berücksichtigung ihrer Auswirkungen auf das Nachbarland Afghanistan.

Eine Umweltpolitikerin reiste Anfang 2010 nach Indien, um auf einer Konferenz neue Wege für eine nachhaltige Entwicklung zu erörtern und zum Thema „Mobilisierung der Zivilgesellschaft“ zu referieren. Ein anderer Abgeordneter führte Gespräche mit indischen Abgeordneten über die Afghanistanpolitik Deutschlands und nahm an einer Konferenz über Trinkwasserschutz und Wasserknappheit teil.

Im Zusammenhang mit der Wahlrechtsreform in der Mongolei vermittelte eine Abgeordnete den dortigen gesellschaftlichen Akteuren und politischen Mandatsträgern

Wissen über bürgerschaftliches Engagement und Formen von Partizipation an den Meinungsfindungsverfahren.

Die aktuelle politische Lage sowie die weitere Entwicklung des wirtschaftlichen Wachstums in China wurde von deutschen Parlamentariern weiterhin mit großem Interesse verfolgt. Auf ihren Reisen nach China besuchten die Bundestagsabgeordneten nicht nur die chinesischen Millionenstädte Peking und Shanghai, sondern auch Städte in der chinesischen Provinz, um sich über die aktuelle Situation unterrichten zu lassen, parlamentarische Beziehungen aufzubauen bzw. zu intensivieren oder an Konferenzen und Tagungen teilzunehmen. Die bilateralen Beziehungen zu China, die finanzwirtschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen, die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie Fragen der erneuerbaren Energien und einer nachhaltigen Forstwirtschaft gehörten zu den Themen, die von den jeweiligen Fachpolitikern des Bundestages mit hochrangigen chinesischen Gesprächspartnern diskutiert wurden. Zudem begleiteten Abgeordnete den Bundespräsidenten, den Bundesminister des Auswärtigen sowie die Staatsministerin im Auswärtigen Amt nach China.

7 Internationale Austauschprogramme

Der Deutsche Bundestag führt zur Unterstützung ausländischer Parlamente Informationsprogramme durch. Zielgruppe sind Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter afrikanischer, asiatischer, lateinamerikanischer und europäischer Parlamente. Zu einem höchstens einwöchigen Besuch werden je zwei Mitarbeiter von drei bis vier Parlamenten eingeladen, insbesondere aus Ländern, die sich in einer Phase des demokratischen Neuaufbaus oder der Umstrukturierung befinden. Die Programme informieren über Struktur und Arbeitsweise der Bundestagsverwaltung sowie über Stellung und Aufgaben des Parlaments in einer modernen parlamentarischen Demokratie. Inhaltliche Wünsche der eingeladenen Parlamente werden berücksichtigt, um den Gästen praxisnahe Anregungen für die organisatorische Ausgestaltung ihrer parlamentarischen Arbeit geben zu können.

Im Berichtszeitraum wurde der Schwerpunkt auf die Länder Afghanistan und Irak gelegt. Darüber hinaus haben Parlamentsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter aus Aserbaidschan, dem Kosovo, Moldau, Bahrain, Oman, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bangladesch, Indien, Pakistan, Dänemark, Kenia, Sambia, Sierra Leone, Mazedonien, Bahrain, Katar, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Serbien, Angola, Brasilien, Mosambik, Benin und der Zentralafrikanischen Republik an Informationsprogrammen der Interparlamentarischen Ausbildungshilfe des Deutschen Bundestages teilgenommen.

Eine weitere Form der Unterstützung ausländischer Parlamente ist die Entsendung von Verwaltungsmitarbeitern des Deutschen Bundestages, die als Kurzzeitexperten Programme zur Parlamentsberatung durchführen. Im Berichtszeitraum wurden Chile und Kenia durch Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter des Deutschen Bundestages beraten.

Der Deutsche Bundestag arbeitet auch auf der Ebene seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eng mit den Verwal-

tungen anderer Parlamente zusammen. Dabei dienen die jeweiligen Austauschprogramme und wechselseitigen Besuche unterschiedlichen Zwecken.

Ein politischer Austausch wird zwischen dem US-Kongress, dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat im Rahmen des International Visitor Leadership Program des US-Department of State durchgeführt. An dem jährlich in beide Richtungen stattfindenden zehntägigen Programm nahmen jeweils zehn Personen teil: auf amerikanischer Seite acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kongressabgeordneten sowie zwei Angehörige des Congressional Research Service, auf deutscher Seite zwei Angehörige der Bundestagsverwaltung, ein Angehöriger der Verwaltung des Bundesrates und sieben Mitarbeiter der Fraktionen.

Auf Verwaltungsebene werden mit den Parlamenten von Großbritannien, Frankreich, Irland, Israel, Italien und Polen jährlich im Wechsel jeweils einwöchige Mitarbeiteraustauschprogramme durchgeführt. Die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, die an diesem Erfahrungsaustausch zwischen den Parlamentsverwaltungen teilnehmen, lernen in Gesprächen mit ihren Fachkollegen Aufbau und Arbeitsweise der Verwaltung des Partnerparlaments kennen, die dabei entstehenden persönlichen Kontakte festigen zudem nachhaltig die Arbeitsbeziehungen untereinander.

Im Berichtszeitraum informierten sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamente Frankreichs, Großbritanniens, Irlands, Israels, Italiens sowie Kanadas über Struktur und Arbeitsweise der Verwaltung des Deutschen Bundestages. Im Gegenzug besuchten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Deutschen Bundestages die Parlamente Großbritanniens, Polens, Italiens und Israels.

Der Deutsche Bundestag führt darüber hinaus Austauschprogramme für junge Menschen durch. In den frühen 90er Jahren nach Ende des Kalten Krieges hat der Ältestenrat entschieden, ein Programm für demokratisch engagierte Nachwuchskräfte zur Stärkung des Demokratieaufbaus in Mittel-, Ost- und Südosteuropa aufzulegen. Das Projekt ergänzte bereits bestehende Programme mit den USA und Frankreich.

So gibt der Deutsche Bundestag im Rahmen des Internationalen Parlaments-Stipendiums (IPS) in Zusammenarbeit mit der Freien Universität Berlin, der Humboldt-Universität zu Berlin und der Technischen Universität Berlin 120 ausländischen Hochschulabsolventen aus 28 Ländern die Gelegenheit, das parlamentarische System Deutschlands sowie Entscheidungsinhalte und -prozesse deutscher Politik kennenzulernen. Das IPS richtet sich an hochqualifizierte, engagierte und politisch interessierte junge Frauen und Männer, die den Willen haben, die demokratische Zukunft ihres Landes aktiv und verantwortlich mitzugestalten. Ziel des Programms, das unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Deutschen Bundestages steht, ist es, die Beziehungen Deutschlands mit den teilnehmenden Ländern zu fördern und zu festigen.

Die Hochschulabsolventen richten ihre Bewerbung an die deutsche Botschaft in ihrem Heimatland. Dort finden auch die Auswahlgespräche einer Kommission des Deut-

schen Bundestages statt. Diesem Auswahlgremium unter Leitung einer oder eines Abgeordneten gehören weiterhin ein Präsidiumsmitglied der beteiligten Berliner Hochschulen und ein Vertreter der Bundestagsverwaltung an. Außerdem finden während der Auswahlreisen Gespräche mit Parlamentariern, Multiplikatoren des Programms und Alumni-Verbänden sowie Werbeveranstaltungen an Universitäten statt.

Das Programm dauert vom 1. März bis zum 31. Juli eines Jahres. Kernstück ist eine 15-wöchige Tätigkeit bei einem Mitglied des Deutschen Bundestages. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten werden dabei aktiv in die Arbeit eines Abgeordnetenbüros eingebunden. Sie begleiten ihre Abgeordneten zu Sitzungen der Ausschüsse, Fraktionen und anderer Gremien und gewinnen dadurch Einblicke in die internen Funktionsweisen, Zusammenhänge und Verfahrensabläufe. Ergänzend besuchen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer regelmäßig Informationsprogramme und Seminare, die der Deutsche Bundestag und die politischen Stiftungen veranstalten. Sie sind außerdem während des Sommersemesters an der Humboldt-Universität eingeschrieben und können auch an Vorlesungen und Lehrveranstaltungen an der Freien Universität und der Technischen Universität teilnehmen.

Am IPS nahmen bisher 1 750 Stipendiaten aus Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Frankreich, Georgien, Israel, Kasachstan, dem Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldau, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ukraine, Ungarn und den USA teil. Einige der Teilnehmerländer bieten mittlerweile Partnerprogramme nach dem Vorbild des IPS für deutsche Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen an.

Das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) ist ein Stipendienprogramm für Schülerinnen, Schüler und junge Berufstätige mit dem Ziel, die deutsch-amerikanischen Beziehungen zu fördern. Aus Anlass des 300. Jahrestages der ersten deutschen Einwanderung in Amerika wurde im Jahr 1983 das PPP gemeinsam vom US-Kongress und dem Deutschen Bundestag ins Leben gerufen. Dieses Austauschprogramm, das unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten steht, soll der jungen Generation in beiden Ländern die Bedeutung freundschaftlicher Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen Wertevorstellungen beruht, vermitteln. In jedem Jahr wird jeweils etwa 350 Stipendiatinnen und Stipendiaten ein einjähriger Aufenthalt nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit in den USA beziehungsweise in Deutschland ermöglicht, wo sie in Gastfamilien leben. Eine Besonderheit des Programms ist die für jeden Stipendiaten übernommene Patenschaft durch ein Mitglied des Deutschen Bundestages. Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wird erwartet, dass sie als „junge Botschafter“ ihres Landes einen dauerhaften Beitrag zur Verständigung zwischen Deutschen und Amerikanern leisten.

Jährlich reist eine Delegation des Ältestenrates des Deutschen Bundestages in die Vereinigten Staaten, um die Umsetzung des Programms zu überprüfen. In mehreren US-Bundesstaaten führen die Abgeordneten Gespräche

mit den jungen Deutschen und ihren amerikanischen Gasteltern über die Betreuungssituation vor Ort. Darüber hinaus finden Begegnungen mit Kongressabgeordneten, Vertretern des Department of State sowie der Austauschorganisationen und verschiedener Medien statt. Außerdem werden Schulen und Betriebe aufgesucht, um für das PPP zu werben, beziehungsweise um Praktikantenstellen für die jungen Berufstätigen einzuwerben.

Insgesamt haben bisher knapp 20 000 Jugendliche am PPP teilgenommen. Regelmäßig bewerben sich in Deutschland mehr als 4 000 junge Menschen für das Stipendium.

8 Grundlage der Berichtspflicht

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 118. Sitzung am 6. November 1992 eine Empfehlung des Ältestenrates (Bundestagsdrucksache 12/2665) angenommen und folgenden Beschluss gefasst:

„Der Präsident des Deutschen Bundestages erstellt in der Mitte und zum Ende einer Wahlperiode einen Bericht über Auslandsdienstreisen der Mitglieder des Deutschen Bundestages. Dieser Bericht enthält Angaben über die Anzahl und die Zielländer der Reisen von Ausschussdelegationen, offiziellen Delegationen, Parlamentariergruppendelegationen sowie Einzeldienstreisen und die damit verbundenen Kosten je Haushaltsjahr.“

Auf dieser Grundlage sind bisher neun Berichte über Auslandsdienstreisen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages vorgelegt worden (Bundestagsdrucksachen 12/4945, 12/8584, 13/6959, 13/11449, 14/4851, 14/9997, 15/5056, 16/7841 und 16/14145). Der vorliegende Bericht umfasst den Zeitraum vom 27. Oktober 2009 bis zum 30. September 2011. Er legt Rechenschaft über die im Berichtszeitraum durchgeführten Auslandsreisen und internationalen Aktivitäten ab. Die Reisen sind nach regionalen oder politischen Schwerpunkten geordnet und werden exemplarisch dargestellt. Die vollständigen Zahlen der Reisen und sämtliche Ziele ergeben sich aus den Anlagen 1 bis 4 der statistischen Übersicht, die diesem Bericht am Ende beigefügt sind.

9 Rechtsgrundlagen und Genehmigungsverfahren für die Durchführung von Auslandsdienstreisen

Die rechtlichen Grundlagen für die Durchführung von Auslandsdienstreisen sind:

- das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz – AbgG) vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S.297) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 1996 (BGBl. I S.326), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 3. April 2009 (BGBl. I S. 700) und
- die Ausführungsrichtlinien für Reisen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages nach § 17 AbgG in der Fassung vom 2. Dezember 2009.

Gemäß § 17 Absatz 1 AbgG bedürfen Auslandsdienstreisen der vorherigen Zustimmung des Präsidenten des Deutschen Bundestages. Anträge auf Genehmigung von

Dienstreisen sind schriftlich an den Bundestagspräsidenten zu stellen und ausführlich zu begründen.

Bei Dienstreisen wird zwischen Delegations- und Einzeldienstreisen unterschieden. Um Delegationen handelt es sich, wenn sie aus mindestens drei Abgeordneten bestehen, ansonsten handelt es sich um Einzeldienstreisen. Bei den Delegationsreisen der Mitglieder der Ausschüsse, des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung, der Enquete-Kommissionen und der Parlamentariergruppen des Deutschen Bundestages ist für die 17. Wahlperiode eine maximale Delegationsstärke wahlweise von sechs oder acht Abgeordneten festgelegt worden. Bei der Zusammensetzung von Delegationen soll das Stärkeverhältnis der Fraktionen im Deutschen Bundestag nach Möglichkeit im Haushaltsjahr, zumindest aber in der Wahlperiode berücksichtigt werden. Die Entscheidung über die Anträge auf Genehmigung von Auslandsdienstreisen trifft der Präsident des Deutschen Bundestages; bei Delegationsreisen geschieht dies nach eingehender Erörterung und Beratung im Präsidium.

Die bilateralen Parlamentariergruppen können im Verlauf der Wahlperiode jeweils eine Delegationsreise durchführen, multilaterale Parlamentariergruppen haben die Möglichkeit, jeweils zwei Delegationsreisen in Staaten aus der „Partnerregion“ zu unternehmen. Delegationsreisen der Ausschüsse müssen in direktem Zusammenhang mit den konkreten Beratungsgegenständen des jeweiligen Ausschusses stehen. Eine Unterrichtung der Öffentlichkeit über Ziel und Inhalte einer Delegationsreise erfolgt in der Regel in Form einer Pressemitteilung vor Reiseantritt. Jede Delegation ist außerdem verpflichtet, dem Bundestagspräsidenten bis spätestens sechs Wochen nach Ende der Reise einen schriftlichen Bericht über deren Ablauf und Ergebnisse vorzulegen.

Auslandsdienstreisen einzelner Abgeordneter sind dann genehmigungsfähig, wenn die Vorsitzenden und Obleute der Ausschüsse, in denen der Abgeordnete Mitglied ist und in dessen fachlichen Kontext die Reise fällt, der Durchführung der Einzeldienstreise zugestimmt haben. Darüber hinaus ist bei Auslandsdienstreisen von Abgeordneten die Zustimmung der Parlamentarischen Geschäftsführung der Fraktion des jeweiligen Abgeordneten erforderlich. Ebenso wie die Delegationsreisen unterliegen auch die Einzeldienstreisen der Abgeordneten der Verpflichtung, dem Bundestagspräsidenten bis spätestens sechs Wochen nach Abschluss der Reise einen Bericht vorzulegen.

Zur Reduzierung der Flugkosten werden Dienstreisen mit der Maßgabe genehmigt, dass kostengünstige Flugverbindungen zu nutzen sind. Außerdem sind die Abgeordneten durch einen Beschluss des Ältestenrates vom September 2002 verpflichtet, dienstlich erworbene Bonusmeilen aus entsprechenden Programmen der Fluggesellschaften wie-

der für Dienst- und Mandatsreisen einzusetzen. Neben der Beachtung des Prinzips der Kostengünstigkeit und dem vorrangigen Einsatz von Bonusmeilen trägt auch die Nutzung von Sonderkonditionen der Fluggesellschaften dazu bei, dass Kosten eingespart werden können.

10 Erläuterungen zur statistischen Übersicht der Auslandsdienstreisen

Der Bericht unterscheidet zwischen Ausschussdelegationen (AD), Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM), offiziellen Delegationsreisen unter Leitung des Präsidenten oder eines Präsidiumsmitglieds (OD), Reisen von Parlamentariergruppen (PG), Einzeldienstreisen (ED) sowie Reisen zu den Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP).

Im Berichtszeitraum haben 1149 Reisen stattgefunden:

- 145 Reisen von Ausschussdelegationen (AD)
(Oktober bis Dezember 2009: 1; 2010: 82; Januar bis September 2011: 62)
- 3 Reisen offizieller Delegationen (OD)
(Oktober bis Dezember 2009: -; 2010: 2; Januar bis September 2011: 1)
- 25 Delegationsreisen der Parlamentariergruppen (PG)
(Oktober bis Dezember 2009: -; 2010: 7; Januar bis September 2011: 18)
- 732 Einzeldienstreisen (ED)
(Oktober bis Dezember 2009: 52; 2010: 380; Januar bis September 2011: 300)
- 48 Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
(Oktober bis Dezember 2009: 6; 2010: 27; Januar bis September 2011: 15)
- 196 Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP)
(Oktober bis Dezember 2009: 26; 2010: 92; Januar bis September 2011: 78)

Unterteilt nach Erdteilen sind in den Anlagen 1, 2 und 3 die Anzahl und die Ziele der Reisen von Ausschussdelegationen (AD), offiziellen Delegationen (OD), Parlamentariergruppen (PG), Einzeldienstreisen (ED) sowie der Reisen zu den Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP) für den Zeitraum vom 27. Oktober 2009 bis zum 30. September 2011 aufgeschlüsselt.

Die Anlage 4 weist die Gesamtkosten der im Berichtszeitraum zulasten der Haushaltsjahre 2009, 2010 und 2011 durchgeführten Reisen aus.

Berlin, den November 2011

Prof. Dr. Norbert Lammert

11 Statistische Übersicht**Anlage 1****Angaben über Anzahl und Ziele der vom 27. Oktober 2009 bis 31. Dezember 2009 durchgeführten Reisen**

- Ausschussdelegationsreisen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Belarus		2				
Belgien		2*				6
Dänemark	1					1
Finnland						1
Frankreich		4*				9
Großbritannien		2				2
Italien		3				
Litauen		1				
Österreich		1				
Polen		2	2			
Portugal						1
Russische Föderation		3				
Schweden						2
Schweiz		2				1
Slowakei		1				
Tschechische Republik		1	1			

* Reisen zu den Institutionen der Europäischen Union nach Brüssel, Straßburg und Luxemburg bedürfen nicht der Genehmigung. Sie werden wie Mandatsreisen nach § 16 Absatz 1 AbgG behandelt und sind deshalb hier nicht mehr als Einzeldienstreisen erfasst.

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Estland, Lettland		1				
Georgien, Aserbaidschan		1				
Kosovo, Mazedonien		1				
Polen, Litauen		1				
Serbien, Montenegro		1				
Slowakei, Bulgarien		1				

Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Algerien						1

Amerika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Kanada		1				
Kuba		1				
USA		10				2

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
USA, Kanada		1	1			

Asien und Naher Osten

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan		5				
Israel		1	2			
Kasachstan		2				
Pakistan		1				

Anlage 2

Angaben über Anzahl und Ziele der vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010 durchgeführten Reisen

- Ausschussdelegationsreisen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien			1			
Armenien		1				1
Aserbaidschan		4				3
Belarus		2	1			2
Belgien	9	24*				8
Bosnien-Herzegowina		4				1
Bulgarien	1	1				
Dänemark	1					2
Estland			1			1
Finnland		1				1
Frankreich	3	13*			2	27
Georgien		2				1
Griechenland		9				1
Großbritannien	4	5	1			3
Island	1	2				
Italien		7	2			
Kosovo	1	4				
Kroatien		4				
Lettland		2				2
Litauen		2				
Malta						1
Mazedonien	1					1
Moldau						3
Montenegro	1					
Niederlande	1					

noch Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Norwegen		2				2
Österreich	1	5	1			1
Polen	2	1	1			3
Portugal						1
Rumänien		3				
Russische Föderation	2	20				1
Schweden			1			
Schweiz	1	4	1			2
Serbien		3				1
Slowakei			3			
Spanien	3	17				1
Tschechische Republik		1	2			1
Türkei	1	15	1			4
Ukraine	1	2	1			6
Ungarn		2	3			
Zypern			1			

* Reisen zu den Institutionen der Europäischen Union nach Brüssel, Straßburg und Luxemburg bedürfen nicht der Genehmigung. Sie werden wie Mandatsreisen nach § 16 Abs. 1 AbgG behandelt und sind deshalb hier nicht mehr als Einzeldienstreisen erfasst.

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien, Mazedonien, Serbien		1				
Armenien, Georgien, Aserbaidschan		1				
Belgien, Niederlande	1					
Belarus, Ukraine		1				
Belgien, Rumänien		1				
Bosnien-Herzegowina, Kroatien	1					
Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo		1				
Bosnien-Herzegowina, Tschechische Republik		1				
Bulgarien, Rumänien		1				
Dänemark, Island	1					
Estland, Lettland		1				
Frankreich, Niederlande	1					
Georgien, Aserbaidschan		1				

noch Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Kosovo, Mazedonien		1				
Montenegro, Kosovo, Dschibuti	1					
Niederlande, Großbritannien	1					
Norwegen, Litauen	1					
Österreich, Italien	1					
Österreich, Liechtenstein, Schweiz	1					
Polen, Litauen		1				
Slowakei, Moldau		1				
Slowenien, Kroatien		1				
Ungarn, Albanien		1				
Ungarn, Serbien	1					

Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten	1	2				
Äquatorialguinea		1				
Eritrea	1					
Kongo (Demokratische Republik)		1				
Marokko		3				
Nigeria		1				
Senegal		1				
Südafrika		13				
Sudan		4				
Tansania		2				
Tunesien		3				
Uganda		1				

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Äthiopien, Ghana, Sierra Leone	1					
Dschibuti, Zypern		1				
Ghana, Sambia		4				
Kenia, Burundi, Dschibuti					1	
Kenia, Ruanda	1					
Kenia, Uganda, Äthiopien	1					
Kongo (Demokratische Republik), Ruanda, Mosambik	1					
Libyen, Malta	1					
Madagaskar, Lesotho	1					
Mali, Senegal	1					
Südafrika, Namibia	1					
Südafrika, Tansania, Dschibuti		2				
Tunesien, Marokko		1				

Amerika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Argentinien		1				
Brasilien		5				
Chile		1				
Ecuador		1				
Guatemala		2				
Honduras		1				
Kanada	2	2	1		1	
Kolumbien		1	1			
Mexiko	1	1				
Nicaragua		1				
USA	12	26			1	5

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Argentinien, Uruguay, Brasilien		5				
Bolivien, Peru, Kolumbien		3				
Brasilien, Panama	1					
Chile, Argentinien				1		
Guatemala, Mexiko	1					
Honduras, Kolumbien, Guatemala		1				
Mexiko, Panama, Kolumbien				1		
Paraguay, Chile		1				
Peru, Paraguay, Uruguay					1	

Asien und Naher Osten

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan	1	23	1			
Bangladesch		2				
China	1	15				
Indien		12				
Iran	2	1				
Israel	2	5				
Japan			1			1
Jemen		1				
Jordanien						1
Kasachstan		1	1			2
Kirgisistan		1				
Libanon		1				
Mongolei		5				
Nordkorea		3				
Oman						1
Pakistan		1				
Singapur		3				
Südkorea		1				
Thailand						1
Vietnam		2				

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan, Pakistan		3				
China, Japan		7				
China, Kasachstan		2				
Indonesien, Malaysia, Singapur	1					
Irak, Indien		1				
Irak, Türkei		1				
Israel, Palästinensische Gebiete	2	5				
Israel, Palästinensische Gebiete, Südafrika		3				
Japan, Südkorea		1				

noch Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Katar, Bahrain			1			
Pakistan, Afghanistan	1					
Pakistan, Sri Lanka					1	
Saudi-Arabien, Bahrain, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate	1					
Singapur, China		3				
Singapur, Thailand		1				
Syrien, Libanon		1				
Thailand, Laos		1				
Vereinigte Arabische Emirate, Katar, Bahrain		2				
Vietnam, Kambodscha		3				

Australien/Neuseeland

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Australien		1				

Anlage 3

Angaben über Anzahl und Ziele der vom 1. Januar 2011 bis 30. September 2011 durchgeführten Reisen

- Ausschussdelegationsreisen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Armenien						2
Aserbaidschan		1				
Belarus		1				
Belgien	3	10*	1			6
Bosnien-Herzegowina		3				
Bulgarien		1				1
Dänemark		1				2
Estland		1				
Finnland						2
Frankreich	2	24*	1			28
Georgien						1
Griechenland	1	5			1	1
Großbritannien	2	5				1
Irland		2				
Island			1			
Italien		8				5
Kosovo		2				
Kroatien	1	3				
Litauen		1				
Luxemburg	1				1	
Mazedonien						1
Moldau		1				
Monaco						1
Niederlande	2					
Norwegen	1	2				3
Österreich	1	6			1	2
Polen	3	20	1			2
Portugal		2				2
Rumänien		2				

noch Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Russische Föderation	3	14			1	2
Schweden		4				2
Schweiz	4	3			1	5
Serbien		2				1
Slowakei		1				
Spanien		3	1			
Tschechische Republik		3				
Türkei	1	8				2
Ukraine	1	3	2			
Ungarn	2	5			1	
Vatikanstaat			2			
Zypern		1				

* Reisen zu den Institutionen der Europäischen Union nach Brüssel, Straßburg und Luxemburg bedürfen nicht der Genehmigung. Sie werden wie Mandatsreisen nach § 16 Abs. 1 AbgG behandelt und sind deshalb hier nicht mehr als Einzeldienstreisen erfasst.

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien, Bosnien-Herzegowina		2				
Albanien, Bulgarien		1				
Belarus, Ukraine		1				
Bosnien-Herzegowina, Kosovo		1				
Estland, Lettland, Litauen	1					1
Estland, Lettland			1			
Finnland, Schweden					1	
Frankreich, Großbritannien	1					
Georgien, Armenien	1				1	
Großbritannien, Irland			1			
Island, Dänemark		1				
Kroatien, Montenegro, Albanien	1					
Österreich, Kroatien		1				
Polen, Litauen		1				
Serbien, Montenegro	1					
Spanien, Griechenland	1					
Spanien, Portugal	2					
Spanien, Ungarn		1				
Türkei, Griechenland	1					

Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten		2				
Äthiopien		2				
Kenia		3				
Liberia		2				
Marokko	1	2				
Senegal	1					
Südafrika		7				
Sudan		3				

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten, Syrien, Jordanien, Israel, Palästinensische Gebiete	1	1				
Äthiopien, Jemen		1				
Äthiopien, Nigeria	1					
Algerien, Marokko, Mauretanien					1	
Gambia, Senegal		1				
Ghana, Sierra Leone					1	
Kenia, Angola, Nigeria		5				
Kenia, Malawi		1				
Kongo, Burundi, Ruanda	1					
Marokko, Algerien	1					
Marokko, Costa Rica, Brasilien		1				
Simbabwe, Botsuana					1	
Sudan, Tschad, Zentralafrikanische Republik		2				
Südafrika, Äthiopien		1				
Südsudan, Uganda, Tansania		2				
Tunesien, Ägypten		1				

Amerika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Brasilien	1				1	
Kanada		1				1
Kolumbien		1				
Kuba		1				
Panama						1
USA	8	26	1			1

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Guatemala, El Salvador		1			1	
Kanada, USA	1					
Panama, Nicaragua		1				
USA, Kanada		2				
USA, Kolumbien		1				
USA, Kolumbien, Mexiko, Haiti		1				

Asien und Naher Osten

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan		10				
China	1	11				
Indien					1	
Iran		1				
Israel		3	1		1	
Japan		2			1	
Kasachstan						1
Kirgisistan						1
Laos		1				
Libanon			1			
Mongolei		3				
Nepal		2				
Nordkorea		2				
Pakistan		2				
Sri Lanka		1				
Thailand		1				
Usbekistan		1				
Vereinigte Arabische Emirate	1	3				
Vietnam		2				

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan, Usbekistan		9				
China, Kambodscha, Vietnam	1					
Indien, Singapur		3				
Iran, Österreich		1				
Israel, Palästinensische Gebiete	1		1			
Jordanien, Irak		2				
Kirgisistan, Kasachstan		1				
Kirgisistan, Usbekistan, Afghanistan		1				
Kuwait, Katar		2				
Libanon, Israel, Palästinensische Gebiete	1					
Malaysia, Brunei, Indonesien	1					
Nepal, Bhutan		1				
Nordkorea, Südkorea		1				
Oman, Katar		1				
Pakistan, Afghanistan		1				
Saudi-Arabien, Jordanien	1					
Tadschikistan, Kasachstan					1	
Taiwan, Philippinen, Singapur				1		
Thailand, Vietnam, Malaysia					1	
Vereinigte Arabische Emirate, Katar	1					
Vereinigte Arabische Emirate, Oman		2				

Australien/Neuseeland

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Australien	1	1				

Anlage 4**1. Gesamtkosten der vom 27. Oktober 2009 bis 31. Dezember 2009 durchgeführten Reisen**

–	1	Ausschussdelegationsreisen (AD)	8.756,62 Euro
–	0	Offizielle Delegationsreisen (OD)	0,00 Euro
–	0	Parlamentariergruppen (PG) Delegationsreisen	0,00 Euro
–	58	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	130.111,75 Euro
–	26	Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	132.772,55 Euro
Gesamtkosten			271.640,92 Euro

2. Gesamtkosten der im Haushaltsjahr 2010 durchgeführten Reisen

–	82	Ausschussdelegationsreisen (AD)	1.119.276,83 Euro
–	2	Offizielle Delegationsreisen (OD)	53.048,33 Euro
–	7	Parlamentariergruppen (PG) Delegationsreisen	204.958,51 Euro
–	407	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	840.198,78 Euro
–	92	Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen,	384.610,27 Euro
Gesamtkosten			2.602.092,72 Euro

3. Gesamtkosten der vom 1. Januar 2011 bis 30. September 2011 durchgeführten Reisen

–	62	Ausschussdelegationsreisen (AD)	826.847,78 Euro
–	1	Offizielle Delegationsreise (OD)	57.855,16 Euro
–	18	Parlamentariergruppen (PG) Delegationsreisen	325.121,24 Euro
–	315	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	573.959,00 Euro
–	78	Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	226.513,23 Euro
Gesamtkosten			2.010.296,41 Euro

